



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Weißrussland und die Ukraine – Unterschiedliche
Entwicklungswege im Vergleich

Verfasserin

Christiane Fröhlich-Kriechbaum

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Betreuer:

A 057 390
Individuelles Diplomstudium Internationale
Entwicklung
Dr. Johannes Jäger

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit bestätige ich, die vorliegende Arbeit eigenständig und entsprechend der Richtlinien redlichen wissenschaftlichen Arbeitens der Universität Wien (veröffentlicht im Mitteilungsblatt vom 31.01.2006) verfasst zu haben. Diese Arbeit wurde nicht in anderen Lehrveranstaltungen vorgelegt oder zu Prüfungszwecken eingereicht.

Wien, November 2011

Christiane Fröhlich-Kriechbaum

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen“
(Karl Marx)

INHALTSVERZEICHNIS

<i>A EINLEITUNG</i>	8
1. Forschungsfrage	8
2. Relevante Theorien für die Forschungsfrage	9
3. Aufbau der Arbeit	10
<i>B THEORETISCHE GRUNDLAGEN</i>	12
1. Regulationstheorie	12
1.1. Entstehungsgeschichte	13
1.2. Akkumulation.	14
1.2.1. Akkumulation in der Grenobler Schule	14
1.2.2. Akkumulation in der Pariser Schule	15
1.3. Regulation.	20
1.4. Regulationsdispositiv nach Becker.	25
2. Dependenztheorie	26
2.1. Entstehungsgeschichte	26
2.2. Dependenztheoretische Entwicklungsstrategien	27
2.2.1. Zentrum-Peripherie-Modell	27
2.2.2. Prebisch-Singer-These	28
2.2.3. Importsubstituierende Industrialisierung (ISI)	29
2.2.4. Die Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO)	30
2.2.5. Self-Reliance.	32
2.2.6. SÜD-SÜD-Kooperation	33
3. Regulations- vs. Dependenztheorie – Ein theoretischer Analyserahmen	37
3.1. Kulturelle Entwicklung	37
3.2. Wirtschaftliche Entwicklung	38
3.3. Politische Entwicklung	41
3.4. Soziale Entwicklung	43
<i>C GESCHICHTLICHER HINTERGRUND</i>	44
1. Geschichte der Ukraine bis 1922	44
2. Geschichte Weißrusslands bis 1922	45
3. Die Sowjetunion	47
3.1. Die Ukraine in der Sowjetunion	51
3.2. Weißrussland in der Sowjetunion	55
3.3. Zusammenfassung	57
<i>D LÄNDERVERGLEICH</i>	60
1. Ukraine	60
1.1. Kulturelle Entwicklung	60

INHALTSVERZEICHNIS

1.2. Wirtschaftliche Entwicklung	63
1.2.1. Binnenwirtschaft	63
1.2.2. Außenwirtschaft	71
1.3. Politische Entwicklung	73
1.3.1. Innenpolitik	73
1.3.2. Außenpolitik	82
1.4. Soziale Entwicklung	86
2. Weißrussland	89
2.1. Kulturelle Entwicklung	89
2.2. Wirtschaftliche Entwicklung	91
2.2.1. Binnenwirtschaft	91
2.2.2. Außenwirtschaft	100
2.3. Politische Entwicklung	102
2.3.1. Innenpolitik	102
2.3.2. Außenpolitik	107
2.4. Soziale Entwicklung	110
3. Vergleich	112
3.1. Ausgangslage	112
3.2. Kulturvergleich	113
3.3. Wirtschaftlicher Vergleich	114
3.4. Politischer Vergleich	118
3.5. Sozialer Vergleich	120
<i>E RESÜMEE</i>	<i>121</i>
<i>F LITERATURNACHWEISE</i>	<i>125</i>
1. Literaturverzeichnis	125
2. Abbildungsverzeichnis	134
3. Tabellenverzeichnis	134
<i>G ANHANG</i>	<i>135</i>

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AWWO	Alte Weltwirtschaftsordnung
BSSR	Weißrussische Sowjetische Sozialistische Republik
CEPAL	Comisión Económica para América Latina y el Caribe (Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik)
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investment
G-77	Die Gruppe der 77
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Staatenbund von Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidshan, Moldawien
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
IWF (IMF)	Internationaler Währungsfond (International Monetary Fund)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MOEL	Mittel und Osteuropäische Länder
NAM	Non-Alignment-Movement
NAP	(deutsch-sowjetischer) Nichtangriffspakt
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBRB	Nationalbank der Republik Belarus (Нацыянальны банк Рэспублікі Беларусь)
NÖP	Neue Ökonomische Politik
NWWO	Neue Weltwirtschaftsordnung
OPEC	Organisation of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UAH	Ukrainische Hryvnja, Ukrainische Währung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
USA	United States of America
USD	United States Dollar
USSR	Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik
WB	Worldbank

A EINLEITUNG

1. Forschungsfrage

Die Sowjetunion als großer Staatenbund überließ den einzelnen Sowjetrepubliken nur sehr wenig Entscheidungsmacht. Dabei kam der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eine zentrale Stellung zu. Mit dem Zerfall des Staatenbundes 1991 fiel auch dieser Faktor weg. Die einzelnen Teilrepubliken erklärten sich für unabhängig und es kam zur Bildung „neuer“ Staaten. Sie alle wurden vor eine ähnliche Herausforderung gestellt. Es musste ein Staat „kreiert“, ein Rahmen geschaffen werden, in dem eine stabile Gesellschaft funktionieren konnte. Es musste eine neue hegemoniale Macht, die den Staatszusammenhalt reguliert, geschaffen werden. Jedes Land war nach dem Zerfall der SU mit diesem Problem konfrontiert, doch jedes löste es auf seine Weise. In meiner Arbeit vergleiche ich zwei dieser Länder, Weißrussland und die Ukraine. In Weißrussland hat sich eine autoritäre Präsidialrepublik als regulativer Rahmen durchgesetzt und in der Ukraine eine demokratische Semipräsidialrepublik. Ich untersuche, wie diese Tatsachen den weiteren Entwicklungsweg der Länder beeinflusst haben. Dabei stelle ich die Frage, wie sich die Gesellschaft, aber auch die Wirtschaft, innerhalb dieses geschaffenen Rahmens entwickelt hat. Die Regulationstheorie und die Dependenztheorie werden mir dabei als Erklärungsinstrumente für diverse Entwicklungstendenzen dienen. Zum Schluss meiner Arbeit sollen die gewonnenen Erkenntnisse Rückschlüsse auf die Entwicklungsforschung zulassen. Meine daraus abgeleitete Forschungsfrage lautet konkret: „Warum haben sich Weißrussland und die Ukraine, zwei Länder mit ähnlicher Ausgangslage, nach dem Zerfall der Sowjetunion in unterschiedliche Richtungen entwickelt und welche Rückschlüsse lassen sich daraus auf die Entwicklungsforschung ziehen?“

Der untersuchte Zeitraum beginnt mit dem Zerfall der Sowjetunion 1990 und endet 2008 vor dem Einsetzen der weltweiten Finanzkrise, da die Analyse der Finanzkrise den Rahmen meiner Arbeit sprengen würde. Ich werde keine Aussage darüber treffen, welches Land sich besser entwickelt hat. Die Basis meiner Arbeit stellt eine historische Analyse der kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Prozesse der beiden Länder dar. Im Vergleich sollen deren Stärken und Schwächen gefunden und im Rahmen der Theorie analysiert werden.

2. Relevante Theorien für die Forschungsfrage

Die Regulations- sowie die Dependenztheorie beruhen auf kapitalismuskritischen Ansätzen. Es stellt sich also vor allem die Frage, wie mir diese Theorien helfen können, die Entwicklung im kommunistischen Weißrussland zu erklären. Ray vergleicht den sowjetischen Imperialismus mit dem kapitalistischen und stellt große Ähnlichkeiten fest. Einfach ausgedrückt wurden die ehemaligen Sowjetstaaten von der Kommunistischen Partei „kolonialisiert“. (vgl. Ray in Gilbert 1974 :107) Es bleibt also zu erforschen, inwieweit sich die untersuchten Länder im Sinne der Dependenztheorie von den kolonialen Strukturen befreien konnten. Das heißt auch, welche Strategien die Staaten angewendet haben, um sich von diesen Strukturen zu befreien. Haben sie eher eine Strategie der Self-Reliance verfolgt, haben sie sich Süd-Süd-Kooperationen angeschlossen oder haben sie eine Importsubstituierende Industrialisierung versucht?

Auch die Regulationstheorie scheint nicht geeignet, sozialistische Entwicklungen zu erklären, da sie rein auf kapitalismuskritischen Ansätzen beruht. (vgl. Novy 2005a:110) Doch gibt es vor allem in Ländern der Dritten Welt nur sehr selten einen „reinen“ Kapitalismus, worauf ich später noch genauer eingehen werde. Oft vermischen sich subsistenzwirtschaftliche Formen mit kapitalistischen Strukturen. (vgl. Becker et. al. 2007: 35) Auch zu Zeiten der Sowjetunion waren die Staaten nicht komplett abgeschottet in ihren sozialistischen Systemen, sondern sie traten in Handel mit der restlichen kapitalistischen Welt. Somit kam es zu einer Vermischung der Produktionsweisen und dies ist auch in Weißrussland heute der Fall.

Diese Theorien sind also durchaus in der Lage die Verbindung der Länder zum Sozialismus in ihre Analysen mit einzubeziehen.

3. Aufbau der Arbeit

Im Teil B „Theoretische Grundlagen“ werde ich die verschiedenen Ansätze der Regulationstheorie sowie der Dependenztheorie erläutern. Die Theorie soll dem Leser näher gebracht werden, um den weiteren Verlauf der Arbeit verständlich zu machen. Ich werde bei der Regulationstheorie vor allem auf die vier Akkumulationsachsen der Pariser Schule eingehen und danach die vier strukturellen Formen des Kapitalismus erklären. Im Rahmen der Dependenztheorie werde ich mich vorwiegend auf die Strategien der Armutsbekämpfung fokussieren.

In Teil C „Geschichtlicher Hintergrund“ beantworte ich Fragen über die Konstituierung der beiden Länder vor der Zeit der SU, deren Einbettung in die SU und die Voraussetzungen für ihr Hervorgehen aus diesem Staatenbund. Die Ausgangslage beider Länder wird klar definiert, um bei dem späteren Vergleich keine Punkte zu übersehen, die auf die Zeit vor ihrer Unabhängigkeit zurückzuführen sind. Für mich gilt hier vorwiegend zu analysieren, ob die Ausgangslage der beiden Länder wirklich ähnlich war. Relevant für meine Arbeit ist hier besonders die Zeit kurz vor, sowie kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion, denn wie auch Novy schreibt, können neue Strukturen nur in Zeiten des Umbruchs, in Zeiten einer Krise entstehen. (vgl. Novy 2005a: 96f) Hier gilt es zu analysieren, wie sich die Länder zum Zeitpunkt dieses Umbruchs konstituiert haben und wie sich die „neuen“ Strukturen gebildet haben, beziehungsweise bilden konnten.

Der Hauptteil meiner Arbeit ist der Ländervergleich. Ich analysiere beide Länder hinsichtlich ihrer kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung. Unter kultureller Entwicklung verstehe ich den Handlungsrahmen, in dem sich eine Gesellschaft bewegen kann, das heißt, welche Grenzen die Kultur den menschlichen Handlungsmustern auferlegt und inwieweit beziehungsweise wie sich die Menschen in ihrem Umfeld bewegen und an Dinge herangehen. Die wirtschaftliche Entwicklung beschäftigt sich sowohl mit der Binnenwirtschaft als auch mit der Außenwirtschaft. Ich analysiere den Agrarsektor, den Industriesektor, den Finanzmarkt sowie den Arbeitsmarkt. Der Bereich politische Entwicklung beinhaltet eine Analyse der innen- sowie außenpolitischen Geschehnisse, der demokratischen Fortschritt-

te und der Staatsbildungsprozesse der beiden Staaten. Der Punkt soziale Entwicklung setzt sich mit dem Sozialsystem, der Armutssituation und dem Gesundheitssystem auseinander. Anschließend stelle ich die beiden Länder im Vergleich gegenüber. Im Resümee präsentiere ich meine Ergebnisse.

Um den Lesefluss nicht zu stören, wird in dieser Arbeit durchgehend die männliche Form verwendet. Es wird darauf hingewiesen, dass damit in der Regel beide Geschlechter gemeint sind.

B THEORETISCHE GRUNDLAGEN

1. Regulationstheorie

Die Regulationstheorie ist kein homogenes in sich komplett schlüssiges Theoriekonzept, sondern stellt eine Ansammlung an verschiedenen kapitalismuskritischen Entwicklungsmodellen dar. Daher wäre der Begriff der Regulationsschule treffender. (vgl. Jäger 2001:26 und Waringo 1998:39f) Grundsätzlich definiert sich Entwicklung in der Regulationstheorie über das Zusammenspiel von Akkumulation und Regulation. (vgl. Novy 2005a: 95) Konkreter kann Entwicklung stattfinden, wenn es gelingt die Akkumulationsprozesse durch Regulation zu stabilisieren. (vgl. Becker 2001:49)

Die Klassischen Ökonomischen Theorien stellen den Anspruch eine „reine“ Wissenschaft zu sein. Ihre Modelle beruhen auf den Annahmen der allgemeinen Gültigkeit, sie sind unabhängig von Raum und Zeit. Die geografische Lage, die Vergangenheit oder andere Externalitäten beeinflussen nicht den Entwicklungsweg eines Landes. (vgl. Cunat 2010) Die Vertreter der regulationstheoretischen Schule nehmen Raum und Zeit jedoch sehr wohl als wichtige Einflussfaktoren wahr und lassen sie in ihre Theorien mit einfließen. (vgl. Novy 2005a: 96 und Jäger 2001:27) Die Regulation kann den Akkumulationsprozess immer nur über eine gewisse Zeit stabilisieren. Die Akkumulationsmöglichkeiten sind räumlich und zeitlich begrenzt. Hat die Akkumulation ihr Maximum erreicht, kann die Regulation sie nicht mehr stabilisieren und es kommt zu großen Krisen, die ebenfalls einen Bruch mit dem alten System hervorbringen könnten. Dies geschah in Russland 1917 - es kam zu einem Bruch mit dem Kapitalismus. (vgl. Becker et. al. 2007:12f)

Die wichtigsten Stränge der Regulationstheorie sind die Pariser Schule und die Grenobler Schule. Beide Schulen beziehen sich auf die frühen französischen Politökonomen. Dabei sind die Ablehnung der allgemeinen Gleichgewichtstheorie und der Einbezug der Geschichte zwei der wichtigsten Parallelen dieser beiden Ansätze. (vgl. Waringo 1998:39f)

Das folgende Kapitel setzt sich wie folgt zusammen. Zuerst werde ich kurz auf die Entstehungsgeschichte der Regulationstheorie eingehen. Dann folgt eine Darstellung der Akkumulationsprozesse, wobei ich kurz die Grenobler Schule erörtern werde, mein Fokus liegt jedoch auf den vier Typisierungsachsen der Akkumulation in der Pariser Schule. Es folgt eine Ausführung der regulatorischen Möglichkeiten zur Stabilisierung der Akkumulation, hier beziehe ich mich besonders auf die vier strukturellen Formen der Regulation Arbeitskraft, Wettbewerb, Geld und Natur. Zum Schluss definiere ich noch den von Becker geprägten Begriff des Regulationsdispositivs.

1.1. Entstehungsgeschichte

1960 kam es in den kapitalistischen Staaten nach einer langen Phase des Aufschwungs zu einer Wirtschaftskrise. Mit der anhaltenden Krise wurden auch die klassischen ökonomischen Theorien in Frage gestellt. Man versuchte vor allem im politisch linken Lager eine Erklärung für die kapitalistischen Krisen zu finden. Dies schien mit der Entwicklung der Regulationstheorie in den 70er Jahren in Frankreich geschafft worden zu sein. Michel Aglietta hat mit seiner Dissertation den Grundstein für diesen Forschungsansatz gelegt. (vgl. Jakob 1999) Dabei greift die Theorie die strukturellen Veränderungen des Fordismus als Ausgangslage auf. Das vielseitige Zusammenspiel von Ökonomie und Politik ist der Mittelpunkt der Analyse. Die Theorie liefert Erklärungsansätze für die Stabilisierung kapitalistischer Gesellschaften in Zeiten der Krise. Sie ist nicht nur eine kapitalistische Theorie, sondern dient gleichzeitig als Kritik des Kapitalismus. (vgl. Röttger 2001)

Die Regulationstheorie kritisiert vorwiegend die neoklassischen Ökonomietheorien. Kritik am Fordismus, welche ja eigentlich den Ursprung der Regulationstheorie darstellt, findet man kaum, außer in den ursprünglichen Arbeiten von Aglietta. Da die Regulationstheorie auf dem Fordismus beruht, dieser aber bereits zum Entstehungszeitpunkt der Regulationstheorie laut Röttger dem Untergang geweiht war, wäre eine starke Kritik am Fordismus ebenso notwendig gewesen. Röttger nennt dies als Grund für den Popularitätsverlust der Regulationstheorie. Es scheint, als versuchte man krampfhaft nur mehr die Lücken zu füllen, die die Regulationsthe-

orie mit sich brachte, damit das ganze Konzept nicht in sich zusammenstürzt. (vgl. Röttger 2004:17) Um die Regulationstheorie nicht dem Untergang zu weihen, ist es entscheidend, sie unabhängig vom Fordismus als eigenständige Theorie wahrzunehmen. Nur so kann ihr Überleben gesichert werden. (vgl. Röttger 2001)

1.2. Akkumulation

„Akkumulation beschreibt den Prozess der Anhäufung beziehungsweise des Wachstums des Kapitalstocks (d.h. der Kapitalgüter). Im weiteren Sinn wird mit Akkumulation auch das wirtschaftliche Wachstum [sic!] - das eng mit dem Wachstum des Kapitalstocks verbunden ist - bezeichnet.“ (Novy 2005b)

Geld ist die Basis aller ökonomischen Aktivitäten. Damit eine Person ökonomisch tätig werden kann, muss sie zuerst Geld investieren um einen Produktionsprozess in Gang setzen zu können. Sie muss also Geld vorstrecken und nimmt somit ein Risiko auf sich, im Falle eines Bankrotts Verluste zu machen. Um dieses Risiko abzugelten erwartet sie im Nachhinein mehr Geld zurück zu bekommen als sie eingesetzt hat. Es entsteht also ein Prozess, den Karl Marx mit Geld–Ware–Mehr-Geld ($G-W-G'$) beschrieben hat. Der Kapitalismus wird als ein dynamisches System betrachtet, welches zwar einen Kreislauf, der von Wachstums- und Krisenphasen bestimmt wird darstellt, der aber am Ende des Kreises mehr Kapital hervorgebracht hat, also Kapital akkumuliert hat. (vgl. Novy 2005a:100)

Räumlich betrachtet bezieht sich ein Akkumulationsregime normalerweise auf national-staatliche Grenzen, wobei man auch Auswirkungen auf andere Staaten erkennt. (vgl. Becker 2001:63)

1.2.1. Akkumulation in der Grenobler Schule

Die Vertreter der Grenobler Schule gehen davon aus, dass im Kapitalismus ein Zwang zur Akkumulation besteht. Sie gehen von einem Kapitalkreislauf aus, welchem ein Produktivsystem zu Grunde liegt, das von Periode zu Periode wächst. Damit dieses System auch wachsen kann,

benötigt man eine Steigerung vor allem der Arbeitsproduktivität. Steigt die Produktivität, steigen die Profitraten und somit nimmt die Akkumulation ihren Lauf. Die Grenobler Schule legt ihr Hauptaugenmerk auf die materielle Produktion, jedoch spielen auch Finanzkreisläufe eine Rolle.

Produktivsysteme sind meist räumlich nicht mit Staatsgrenzen gleichzusetzen. Vor allem in einer Welt, die von einem Prozess der Globalisierung bestimmt wird, bestehen die Produktivsysteme immer mehr über nationale Grenzen hinweg. Vor allem in entwickelten Staaten erkennen die Grenobler ein außenorientiertes Produktionssystem, welches aber vor allem einer internen Akkumulation zu Gute kommen soll, das heißt einer Akkumulation im Zentrum.

Kann ein Produktivsystem nicht mehr wachsen, kommt es zu einer Extensivierung desselbigen und zu unsichereren Finanzanlagen, was wiederum den Finanzmarkt schwächt. Dies kann zu einer Krise führen, die dann eine instabile Wirtschaftslage mit sich bringt.

Anders als im Pariser Ansatz kommt es zu keiner konkreten Bildung von Akkumulationsachsen, jedoch fokussieren sich die Grenobler stärker auf die Akkumulationsunterschiede zwischen Zentrum und Peripherie. Entwicklungstheoretisch entspricht das der Forderung nach mehr Unabhängigkeit für die Entwicklungsländer, für einen Aufbau einer eigenen Industrie und eines eigenen Finanzsystems. Auf die Dependenztheorie umgelegt, würde das einer Importsubstituierende Industrialisierung gleichkommen. (vgl. Becker 2001: 50f)

1.2.2. Akkumulation in der Pariser Schule

Prinzipiell unterscheidet die Pariser Schule vier verschiedene Achsen der Akkumulation. (vgl. Becker et. al. 2007: 33ff)

1) Verbindung der kapitalistischen mit anderen Produktionsweisen

Nach der Pariser Schule findet kapitalistische Akkumulation über Reproduktion statt. Durch die Reproduktion des Monopols auf Eigentum auf der einen Seite und Reproduktion der Exis-

tenz von Arbeit auf der anderen Seite wird von Periode zu Periode mehr Kapital akkumuliert. In einer Gesellschaftsform kommt aber nicht unbedingt nur die kapitalistische Produktionsweise vor. (vgl. Becker 2001:51ff) Oft interagieren verschiedene Produktionsweisen miteinander. Eine andere auf Selbstversorgung ausgerichtete Produktionsweise ist zum Beispiel die agrarische Subsistenzwirtschaft. Sie tritt jedoch nur sehr selten alleine auf. Meistens benötigt man Geld um Kleidung oder andere Güter, die man nicht selbst herstellen kann, am Markt kaufen zu können. Dafür muss man selbst hergestellte Produkte verkaufen oder sich in ein Arbeitsverhältnis begeben. Existieren in einer Gesellschaftsform mehr als zwei verschiedene Produktionsweisen, so kommt es immer zu einer Verbindung dieser. (vgl. Becker et. al. 2007: 35)

2) Produktive oder finanzielle Akkumulation

Bis jetzt war ausschließlich die Rede von produktiver Akkumulation, doch darf man die finanzielle Akkumulation, beziehungsweise die Akkumulation fiktiven Kapitals nicht vergessen. Das heißt, neben dem Produktionskreislauf gesellt sich der Finanzkreislauf hinzu. (vgl. Becker et. al. 2007: 36) Die Rede ist von Wertpapier-, Aktien und Immobilienmärkten. Diese haben in den letzten 20 Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Die Zahl, sowie die Höhe der Transaktionen sind um ein Vielfaches gestiegen. Auch ein Trend zur Internationalisierung lässt sich feststellen. Palloix stellt die These auf, dass Finanzintermediäre nicht mehr bloß „Intermediäre“ seien, sondern fast autonome Sektoren. (vgl. Becker 2001: 61ff) Aber eben nur fast, denn die erwarteten Gewinne, also die Zinsen und Dividenden des fiktiven Kapitals, müssen im Produktionskreislauf erwirtschaftet werden. Aktienkurse hängen aber nur begrenzt von realen Gewinnen ab. Sie werden hauptsächlich durch Erwartungen geprägt. Lässt sich eine positive Erwartungshaltung feststellen, steigen die Aktienkurse, bei einer negativen Erwartungshaltung fallen sie. Die finanzielle Akkumulation ist daher durch eine besonders hohe Instabilität gekennzeichnet. (vgl. Becker et. al. 2007: 36) Da eine Investition in die Produktion oft eine lange Amortisationszeit hat, ist die Verlockung groß, Kapital auch unter großem Risiko am Finanzmarkt zu veranlagen. So lassen sich innerhalb kürzester Zeit große Gewinne machen und viel „fiktives“ Kapital akkumulieren. Hat man sein Geld erfolgreich am Finanz-

markt vermehrt, ist man bereit ein immer höheres Risiko einzugehen. Die Strukturen werden jedoch immer instabiler, umso weiter sich der fiktive Finanzmarkt von der realen Marktwirtschaft entfernt. So ließe sich die finanzielle Akkumulation als ein „Krisensymptom“ identifizieren. Da jedoch die Autonomie der fiktiven Kapitalakkumulation begrenzt ist, argumentiert Becker, „[behalte] der relativ starke regulationistische Fokus auf der Produktionssphäre [...] seine Berechtigung.“ (Becker 2001: 63) Der Regulation der Finanzmärkte und der fiktiven Akkumulation sollte trotz allem mehr Beachtung entgegengebracht werden. Auch wenn die finanzielle Akkumulation begrenzt ist, kann diese große Krisen hervorrufen, die sich eben auf Grund der Verbindung zur Produktionssphäre auch auf den Produktionssektor ausweiten kann. Um das Ziel der Regulation, eben eine Stabilisierung der vorherrschenden Strukturen gewährleisten zu können, ist es zwingend notwendig, die finanzielle Akkumulation zu regulieren und zu stabilisieren. (vgl. Becker 2001: 62f)

3) Extensive und intensive Akkumulation

Bei der extensiven sowie der intensiven Akkumulation handelt es sich um zwei Idealtypen, die die Art des Prozesses $G-W-G'$ beschreiben.

Im extensiven Akkumulationsregime kommt es zu keinem Produktivitätswachstum. Immer mehr Menschen werden beschäftigt um immer mehr Arbeit zu verrichten. Vor allem die ländliche Bevölkerung, die häufig von Subsistenzwirtschaft lebt, sollte in die kapitalistischen Strukturen eingebunden werden. Die Expansion der Produktionsstrukturen aber auch räumliche Expansion, wie zum Beispiel durch Kriege, stehen im Vordergrund. Nicht nur menschliche Arbeit soll vermehrt werden, auch immer mehr Ressourcen sollen eingesetzt werden. Da die Löhne nicht an den steigenden Mehrwert gebunden sind, wirkt sich die Produktionssteigerung nicht auf den Konsum aus. Somit stößt das extensive Akkumulationsregime bald an seine Grenzen, da es mit großen Absatzproblemen zu kämpfen hat. (vgl. Becker 2001: 55f und Novy 2005a:100f)

Dem intensiven Akkumulationsregime wird eine Produktivitätssteigerung zu Grunde gelegt.

Das heißt, es wird ständig versucht die Produktionsprozesse zu verbessern. Das setzt auch eine Veränderung der Produktionsbedingungen voraus. Man investiert in die Bildung seiner Arbeitskräfte sowie in die Forschung neuer, verbesserter Maschinen. Man erkennt, dass ausgeruhte Arbeitskräfte produktiver arbeiten, und das Haushalten mit Ressourcen wird verbessert. Die Löhne werden an das Produktivitätswachstum angepasst, was ebenfalls den Konsum steigert. Umso produktiver ein Unternehmen ist, umso mehr Löhne werden ausbezahlt und umso mehr Geld haben die einzelnen Arbeiter um Waren zu kaufen. Somit stößt das intensive Regime nicht an Absatzgrenzen, sondern steigert ihre Absätze mit der Steigerung der Produktivität. Um jedoch die Anpassung der Löhne gewährleisten zu können, benötigt man relativ starke Gewerkschaften. (vgl. 2001: 56, Becker et. al. 2007: 37 und Novy 2005a:101).

Da diese Idealtypen vor dem Hintergrund kapitalistischer Entwicklung entstanden sind, kann man sie nur schwer auf Entwicklungsländer übertragen, da in den meisten Ländern der Produktionsmittelsektor nicht vorhanden ist/war. Die Produktionsmittel mussten über Importe verschafft werden. Dadurch sind die Akkumulationsregime in Dritte Welt Ländern meist extern bestimmt. (vgl. Becker 2001: 57)

Wenn beide Regime an ihre Grenzen stoßen, gibt es verschiedene strategische Handlungsweisen. Entweder die geografische Expansion, das heißt die Vergrößerung des Absatzmarktes durch Exporte, oder der Übergang vom extensiven in das intensive Akkumulationsregime. Verfolgt man bereits ein intensives Regime bleiben nur mehr wenige Möglichkeiten, zum Beispiel durch Umverteilung oder technischen Fortschritt. (vgl. Becker 2001: 57)

4) Extravertierte und Intravertierte Akkumulation

Diese Typisierungsachse der Akkumulation beschreibt die innen- und außenorientierte Kapitalakkumulation eines Staates. Die verschiedenen Formen des Kapitals sind dabei Waren-, Produktions- und Geldkapital. Zu beachten ist, dass nicht alle Kapitalarten dieselbe Ausrichtung aufweisen müssen. In den industrialisierten Ländern lässt sich vorwiegend eine intravertierte, das heißt auf den Binnenmarkt bezogene Akkumulation festmachen. In den semiperi-

pheren Ländern ist diese Ausrichtung auf den Binnenmarkt nicht so einfach. (vgl. Becker et. al. 2007: 38) Theoretisch ist eine intravertierte Akkumulation in Ländern der Dritten Welt nur insoweit möglich, als dass sie in einen Block integriert sind, der Akkumulation ermöglicht und vorantreibt. Das würde für die Sowjetrepubliken bedeuten, dass sie während der Sowjetzeit eine binnenorientierte Kapitalakkumulation aufweisen müssten und diese intravertierte Ausrichtung auch nach der Zeit der UdSSR erhalten bleiben könnte. Inwieweit das zutrifft, werde ich im weiteren Verlauf meiner Arbeit klären. (vgl. Becker 2001: 58)

Für Entwicklungsländer, die nicht durch die hegemoniale Macht eines Blockes geschützt werden, ist es sehr schwer, die Außenorientierung zu überwinden. Ominami hat fünf Typen von Akkumulationsregimen der Dritten Welt aufgestellt.

- ein vorindustrielles
- ein rentiermäßiges
- ein auf intravertierte Industrialisierung setzendes
- ein tayloristisches und
- ein gemischtes Akkumulationsregime

(vgl. Ominami 1986a in Becker 2001:58f)

Für den weiteren Verlauf der Arbeit wird vorwiegend das rentiermäßige Akkumulationsregime bedeutend sein, in dem es darum geht, dass Schlüsselexporte große Deviseneinnahmen mit sich bringen und kaum Exportdiversifikationen stattfinden. Dies trifft vor allem für die Ukraine zu, die sehr stark vom Stahlexport abhängig ist. (vgl. Malygina 2008:2)

Außenorientierung ist aber nicht gleich Außenorientierung. Es muss zwischen aktiver und passiver Extraversion unterschieden werden. Aktive Außenorientierung bedeutet, dass das Hauptaugenmerk auf den Export von Kapital gelegt wird. Passive Außenorientierung beschreibt die Abhängigkeit von Importen, dies trifft vor allem auf teilindustrialisierte Länder zu. (vgl. Becker et. al. 2007:38f)

1.3. Regulation

„Der Thermostat enthält einen Regler, der die Heizung einschaltet, wenn eine gewisse Temperatur unterschritten wird. [...] Wenn die Gesellschaft eine Maschine ist, kommt dem Menschen als Sozialtechniker die Rolle des Reglers zu.“ (Novy 2005a:101)

Das Zitat von Novy beschreibt sehr gut, was mit Regulation gemeint ist. Der Mensch muss die gesellschaftlichen Systeme regulieren, damit sie nicht außer Kontrolle geraten. Normalerweise übernimmt der Staat die Funktion des Reglers. Mögliche regulierende Maßnahmen sind Steuern, Gesetze, Verordnungen, Sozialleistungen etc. Die Regulation hat den Zweck Gesellschaften zu stabilisieren, die Regierung eines Landes hätte folgend die Möglichkeit den Entwicklungsweg entscheidend zu beeinflussen. (vgl. Novy 2005a:102) Die vorher beschriebenen Akkumulationsachsen müssen also durch staatliche Regulation abgesichert werden. (vgl. Becker et. al. 2007:40) Jedoch können die Entscheidungen eines Staates nicht alleine den Entwicklungsweg eines Landes beeinflussen. Besonders in Zeiten der Globalisierung wirken sich Entscheidungen anderer Staaten auch auf den nationalen Raum aus. Die Grenobler Schule geht überhaupt davon aus, dass alle Nationalstaaten, welche sich gegenseitig beeinflussen eine ökonomische Einheit bilden. Dabei geben die dominierten Nationalstaaten ihre Eigenständigkeit auf. Somit scheint die kapitalistische Entwicklung von einer nicht kapitalistischen Peripherie abhängig zu sein. Sollten sich die dominierten Länder gegen die Unterdrückung auflehnen, so hätte dies eine Schwächung des Akkumulationsprozesses in den dominierenden Ländern zur Folge. (vgl. Waringo 1998:63ff)

Im Gegensatz zum Grenobler Ansatz, der eher eine makroökonomische Sichtweise von Regulation verfolgt, liegt das Hauptaugenmerk von Regulation in der Pariser Schule im nationalstaatlichen Raum. Man geht von der Gesellschaft als Schöpfer der kapitalistischen Regulation aus. Die Politik ist ein entscheidender Faktor im Bereich der Regulation. (vgl. Waringo 1998:65ff) Da die Politik aber monetär von der wirtschaftlichen Akkumulation abhängig ist, darf man den relativ starken Einfluss (finanz)wirtschaftlicher Institutionen nicht übersehen. Vor allem internationale Finanzinstitutionen machen die Kreditvergabe von Bedingungen ab-

hängig, wobei sie hier stark in die regulativen Strukturen der einzelnen Länder eingreifen. (vgl. Becker et. al. 2007:40f) Dieses Phänomen konnte man wieder besonders während der letzten Weltfinanzkrise in osteuropäischen Ländern beachten. Besonders die Ukraine, die kurz vor dem Staatsbankrott stand, bekam vom IWF einen Kredit, der teilweise an sehr harte Bedingungen geknüpft war. (vgl. Konicz 2008)

Grundsätzlich unterscheidet man vier verschiedene strukturelle Formen der Regulation, in welche der Staat eingebettet ist: Arbeitskraft, Wettbewerb, Geld, Natur.

1) Arbeitskraft (Lohnverhältnis):

Unter Lohnverhältnis versteht man die Kapitalakkumulation der abhängigen Beschäftigten sowie ihre sozialen Verhältnisse. Darunter fallen die Lohnhöhe, Arbeitszeit und -bedingungen, wie auch soziale Absicherung. (vgl. Becker et. al. 2007:44) Die Lohnarbeit ist und bleibt ein entscheidender Bestandteil des Kapitalismus, denn sie bestimmt die Verteilung des extensiv oder intensiv akkumulierten Wertes und so wird es auch in der Regulationstheorie als die bedeutendste strukturelle Form wahrgenommen. (vgl. Novy 2005a:103) Auch in Westeuropa lassen sich in den 90er Jahren ein Rückgang der selbstständig arbeitenden Bevölkerung sowie eine Zunahme der Lohnarbeit, vor allem bei Frauen verzeichnen. (vgl. Becker et. al. 2007:42)

Durch Lohnarbeit begibt man sich in ein Abhängigkeitsverhältnis. Somit entsteht ein ungleiches Verhältnis, indem der Abhängige unterdrückt und ausgebeutet werden kann. Dann muss der Staat eingreifen um diese Ungleichheiten auszubalancieren. Er muss das Arbeitsverhältnis regulieren. (vgl. Becker et. al. 2007:44) Die Arbeit im Sozialismus definiert sich jedoch anders. Sie wird als Schuld dargestellt, die jeder einzelne der Gesellschaft leisten muss. Für Marx macht Arbeit „das Wesen des Menschen aus“ indem sich jeder frei entfalten kann. Durch die kapitalistische Lohnarbeit war jedoch diese individuelle Freiheit nicht gegeben. Oberstes Ziel in der Theorie war die Aufhebung der Arbeitsteilung. In der Praxis blieb jedoch die freiwillige Arbeitsmoral der Menschen aus und der Staat musste einen Arbeitszwang einführen. Auch hier musste der Staat regulierend eingreifen. (vgl. Roth 2004: 10ff)

2) Wettbewerb (Konkurrenzverhältnis)

Dieser Punkt versucht den kapitalistischen Wettbewerb zu erklären. Der Wettbewerb kann auf horizontaler Ebene passieren sowie auf vertikaler Ebene. Unter die horizontale Ebene würde der Wettbewerb zwischen den Arbeitskräften fallen, also zum Beispiel Männer gegen Frauen etc. Auch der Wettbewerb zwischen Unternehmen fällt in den horizontalen Wettbewerb. Die vertikale Ebene beschreibt dagegen einen Kampf zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern. (vgl. Novy 2005a:105f)

Das Konkurrenzverhältnis beschreibt also das Verhältnis von verschiedenen Einheiten zueinander, wobei ein gemeinsames Interesse ausgeschlossen wird. Auch wenn der Kapitalismus von Zusammenarbeit (Lohnarbeit) strukturell abhängig ist, wird der Wettbewerb gegenüber sozialem Zusammenhalt favorisiert. Dies führt zu einer Wettbewerbsgesellschaft. (vgl. Novy 2005a:105f)

Das Konkurrenzverhältnis bezieht sich räumlich aber nicht nur auf den Nationalstaat, sondern auch auf die internationale Sphäre. Man sucht sich neue Märkte außerhalb des Nationalstaates um die Akkumulationsmöglichkeiten zu erweitern. Dies würde der extensiven Akkumulationsstrategie entsprechen. Praktisch kann das die gewaltsame Eroberung neuer Märkte beziehungsweise die Sicherstellung eines Zugangs zu Rohstoffquellen bedeuten. Aber auch der Schutz vor zu starker Konkurrenz fällt in den Bereich des Konkurrenzverhältnisses. Beispiele für solche Schutzmaßnahmen sind Zölle oder Ein- und Ausfuhrbeschränkungen. (vgl. Becker et. al. 2007: 46)

3) Geld (Monetäre Restriktion)

Die Anhäufung von mehr Geld (G') ist die oberste Priorität im Kapitalismus. Es ist die Voraussetzung für den Start eines Akkumulationsprozesses sowie dessen Output. Folgend unterliegen alle Prozesse eines Akkumulationszyklus einer monetären Restriktion (vgl. Becker et. al. 2007:47) Mit Geld als Zahlungsmittel besteht die Möglichkeit Waren, die man benötigt und gerne hätte, zu kaufen. Es gestattet einem auch seine eigene Arbeitskraft zu verkaufen, somit

unterliegt nicht nur die Kapitalakkumulation sondern auch die Reproduktion der Arbeitskraft der monetären Restriktion. Geld ist aber nicht nur Zahlungsmittel, sondern auch „Wertaufbewahrungsmittel“. In dieser Funktion verhilft es dem Besitzer zu Macht und Einfluss. Es vermag ganze Märkte und Gesellschaften ins Gleichgewicht zu bringen oder sie zu destabilisieren. Geld stellt somit einen wichtigen Einflussfaktor auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung dar und die Geldpolitik wird zu einem entscheidenden Regulationsinstrument. (vgl. Novy 2005a:105) Ich werde nun die wichtigsten Elemente des Geldverhältnisses darstellen.

- Inflation

Um zu einer besseren Kapitalverwertung zu kommen, das heißt um am Ende mehr Geld akkumulieren zu können, werden seitens der Kapitalisten die Preise erhöht. Durch Lohnsteigerungen, meist von Gewerkschaften durchgesetzt, werden die höheren Preise ausgeglichen. Eine leichte Inflation ist also vollkommen natürlich und keineswegs schädlich für die Wirtschaft. Kommt es jedoch zu einer sehr starken Inflation oder sogar einer Hyperinflation, können die Löhne meist nicht schnell genug an die steigenden Preise angeglichen werden. Es kommt zu einer Umverteilung des Geldes zum Nachteil von lohnabhängigen Arbeitern und Gläubigern. (vgl. Becker et. al. 2007:47)

- Deflation

Bei starker Konkurrenz kommt es oft zu einem Preisdumping, bei dem sich die Konkurrenz gegenseitig mit immer niedrigeren Preisen überbieten will. Dadurch ist kaum Geld für größere Investitionen da, sie werden aufgeschoben. Die Wirtschaft stagniert oder es kommt gar zu einer Rezession. Die Arbeitslosigkeit steigt und die Löhne sinken. (vgl. Becker et. al. 2007:48) Auch die Haushalte beginnen ihr Geld zu sparen, denn schließlich ist am nächsten Tag wieder alles etwas billiger. (vgl. Lichowski 2005: 53f) Es kommt zu einer Deflationsspirale, aus der man wie beim Teufelskreis, nur mehr schwer herauskommt. Es gibt auch nur sehr wenig politische Möglichkeiten so einer Spirale entgegenzuwirken. (vgl. Becker et. al. 2007:48)

- Wechselkurs

Die Wechselkurse bestimmen wesentlich den Außenhandel eines Landes. Ist der Kurs einer Währung niedrig, so ist dies förderlich für den Export, ist er jedoch hoch, so steigen die Importe. Somit ist das Währungssystem entscheidend dafür, inwieweit ein Land seinen Kurs beeinflussen und somit regulatorische Maßnahmen setzen kann. (vgl. Becker et. al. 2007:48) Hierbei geht es vor allem um das Wechselkurssystem. Das Problem von eines flexiblen Systems ist, dass es offen für Spekulationen ist und eine Unsicherheit für Investoren birgt. Deswegen ist ein starres Wechselkurssystem für die Semiperipherie oft besser geeignet, da sich internationale Investoren anlocken lassen. Jedoch bleiben dem Staat sehr wenig Möglichkeiten in Zeiten einer Krise einzugreifen. (vgl. Lichowski 2005: 53f)

- Zugang zum Kapitalmarkt (Kredite)

Ein eingeschränkter Zugang zum Kapitalmarkt kann den Akkumulationsprozess entscheidend beschränken. Vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern ist es oft sehr schwer, Zugang zum Kapitalmarkt zu erhalten. Deswegen nehmen viele dieser Länder Auslandskredite auf. Dies bringt aber neuerlich viele Probleme mit sich. (vgl. Becker et. al. 2007:48)

4) Natur (Die ökologische Restriktion)

Jeder Produktionsprozess benötigt in irgendeiner Form natürliche Ressourcen. Es müssen Rohstoffe abgebaut und landwirtschaftliche Anbaufläche geschaffen werden. Auch Fabriks- und Firmengebäude müssen erbaut werden, dazu benötigt man freien Platz. Die Natur wird benötigt um den Akkumulationsprozess in Gang zu setzen. Dabei darf man nicht vergessen, dass die natürlichen Ressourcen begrenzt sind. Umso fürsorglicher man damit umgeht, desto länger kann man sie nutzen und umso mehr Kapital kann aus der Natur gewonnen werden. (vgl. Novy 2005a:106)

Vor allem für den Norden besteht eine große Abhängigkeit von Öl und Gas. Es kommt immer öfter zu Kriegen auf Grund dieser Rohstoffe. So wird auch die US-amerikanische Besetzung des Iraks dem Kampf um den Rohstoffzugang zugeschrieben. Fakt ist, dass der Nutzen von natürlichen Ressourcen hauptsächlich den Industriestaaten und einigen Ballungsräumen in

den Peripherien vorbehalten ist. Die daraus entstehenden Konsequenzen müssen jedoch alle tragen. Hier gilt es eine geeignete Strategie zu finden, die für alle einen stabilen Akkumulationsprozess gewährleistet. (vgl. Becker et. al. 2007:51f)

1.4. Regulationsdispositiv nach Becker

Die vier eben beschriebenen strukturellen Formen der Regulation bilden das Strukturmodell. Sie stellen eine Momentaufnahme der Gesellschaft dar. Das heißt sie sind nicht in der Lage einen (Entwicklungs-)Prozess aufzuzeigen. Es handelt sich um eine vereinfachte Form der Darstellung. Je mehr Kohärenz diese Formen (Arbeitskraft, Wettbewerb, Geld, Natur) aufweisen, umso stabiler ist die Gesellschaft. Eine solche Verdichtung der Kohärenz ist in Wirklichkeit jedoch ein äußerst seltenes Vorkommnis. Kommt es aber über längere Zeit zu einer stabilen Phase, spricht man von der Regulationsweise. Bei einer länger andauernden Instabilität kommt der Begriff des Dispositivs zum Tragen. (vgl. Novy 2005a: 107ff)

Ein Dispositiv ist ein diskursives Machtfeld, eine heterogene Mischung aus sämtlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Diskursen, Einrichtungen und Institutionen. (vgl. Foucault in Becker 2001:144) Es legt die Strukturen, in denen wir uns bewegen können, fest und schränkt somit unseren Handlungsspielraum ein, es bildet sozusagen den Rahmen in dem wir handeln können. Diese Strukturen wirken, ohne dass jemand darauf einen großen Einfluss hat, sie bestehen auch ohne Koordination von Politikern o.Ä. Sie sorgen dafür, dass in einer Krise kein Chaos ausbricht, sie halten das System zusammen. Erst wenn das Dispositiv überwunden wird, wenn es zurückgelassen wird, können sich neue Strukturen bilden und es kann eine Änderung eintreten. Das Dispositiv wird sozusagen von der Kultur des jeweiligen gesellschaftlichen Systems bestimmt. Die Kultur bestimmt unsere Weltansicht, sie schreibt uns vor, wie wir uns in bestimmten Situationen verhalten sollen und lenkt somit auch die Politik in eine bestimmte Richtung. Aus all diesen kulturellen Gegebenheiten entsteht das Dispositiv. Da wir aber unsere Kultur nicht beziehungsweise nur sehr schwer ablegen oder gar verändern können, ist es auch sehr schwer, ein Dispositiv zu verändern. Es strukturiert das Zusammenleben der Gesellschaft. Eine Veränderung des Systems kann nur in Zeiten der Krise

geschehen, wenn das System erschüttert wird und auch dann bedarf es eines langen Zeitraumes, um Strukturen zu verändern. (vgl. Novy 2005a: 107ff)

2. Dependenztheorie

2.1. Entstehungsgeschichte

Nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren und dem Ende des Zweiten Weltkrieges machte sich die Modernisierungstheorie unter den Wirtschaftswissenschaftlern breit. Man sprach von gesellschaftlicher Modernisierung und nachahmender Entwicklung. Die Gründe der Unterentwicklungen wurden vor allem endogenen Faktoren zugeordnet. Doch auf Grund des Scheiterns dieser Theorie Anfang der 60er Jahre kritisierte man sie immer mehr und die ersten dependenztheoretischen Ansätze zeichneten sich ab. (vgl. Hödl 2007:18)

Die Grundsätze der Dependenztheorie lassen sich auf den Argentinier Raúl Prebisch, ehemaliger Direktor der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) sowie der UNCTAD, zurückführen. (vgl. Nohlen 1999) Anfangs noch ein Vertreter der Modernisierungstheorie, ließen ihn die sozialen Missstände und die schlechte wirtschaftliche Situation Lateinamerikas das entwicklungstheoretische Lager wechseln. Er ist weiters wesentlich verantwortlich für die Entwicklung des Zentrum-Peripherie Modells. Das Modell beschreibt die asymmetrische Beziehung zwischen den Industrieländern, die ein hegemoniales Zentrum darstellen und den abhängigen Entwicklungsländern (Peripherie). Daraus ergibt sich der Name Dependenztheorie. (dependencia span. = Abhängigkeit) (vgl. Bujard 2002:3ff) Prebisch trat vor allem auch für eine Importsubstituierende Industrialisierung, sowie für eine Neue Weltwirtschaftsordnung ein. Er schrieb dem Staat eine gewichtige Rolle im Entwicklungsprozess zu und propagierte den Protektionismus. Gemeinsam mit Hans Wolfgang Singer entwickelte er die „Prebisch-Singer-Theorie“, die „These der säkularen Verschlechterung der Terms of Trade“. (vgl. Nohlen 1999)

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre waren die wichtigsten Forderungen der Dependenztheorie Self-Reliance, Süd-Süd-Kooperation, die Abkopplung vom Weltmarkt, sowie eine auto-

zentrierte Entwicklung der unterentwickelten Länder. Die wichtigsten Vertreter der Dependenztheorie sind Fernando Henrique Cardoso, Andre Gunder Frank, Johann Galtung, Enzo Faletto und Dieter Senghaas. (vgl. Hödl 2007:19)

Auch wenn die Dependenztheorie vorwiegend in Lateinamerika entwickelt wurde, und viele ihrer Vertreter auch aus diesen Ländern kommen, ist sie für die meisten Dependenztheoretiker auf alle Entwicklungsländer übertragbar. (vgl. Bujard 2002:3ff)

2.2. Dependenztheoretische Entwicklungsstrategien

Die Dependenztheorie entspricht ebenfalls wie die Regulationstheorie, eher einer Dependenzschule. Sie umfasst verschiedene Strategien zur Armutsreduktion, die auch zu unterschiedlichen Zeiten entwickelt worden sind. Ich werde zunächst das Zentrum Peripherie-Modell, die Prebisch-Singer-These und die Importsubstituierende Industrialisierung (ISI) erläutern. Diese drei Strategien zählen zwar zur Strömung des Cepalismo jedoch baut die Dependenztheorie auf dem Cepalismo auf. Danach beschreibe ich die eigentlichen Strategien zur Armutsbekämpfung der Dependenztheoretiker. In meinen Analysen greife ich auch auf Quellen aus den Anfängen der Dependenztheorieforschung zurück, da diese Grundlagen eine wichtige Basis für die vorliegenden Diskussionen bilden. (vgl. Hödl 2007:18)

2.2.1. Zentrum-Peripherie-Modell

Das Zentrum-Peripherie-Modell wurde von Raúl Prebisch 1949 entwickelt. Sämtliche Dependenztheoretische Ansätze bauen auf diesem Modell auf. Es zielt prinzipiell darauf ab, das Verhältnis zwischen den Industriestaaten, welche das Zentrum darstellen, sowie den Entwicklungsländern, die der Peripherie entsprechen, zu beleuchten. Diese hierarchische Einteilung der Länder bedingt sich durch die in-

ternationale Arbeitsteilung sowie den kapitalistischen Weltmarkt. Die rohstoffreichen Länder der Peripherie sind abhängig von den reichen Staaten des Zentrums. (vgl. Grupp o.J.)

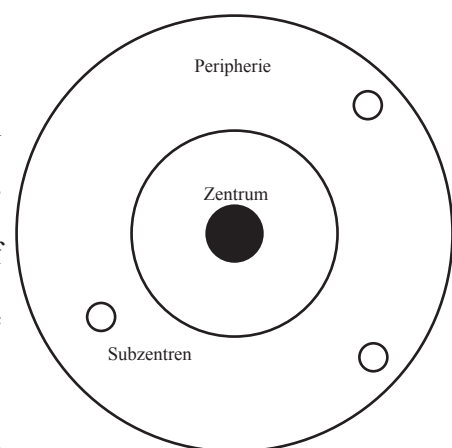


Abb. 1: Zentrum-Peripherie-Modell

Wobei man das Zentrum-Peripherie-Modell noch untergliedern kann. Jedes Zentrum hat eine eigene Peripherie und jede Peripherie ihr Zentrum. Das heißt auch in den Industriestaaten gibt es eine Peripherie, diese ist aber ungleich reicher als die südliche Peripherie. Dort gibt es wiederum Zentren, sogenannte Subzentren, die meist in den Ballungsräumen der Peripherien zu finden sind. Diese Aufspaltung lässt sich bis auf die lokale Ebene ziehen. Zur Veranschaulichung: In einem kleinen Ort in Österreich, würde der „Dorfplatz“, dort wo sich die Geschäfte befinden das Zentrum darstellen, die umliegenden ländlichen Gebiete stellen die Peripherie dar. Dann unterscheidet man noch die Semiperipherie. Auf internationaler Ebene sind dies vor allem die Schwellenländer. (vgl. Galtung 1983: 21)

2.2.2. Prebisch-Singer-These

Raúl Prebisch und Hans Werner Singer gelten als bedeutende Vertreter des Cepalismo, des Vorläufers der Dependenztheorie. Unter der Prebisch-Singer-These versteht man auch die Theorie der „säkularen Verschlechterung der Terms of Trade“. (vgl. Kaller-Dietrich 2005) Nach Prebisch existieren zwei große Wirtschaftsräume, die Industriestaaten auf der einen Seite und die Entwicklungsländer auf der anderen Seite. Zwischen diesen Wirtschaftsräumen gibt es eine Arbeitsteilung im Sinne der klassischen Ökonomie, von der alle profitieren sollen. (vgl. Sieber 1968: 2) Diese These beruht auf dem Modell des komparativen Kostenvorteils von David Ricardo. Das Modell besagt, dass wenn jede wirtschaftliche Einheit die Waren produziert, bei denen es einen komparativen Vorteil gegenüber anderen hat und diese dann mit anderen handelt, alle davon profitieren werden. (vgl. Lichowski 2005: 14) Doch die Wirklichkeit widerlegt Ricardos These der komparativen Kostenvorteile. Zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern herrscht ein großes Ungleichgewicht. Prebisch führt die größeren Produktivitätsfortschritte in den Industrienationen als Grund für diese Entwicklung an. Wären die Preise jedoch in Relation zum Produktivitätsfortschritt gesunken, würde das noch kein Problem darstellen. Das eigentliche Problem besteht darin, dass sich das Austauschverhältnis zwischen den Primärgütern und den Sekundärgütern „säkular verschlechtert“ hat. (vgl. Sieber 1968: 2ff) Die Verschlechterung der Terms of Trade bringt für die Entwicklungsländer eine Schwächung der Importkapazität mit sich. Schließlich bekommen sie für immer mehr Exportgüter immer weniger Importgüter. Sie müssen mehr Geld aufbringen, um

eine gleichbleibende Menge an Waren importieren zu können. In Folge bleibt weniger Geld für die Produktivitätsentwicklung im Exportsektor. Dies resultiert in allgemein schlechteren Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern. (vgl. Sieber 1968: 9f)

Um dem Dilemma der säkularen Verschlechterung der Terms of Trade zu entkommen, propagieren Prebisch und Singer einen Industrialisierungsprozess in den Entwicklungsländern. Sie befürworteten zwar keinen Protektionismus, doch zeigen sie klar ihren Wunsch auf, das bestehende System zu verändern. (vgl. Cuddington 2002: 5f)

2.2.3. Importsubstituierende Industrialisierung (ISI)

Wie oben erwähnt, bringt die Verschlechterung der Terms of Trade eine Schwächung der Importkapazität mit sich. (vgl. Sieber 1968: 2ff) Da man die benötigten Importe kaum noch mit den Einnahmen aus Exporten decken kann, muss man Kredite aufnehmen um seine Importfähigkeit zu behalten. Da die Kredite meist von den Kapitalmärkten der Zentren stammen, verstärkt dies nur die Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum. Darum plädieren die Dependenztheoretiker für eine ISI, was soviel bedeutet wie die bisher importierten Waren durch heimische Produkte zu ersetzen, also zu substituieren. (vgl. Vogelsang 1974: 26ff) Die Vorgehensweise, Produkte selber zu produzieren, anstatt sie zu importieren, war bereits nach dem 1. Weltkrieg gang und gebe. Erst durch die CEPAL erhielt diese Strategie 1949 ihren Namen und gewann damit an Bedeutung. (vgl. Novy 2005c)

In der Praxis sah die ISI so aus, dass der Markt für ausländische Firmen gesperrt wurde und die heimischen Firmen sozusagen gezwungen wurden, das zu produzieren, was die Bevölkerung für notwendig erachtete. Man versuchte vom Weltmarkt unabhängig zu werden und forcierte eine binnenorientierte Industrialisierung. Dabei spielte der Staat eine entscheidende Rolle. Er musste die Infrastruktur bereitstellen, damit die Industrien überhaupt bestehen konnten. Weiters wurde die Währung gestärkt sowie Zölle verhängt, um die Importe teuer zu halten. Es wurden zahlreiche Schlüsselindustrien verstaatlicht und Preiskontrollen durchgeführt, um ein Ansteigen der Löhne zu verhindern. (vgl. Rohleder o.J.)

Die Hauptziele der ISI sind eine Schwächung der Abhängigkeit vom Zentrum, mehr Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt und eine größere Produktivität. Doch diese Ziele konnten kaum erreicht werden. Das Problem war, dass die Fokussierung auf dem Industriesektor lag, der Primär- und Tertiärsektor wurden vernachlässigt. Die verstaatlichen Betriebe erhielten besondere Aufmerksamkeit und konnten sich gut entwickeln, jedoch konnte sich dadurch der Privatsektor nur schwer erholen. Außerdem kostete die starke Industrialisierung und die dadurch notwendigen Investitionen in die Infrastruktur viel Geld. Es mussten erneut ausländische Kredite aufgenommen werden, was die Abhängigkeit vom Zentrum erst recht verschärfte. (vgl. Rohleder o.J.)

2.2.4. Die Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO)

Eine der wichtigsten Forderungen der Dependenztheoretiker ist eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO). Um die Forderungen klarer darstellen zu können, werde ich zuerst die alte Weltwirtschaftsordnung (AWWO) im Verständnis der Dependenztheoretiker erklären. Die AWWO wird durch den Kapitalismus verkörpert. Für Galtung definiert sich das Wesen des Kapitalismus in einer „...uneingeschränkten Mobilität der Produktionsfaktoren und Produkte sowie eine[r] auf Expansion angelegte[n] Produktion“ (Galtung 1983:19) Das heißt die Produkte, Rohstoffe etc. müssen von der Peripherie ins Zentrum gebracht werden um dort einem Wertschöpfungsprozess zugeführt zu werden. Dabei werden der Peripherie immer mehr Rohstoffe entnommen und dem Zentrum zugefügt. Das hat zur Folge, dass die Schere zwischen Peripherie und Zentrum immer größer wird und sich die Peripherie mit der Zeit erschöpft. Das Zentrum expandiert und dehnt sich weiter aus und schafft somit neue Peripherien. Dieser Prozess wird auch Imperialismus oder (Neo-)Kolonialismus genannt. Laut Galtung ermöglicht dieses System zirka 20% der Weltbevölkerung einen hohen Lebensstandard, für den Rest bleibt nur noch ein Leben in Armut. (vgl. Galtung 1983: 19ff)

Durch den Expansionsdrang des Kapitalismus entstehen Peripherien im Zentrum, als auch Subzentren in den Peripherien. Die Peripherien im Zentrum sind nur von sehr wenig Armut geprägt, da sie ebenso vom Gewinn profitieren wie das eigentliche Zentrum. Es entsteht eine

Verbundenheit der Proletarier in der Peripherie mit der Bourgeoisie des Zentrums, in der die Proletarier auch bereit sind für die Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen. Das Zentrum in der Peripherie besteht meist aus politischen, wirtschaftlichen und/oder militärischen Eliten, die zu Handlangern der industrialisierten Staaten werden und sich so ihren finanziellen Reichtum sichern. (vgl. Galtung 1983: 21)

Die Ausbeutung der Peripherie kann verschiedene Formen annehmen. Es werden sogenannte Cash-Crops angebaut, das sind Lebensmittel die rein für den Export bestimmt sind. Dadurch werden Anbauflächen, die für die Versorgung der lokalen Bevölkerung wichtig wären, für den Export verschwendet. Ein weiteres Problem stellt die Abwanderung von gut ausgebildeten Arbeitskräften dar (Brain Drain). Es werden dem Land Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse oder Getreide und gleichzeitig wichtiges Humankapital entzogen. Weiters können lokale Produkte kaum bis gar nicht mit den importierten Waren aus den Zentren konkurrieren. Für Galtung stellt Entwicklungshilfe einen weiteren Autonomieverlust für die Entwicklungsländer dar, da die Peripherie vom Kapital-, Technologie- und Wissenstransfer des Zentrums abhängig gemacht wird. (vgl. Galtung 1983: 21ff)

Um das System dieser vorgegebenen Strukturen zu durchbrechen, ist eine der wichtigsten Forderungen der Dependenztheorie die Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Am 1. Mai 1974 wurde in New York die Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung von der UN Generalversammlung verabschiedet. Die wichtigsten Forderungen beinhalten die absolute Souveränität und Selbstbestimmung aller Staaten. Das heißt, jedes Land kann sein Wirtschafts- und Sozialsystem frei wählen und kann über die Verwendung der Bodenschätze selbst entscheiden. Gerechte Preise für exportierte und importierte Rohstoffe und Waren, die auch zueinander in einer fairen Relation stehen, stellt eine weitere wichtige Forderung dar. Weiters haben die Entwicklungsländer ein Recht auf Entwicklungshilfe, sowie ein Recht auf Entschädigung, sollte ihnen Unrecht widerfahren. Außerdem steht die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern im Vordergrund. Auch einige Forderungen, den internationalen Finanzmarkt betreffend, finden sich in der Resolution.

(vgl. Galtung 1983: 23f und UN Generalversammlung 1974)

Galtung kritisiert den Nutzen dieser NWWO der UNO stark. Diese Maßnahmen würden höchstens zu einer noch stärkeren Kapitalakkumulation im Zentrum führen. Die Terms of Trade, beziehungsweise ihre Verbesserung, werden in der Resolution kaum angesprochen. Dabei plädieren die Dependenztheoretiker eben für eine NWWO auf Basis gerechter und fairer Terms of Trade. Auch die Veränderung der vorherrschenden Arbeitsteilung spielt in der Resolution kaum eine Rolle. Trotz allem darf diese Resolution nicht von vornherein verurteilt werden. Immerhin setzt die Erklärung ein Zeichen: 46 Entwicklungsländer haben durch ihr gemeinsames Vorgehen einen Teil ihrer Forderungen gegenüber den Industrienationen durchsetzen können. Die Resolution beinhaltet auch schon Punkte weiterer Forderungen der Dependenztheoretiker, wie die Forderung nach Self-Reliance und Süd-Süd-Kooperation. (vgl. Galtung 1983: 25ff).

2.2.5. Self-Reliance

Die Idee der Self-Reliance ist keine Erfindung eines einzelnen Menschen, sondern sie besteht seit ewigen Zeiten. Self-Reliance ist die ursprünglichste Form des menschlichen Zusammenlebens, die durch die Herausbildung eines Zentrum-Peripherie-Systems ihre Bedeutung verlor. Die Dependenztheoretiker fordern nun wieder eine Zurückfindung zum „alten System“. (vgl. Galtung 1983: 47ff)

Das Konzept der Self-Reliance stellt die Entwicklung des Menschen in den Vordergrund. Alle Menschen sollen in der Lage sein, sich frei entfalten zu können und ihr Leben nach ihren Bedürfnissen leben zu können. Dies kann nur durch die eigenen Kräfte erreicht werden. Das bedeutet alle im Land vorhandenen Ressourcen voll auszuschöpfen. Sämtliche Bedürfnisse sollen so weit als möglich durch lokalen und/ oder regionalen Handel befriedigt werden. Nur wenn dies nicht möglich ist weil im Inland Bodenschätze nicht oder zu wenig vorhanden sind, ist es sinnvoll mit anderen Ländern in Austausch zu treten. Hier empfiehlt es sich aber nur mit Ländern einen Handel einzugehen, die einen ähnlichen Entwicklungslevel aufweisen, damit die Machtverteilung auf beiden Seiten gleich groß ist. Auf gar keinen Fall sollte man sich auf

ein Produkt, welches im Überfluss vorhanden ist, spezialisieren, da man hier leicht in eine neue Abhängigkeit verfallen kann. Vor allem aber sollte man die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln im eigenen Land sicherstellen. Um diese Strategie erfolgreich durchsetzen zu können ist ein Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten von besonderer Bedeutung. (vgl. Galtung 1983: 28f)

Um das Self-Reliance Konzept durchsetzen zu können, bedarf es allerdings einem internationalen Strukturwechsel. Unter- und Überentwicklung sind das Ergebnis der vorherrschenden Wirtschafts- und Handelsstruktur. Um diese Struktur zu verändern, müssen sich mehrere Entwicklungsländer zusammenschließen und sich aus dem Weltmarkt zurückziehen. Das stellt auch gleichzeitig ein Problem dar, da ein Land für sich nichts, beziehungsweise nur schwer etwas verändern kann. (vgl. Galtung 1983: 28f)

Self-Reliance steht für horizontale Wirtschaftsstrukturen. Arbeitsteilung wird immer notwendig sein, doch ist sie gerechter wenn die Handelspartner gleich mächtig sind.

2.2.6. SÜD-SÜD-Kooperation

Unter Süd-Süd-Kooperation kann man allgemein die Zusammenarbeit von zwei oder mehreren Entwicklungsländern verstehen. Es geht vor allem um den Austausch von Technologie, Informationen, Kapital, Waren etc. Dabei ist das Hauptziel eine Reduzierung der Abhängigkeiten gegenüber den Industrienationen, vor allem von den ehemaligen Kolonialherren. (vgl. Matthies 1982:3)

Man unterscheidet drei verschiedene Definitionen der Süd-Süd Beziehungen. Die abstrakte Süd-Süd-Kooperation beschreibt die Kooperation als Solidaritätsgemeinschaft, welche sich im internationalen System als eigenständiger Akteur präsentiert. Die praktische Süd-Süd-Kooperation bezieht die Akteure dieser Zusammenarbeit mit ein und die konkrete Süd-Süd-Kooperation analysiert die Ergebnisse der Interaktionen der Entwicklungsländer. (vgl. van Boom 1997:7f)

Durch die Kolonialisierung herrscht in den Entwicklungsländern eine besondere Abhängigkeit von der Kolonialmacht. Nach der Dekolonialisierung entsteht in diesen Ländern ein besonderer Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit. (vgl. Matthies 1982:6ff) Endlich ist man in der Lage seine Handelspartner selbst zu wählen. Handelt es sich anfangs nur um informelle Netzwerke zwischen den Ländern, so solidarisieren sich die Länder des Südes in den 70er Jahren. Auf Grund ihrer benachteiligten Lage setzen sie sich besonders für eine Neue Weltwirtschaftsordnung ein (NWWO). Durch die Schwächung der Industriestaaten durch die Weltwirtschaftskrise erhalten die Staaten des Südens mehr Macht und besonders die OPEC Staaten können durch ihre hohen Ölvorkommen Einfluss auf die Staaten des Nordens nehmen. (vgl. Matthies 1982:5f)

Wie bereits oben erwähnt, kommt es zu einer Intensivierung der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und es entstehen Organisationen des Südens, sogenannte „Gewerkschaften der Armen“. Einige der bekanntesten Organisationen sind die Bewegung der Blockfreien, die Gruppe der 77, die OPEC und die COMECON (vgl. Matthies 1982:9)

- Bewegung der Blockfreien

Nach dem Ende der Kolonialherrschaft wollten die Entwicklungsländer ihren eigenen Weg finden um nicht in erneute Abhängigkeit zu fallen. Daraus entwickelte sich die bedeutendste Süd-Süd-Kooperation, die Blockfreien (vgl. Bernecker 1997:190) Die erste Konferenz der Blockfreien fand im September 1961 in Belgrad statt. Der Hauptinitiator dieses Treffens war der jugoslawische Präsident Tito. (vgl. o.A. 2001) Die Blockfreien distanzieren sich klar von den zwei Militärböcken, der USA und der Sowjetunion und traten für eine atomare Abrüstung ein. Die wichtigsten Forderungen waren eine Neue Weltwirtschaftsordnung, eine Vertiefung der Süd-Süd-Beziehungen und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Sie hatten zeitweise über 100 Mitglieder aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Blockfreien vertraten damit in etwa die Hälfte der Weltbevölkerung. (vgl. Bernecker 1997:190) Die Bewegung der Blockfreien war anfangs noch eine eher informelle, strukturlöse Gruppierung. (vgl. Hörtl 1989:67) Sie wurde oft nur als Reaktion auf den Kalten Krieg zwischen Ost und West betrachtet. Doch für die Mitgliedsländer war die

Bewegung eine Art Solidaritätsverband und Protestbewegung. Die Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer sowie ihr Einfluss auf die Weltpolitik sollte verstärkt und die Abhängigkeiten vom Westen und den ehemaligen Kolonialherren reduziert werden. (vgl. Matthies 1982:98)

Auch der Begriff der Selbsthilfe (Self-Reliance) spielte eine große Rolle. Das Vertrauen auf die eigenen Kräfte wurde propagiert um mehr Selbstbewusstsein zu erlangen. Vor allem in den 70er Jahren entwickelte die Bewegung eine große Dynamik und konnte einen relativ großen Einfluss auf die Weltpolitik gewinnen. Doch Ende der 70er Jahre kam die Bewegung unter großen Druck. Die Blöcke versuchten ihren Einflussbereich zu vergrößern und mit der Militärintervention in Afghanistan und Afrika überschwemmten die Blöcke die Bewegung. Durch die große Heterogenität der Mitgliedsländer kam es auch immer mehr zu Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung. Die Blöcke nutzen diese Chance und griffen ein. Kuba plädierte für eine Verbrüderung mit der Sowjetunion, was im krassen Gegensatz zum eigentlichen Leitgedanken der bündnisfreien Staaten stand. Jugoslawien lehnte diese Bestrebungen strikt ab. Die Blockfreien steckten in einer tiefen Krise fest. Nach dem Zerfall der UdSSR und auch mit dem offiziellen Ende des Ost-West-Konfliktes, veränderten sich die Blockfreien grundlegend. Sie formulierten neue Forderungen und die Förderung von Menschenrechten wurde zum Hauptziel der Bewegung. Sie bewirkten durch ihr Engagement die Aufnahme des Rechts auf Entwicklung in die Definition der Menschenrechte der UNO. (vgl. Bernecker 1997:193ff)

- Gruppe der 77 (G-77)

Die Gruppe der 77 wurde 1964 von 77 Entwicklungsländern mit der „Gemeinsamen Erklärung der 77“ in Genf gegründet. Ihre Gründung galt als entscheidender Schritt in Richtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung. Ihr Ziel ist, wie auch jenes der Blockfreien, eine Beendigung des Abhängigkeitsverhältnisses von den Industriestaaten. Dieses Ziel sollte vor allem durch Einführung einer NWWO erreicht werden. Die Euphorie und der Optimismus waren anfangs hoch und man erzielte einige Erfolge. Es wurde vor allem eine Veränderung der Einstellung gegenüber Entwicklung bewirkt. Weiters entwickelten die G-77 ein konkretes Maßnahmenpaket zur Erreichung einer NWWO. (vgl. Sauvart 1982: 129ff)

Die G-77 sind in sich sehr heterogen und die Mitgliedsländer sind von einem großen Unterschied im Entwicklungsgrad geprägt, sie haben keinen Hauptsitz und keine permanente Institution. Dies alles stellt die G-77 vor eine große Herausforderung. (vgl. Sauvart 1982: 129ff) Doch Trotz all dem hat sich die Organisation bis heute gehalten. Mittlerweile umfasst sie 131 Mitglieder. Den Vorsitz für 2011 hat Argentinien inne. (vgl. o.A. 2011)

- OPEC (Organisation of the Petroleum Exporting Countries)

Die OPEC wurde 1960 auf der Konferenz von Bagdad von den Staaten Irak, Iran, Kuwait, Saudi Arabien und Venezuela gegründet. Ihren Hauptsitz hat sie in Wien. Zurzeit hat die OPEC zwölf Mitglieder. Die Hauptaufgabe der OPEC ist die Koordinierung und die Abstimmung der Mineralölpolitik der Mitgliedsländer, um faire Preise für die Exportländer sicherzustellen und gleichzeitig die effiziente Ölversorgung der Importstaaten zu gewährleisten. (vgl. OPEC 2011)

- Council for Mutual Economic Assistance (COMECON)

Der COMECON oder auch RGW genannt (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) wurde 1949 von Stalin, als Antwort auf den Marshall-Plan, ins Leben gerufen. Die Gründungsmitglieder sind die Sowjetunion, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei. In weiterer Folge traten Jugoslawien, die DDR, die Mongolei sowie Kuba bei. Diese Bewegung ist aber zum Zeitpunkt der Gründung nicht als Süd-Süd-Kooperation zu identifizieren. Stalin wollte seine Macht mit keiner Institution teilen. Für Stalin war die wirtschaftliche Integration der einzelnen Länder in die Sowjetunion mit der einheitlichen Gesellschaftsordnung abgeschlossen und er behielt die Fäden in eigener Hand. Erst nach Stalins Tod 1952 stieg unter Chruschtschow die Bedeutung der COMECON deutlich an. (vgl. Bauer 1988: 16ff)

Das ursprüngliche Ziel des Rates war die sozialistischen Staaten näher an die UdSSR zu binden und den Einfluss des Westens auf diese Staaten zu reduzieren. Der COMECON sollte zu einer besseren Koordination der einzelnen Wirtschaftspläne beitragen. Die UdSSR lieferte Rohstoffe, die anderen Mitgliedsstaaten versorgten sie im Gegenzug mit Konsumgütern und Maschinen. Die Koordination des Rates erfolgte über ein kompliziertes Netzwerk von ver-

schiedenen Kommissionen und Einrichtungen, die alle ihren Sitz in Moskau hatten. Der politische Kurs wurde von den Staats- und Regierungschefs vorgegeben. Der COMECON wurde am 28.6.1991 aufgelöst. (vgl. Proskurjakov o.J.)

3. Regulations- vs. Dependenztheorie – Ein theoretischer Analyserahmen

In meiner Arbeit lehne ich meine Definition von Entwicklung an der Präambel des Studienplans der Internationalen Entwicklung an. Diese lautet: „Entwicklungsforschung [...] analysiert Prozesse, Strukturen, Institutionen und Akteure der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie befasst sich mit den globalen, nationalen und lokalen Kontexten gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Veränderungen, formuliert Kriterien und Modelle spezifischen Entwicklungshandelns und setzt Maßstäbe für eine Evaluierung dieser Prozesse.“ (Präambel des Studienplans der Internationalen Entwicklung)

In meiner Arbeit werde ich die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Entwicklungen analysieren. In diesem Teil werde ich einen Analyserahmen aufstellen, wie ich anhand der Theorien die einzelnen Kategorien untersuchen werde.

3.1. Kulturelle Entwicklung

„... die Kultur [kann] in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden ..., die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen“ (UNESCO 1982)

Ich habe die kulturelle Entwicklung bewusst an den Anfang des Analyserahmens gesetzt. Die einzelnen Punkte beeinflussen sich zwar alle gegenseitig, doch gibt die Kultur den Handlungsspielraum vor, indem sich die Gesellschaft bewegt. Kultur ist etwas Vorgegebenes, dem wir uns nicht entziehen können. Wir werden in eine bestimmte Kultur geboren, welche von den Eltern an das Kind weitergegeben wird und das restliche Leben unser Handeln bestimmt. (vgl. UNESCO 1982)

In diesem Punkt möchte ich vor allem das gesellschaftliche System untersuchen, in welchem der Staat und die einzelnen Menschen, die Individuen, eingebettet sind. Ich werde analysieren, welche kulturellen Begebenheiten den Entwicklungsweg beeinflussen. Hier spreche ich also auch vom Regulationsdispositiv. Ein vorgegebenes System, ein vorgegebener Handlungsspielraum, indem sich die Menschen bewegen und agieren können. Mich interessiert, wie dieser Rahmen in der Zeit der Sowjetunion ausgesehen hat, ob es innerhalb der Sowjetstaaten einen ähnlichen Handlungsrahmen gab und wie sich dieser nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelt hat.

Wie bereits beschrieben, ist es sehr schwer ein gegebenes System zu verändern, meist handelt es sich um einen sehr langwierigen Prozess. Ich werde analysieren wie sich die Strukturen nach dem Zerfall der Sowjetunion verändert haben, ob sich das Dispositiv verändert hat und ob es gelungen ist, die alten Strukturen abzulegen. Weiters möchte ich herausfinden, was von diesen Strukturen heute noch übrig ist. Im Anschluss werde ich analysieren ob es innerhalb der Staaten eine Zentrum-Peripherie-Bildung gibt und untersuchen, wie die Regierungen mit diesem Problem umgehen. Ich erörtere, wie die Länder in den internationalen Raum eingegliedert sind, also wo sie in dem Zentrum-Peripherie Modell einzugliedern sind.

3.2. Wirtschaftliche Entwicklung

Das wirtschaftliche Wachstum wird hauptsächlich über Akkumulation definiert. Genauer gesagt, findet wirtschaftliches Wachstum über die Vermehrung des Kapitalstocks statt und ist somit eine positive wirtschaftliche Entwicklung. (vgl. Novy 2005b) Ich werde untersuchen ob und inwieweit es die Länder trotz Krisen- und Wachstumsphasen geschafft haben, am Ende mehr Kapital zu akkumulieren. Das Analyseinstrument stellen hier die vier Akkumulationsachsen, sowie zahlreiche wirtschaftliche Kennzahlen dar.

Ich werde die unterschiedlichen Produktionsweisen in den Ländern identifizieren. Hier interessiert mich vor allem ob es in einem Land mehrere Produktionsweisen gibt und ob auch Formen von Subsistenzwirtschaft existieren. Wenn ja, wird zu klären sein, wie sich diese ver-

mischen. In der Ukraine werde ich untersuchen, wie die Strukturen des Sozialismus in die Zukunft weiter wirken und die kapitalistischen Produktionsweisen beeinflussen. In Weißrussland werde ich den kapitalistischen Einfluss der internationalen Handelspartner analysieren und welche Auswirkungen diese Vermischung der Produktionsformen auf die Wirtschaftsleistung hat. Dies wird vor allem für den weiteren Verlauf der Arbeit von entscheidender Bedeutung sein.

Dann werde ich untersuchen ob in den Ländern eine produktive und/oder eine finanzielle Akkumulation vorherrschen und wie sich ihre Marktstrukturen darstellen. Das heißt, ich werde nicht nur die industrielle Entwicklung, sondern auch die finanzielle beleuchten. Ich werde mir die Fragen stellen, unter welchen Voraussetzungen die Finanzmärkte entstanden sind, wie stabil sie sind, inwieweit die Regulationsstränge des Staates Einfluss auf die Märkte nehmen können. Ich werde hier zusätzlich den Primärsektor wie auch den Dienstleistungssektor untersuchen, um feststellen zu können, über welche Wirtschaftssektoren das meiste Kapital akkumuliert werden kann. Dies erlaubt mir, eine Aussage über die Wichtigkeit der einzelnen Sektoren für die untersuchten Länder zu treffen, sowie etwaige Abhängigkeiten definieren zu können.

Im weiteren Verlauf muss geklärt werden, welchem Akkumulationsprozess die Länder unterliegen. Auf den ersten Blick scheint der Sowjetunion eher ein extensives Akkumulationsregime zuzuordnen zu sein, auch auf Grund des räumlichen Expansionsdrangs. Dies werde ich im Laufe der Arbeit prüfen. Wie bereits festgestellt, sind die Akkumulationsprozesse in Entwicklungsländern meist extern bestimmt, da die Produktionsmittel importiert werden müssen. Ob dies in der Ukraine und Weißrussland der Fall ist, werde ich im weiteren Verlauf untersuchen. Ich werde analysieren, ob die Firmen expandieren um ihre Akkumulationsmöglichkeiten zu vergrößern oder ob die Expansionen räumlich auf den Nationalstaat begrenzt sind und eher eine intensive Expansion verfolgt wird.

Die letzte Achse beschreibt die extravertierte und die intravertierte Akkumulation. Wie Becker

schreibt, ist eine intravertierte Akkumulation in semiperipheren Ländern nur möglich, wenn sie in einen Block integriert sind. Dies werde ich im Rahmen der Integration der beiden Länder in die UdSSR prüfen. Es muss jedoch beachtet werden, dass verschiedene Kapitalarten verschiedene Ausrichtungen aufweisen können. Sollte sich keine klare innen- oder außenorientierte Kapitalakkumulation feststellen lassen, werde ich die Länder auf die fünf Akkumulationsregime von Ominami (vgl. Ominami 1986a in Becker 2001:58f) überprüfen. Zum Schluss wird noch zu analysieren sein, inwieweit die Länder von Importen abhängig sind, das heißt ob eine passive Außenorientierung vorliegt.

Abseits der vier Akkumulationsachsen werde ich zusätzlich die Arbeitsplatzsituation unter die Lupe nehmen. In der Ukraine interessiert mich vor allem die Umstellung von der Arbeit im Sozialismus auf Lohnarbeit. Weiters werde ich die Wettbewerbssituation analysieren, wie groß ist der nationale Wettbewerb und wie wettbewerbsfähig sind die Firmen auf dem Weltmarkt. Auch ihr Zugang zum Kapitalmarkt hat einen entscheidenden Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit.

Es muss untersucht werden, ob natürliche Ressourcen im Land vorhanden sind oder ob sie großteils importiert werden müssen. Wie wird der Zugang zu den Rohstoffen gesichert? Dies ist aber vor allem der Regulationsfähigkeit der Politik zuzuordnen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Darstellung der Terms of Trade, also das Austauschverhältnis von Import und Export. Dabei müssen die Wechselkurspolitik und ihr Einfluss auf die Wirtschaft in die Analyse miteinbezogen werden.

Entscheidend für den weiteren Entwicklungsweg wird auch sein, ob sich ein stabiler Privatssektor entwickeln konnte, der eine starke Wirtschaftsleistung aufweist. So sollen die Grundbedürfnisse im eigenen Land gedeckt werden, damit nicht zu viel importiert werden muss. Sollte die Versorgung aus eigenen Kräften nicht möglich sein, sind Süd-Süd-Beziehungen wichtig, um die Abhängigkeit von Industrieländern so gering wie möglich zu halten.

3.3. Politische Entwicklung

Im Bereich der politischen Entwicklung geht es vorwiegend um Regulation. Die Politik soll regulierend eingreifen, um die Akkumulationsprozesse zu stabilisieren und die Wirtschaft vor einem allzu tiefen Fall bewahren. (vgl. Waringo 1998:65ff) Die kapitalistischen Ansätze verlangen eine völlig freie Wirtschaftspolitik im Sinne einer „Invisible Hand“ nach Adam Smith. Das heißt, der Staat sollte nicht eingreifen. (vgl. Lichowski 2005: 12f) Auf der anderen Seite gibt es im Kommunismus keine freie Wirtschaft, Preise werden nicht durch Angebot und Nachfrage bestimmt sondern von der Politik festgelegt. Fünf-Jahres-Pläne geben die Wirtschaftsleistung vor. (vgl. Gilbert 1974: 114) Die Regulationstheorie bewegt sich hingegen genau in der Mitte. Der Mensch soll regulierend in das Geschehen eingreifen und die Strukturen stabil halten. Ich werde analysieren, inwieweit die Politik ihre Rolle des Reglers übernimmt und wie es ihr gelingt die Akkumulationsprozesse zu stabilisieren. Es wird auch zu prüfen sein, ob die Politik überhaupt in der Lage ist, diese Rolle wahrzunehmen oder ob die Prozesse von außen bestimmt sind. Hier kommt auch die Dependenztheorie zu tragen. Können sich die Länder aus der Abhängigkeit der ehemaligen Sowjetunion und des heutigen Russlands befreien? Es bleibt zu untersuchen, ob die Strukturen der ehemaligen Verbundenheit im Block der UdSSR noch weiter in den „unabhängigen“ Staat hinein wirken.

Auch außenpolitische Beziehungen sind von entscheidender Bedeutung. Hier stellt sich die Frage, wie sich die einzelnen Staaten in der internationalen Sphäre behaupten können. Ich werde erläutern, wie groß ihr Einfluss in verschiedenen internationalen Gremien ist.

Weiters werde ich darlegen, welche Politik bei der Erweiterung der Akkumulationsprozesse angestrebt wird. Das heißt, ob es eine territoriale Expansion gibt oder ob der Produktionsprozess intensiviert wird. Hier kommt auch die Frage nach dem Zugang zu Rohstoffquellen zum Tragen, das heißt: Wie sieht die Verteilung der natürlichen Ressourcen und ihr Umgang damit aus? Welche Rolle nimmt hier der Staat ein?

Weiters ist für die Analyse wichtig, ob eine und wenn ja, welche Industrialisierungspolitik ver-

folgt wird und inwieweit der Staat überhaupt in den Prozess der Industrialisierung eingreift. Wie wurde die Industrialisierung finanziert. Hier wird wichtig sein, ob es einen Privatsektor gibt oder ob die Schlüsselindustrien verstaatlicht sind. Ich werde analysieren, ob verschiedene Schutzmechanismen, wie zum Beispiel Zölle oder Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, eingerichtet wurden, um den heimischen Markt zu schützen. Es muss geklärt werden, welche Geldverhältnisse im Land vorherrschen und welche regulatorischen Maßnahmen seitens der Politik verfolgt werden. Ich werde prüfen, wie sich die Wechselkurspolitik darstellt und ihren Einfluss auf die Wirtschaft aufzeigen. Auch die Finanzpolitik wird teil meiner Analyse sein. Ich stelle mir die Frage, ob der Finanzmarkt eher liberal und offen gestaltet wird oder ob der Staat regulatorisch eingreift. Auch der Zugang des Staates zum Kapitalmarkt ist für den Vergleich wichtig, besonders woher der Staat seine Kredite bezieht. Diese können von der Nationalbank oder von internationalen Einrichtungen wie IWF oder Weltbank stammen. Es kann aber auch auf bilaterale Kredite zurückgegriffen werden.

Die verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure wie zum Beispiel Institutionen, spielen ebenfalls eine wichtige Rolle im Regulationsprozess. Sie haben oft mehr Macht und Einfluss auf das Akkumulationsregime als die Politik selbst. Das heißt, diese Akteure werde ich ebenfalls in diesem Punkt untersuchen.

Zum Schluss werde ich mir noch die Frage stellen, ob vor der Unabhängigkeit der Staaten eine Abhängigkeit gegenüber der SU bestand, wie groß diese war und ob sie reduziert werden konnte. Ich werde untersuchen, ob es in den einzelnen Ländern ebenfalls eine starke Zentrum-Peripherie Bildung gibt, wie die Politik damit umgeht und ob die Staaten über ihr Schicksal selbst bestimmen können.

Mich interessiert auch, ob man mit anderen Entwicklungsländern zusammen arbeitet, ob es eine Art Süd-Süd-Kooperation gibt und ob man sich internationalen Bewegungen anschließt.

3.4. Soziale Entwicklung

Unter sozialer Entwicklung fasse ich die „restlichen“ Geschehnisse zusammen. Ich werde den Bildungsstandard, das Gesundheitssystem, die Sicherheit im Land und die Absicherung im Alter analysieren. Auch soziale Einrichtungen werde ich untersuchen. Für die Analyse wird auch wichtig sein, wie sich der Arbeitnehmerschutz konstituiert, wie zum Beispiel das Vorhandensein von Gewerkschaften. Ein weiterer bedeutender Punkt, der in Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung steht, ist das Einkommen der Bevölkerung und die Lebenshaltungskosten.

Ich werde analysieren, ob der Staat soziale Maßnahmen schafft, das heißt ob es eine soziale Absicherung für arbeitslose Menschen gibt. Dabei stelle ich die Frage, ob sich die Menschen im Sinne der Self-Reliance Strategie frei entfalten können. Ein weiterer Analysepunkt betrifft die Armut im Land.

C GESCHICHTLICHER HINTERGRUND

Der Geschichtliche Hintergrund dient dazu, einige Hintergrundinformationen zu geben, um den weiteren Entwicklungsweg der Ukraine sowie Weißrusslands besser verstehen zu können. Eine detaillierte Schilderung der Geschichte beider Länder, auch wenn sie sehr interessant wäre, würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Somit gebe ich nur einen kurzen Abriss der historischen Geschehnisse wieder.

1. Geschichte der Ukraine bis 1922

Sprachwissenschaftlich betrachtet bedeutet das Wort Ukraine „Am Rand“ oder auch „Grenzland“. Diese Bezeichnung ist sowohl geografisch als auch politisch mehr als treffend. (vgl. Schuhmann 2010) Anfangs wurde mit Ukraine die Grenzregion zur Steppe bezeichnet. Die Ukraine bildet auch die Grenze zwischen slawisch-christlicher und islamischer Zivilisation. (vgl. Kappeler 2000: 17)

Die Geschichte der Ukraine nimmt ihren Ursprung mit dem Kiewer Reich im 9. Jahrhundert, das heute unter der Bevölkerung noch als das „Goldene Zeitalter“ der Ukraine bekannt ist. Es entstand an der Handelsroute zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer durch Herrschaften, die von skandinavischen Nomaden abstammen. Diese gaben dem Gebiet auch den Namen Kiewer Rus'. Das Zentrum des Kiewer Reiches lag im mittleren Dnjepr. Unter Wladimir I., dem Heiligen setzte sich das Christentum als Religion durch. (vgl. Kappeler 2000: 29f) Unter dem Großfürsten Jaroslaw dem Weisen erlebte die Kiewer Rus ihre Blütezeit.

Anfang des 13. Jahrhunderts eroberten die Mongolen im Zuge der Mongolenstürme das Reich und der Nordosten geriet unter die Herrschaft der Goldenen Horde. (vgl. Kappeler 2000: 33f) In weiterer Folge kam es zum Fürstentum Galizien-Wolhynien, welches ebenfalls unter mongolischer Herrschaft stand. Der wichtigste Herrscher dieser Zeit war Danylo, unter ihm erlebte das Fürstentum seinen Höhepunkt.

Mitte des 14. Jahrhunderts gingen große Teile des Fürstentums an Polen. Der wichtigste Nachfolger des Kiewer Reichs wurde jedoch das Großfürstentum Litauen. (vgl. Kappeler 2000: 41ff) 1596 kommt es zur Realunion zwischen Litauen und Polen. Das Großfürstentum Litauen und Polen verschmelzen zum Königreich Polen und somit geht auch der Großteil der Ukraine an Polen. 1654 kommt der Teil östlich der Dnjepr unter die Herrschaft des Moskauer Reiches. Dies wird vor allem nach 1945 von russischer Seite als die Befreiung der Ukraine von der „osmanischen Gefahr“ und die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russlands angepriesen. (vgl. Kappeler 2000: 54ff und 275) Im Zuge der ersten Teilung Polens fiel gegen Ende des 18. Jahrhunderts Galizien an Österreich. 1793 kommt es zur zweiten Teilung Polens, bei der ein Teil der Ukraine an Russland fällt. (vgl. Kappeler 2000: 276)

Der erste Weltkrieg dauerte in der Ukraine bis 1920 und hatte katastrophale Auswirkungen. Viele kleinere Völker nutzten den krisenhaften Zustand nach dem Krieg für einen Umschwung und für die Bildung von Nationalstaaten. Die Ukraine jedoch wurde zum Spielball der internationalen Großmächte. 1914 eroberte die russische Armee Galizien. Sie verbannte die ukrainische Sprache in den Schulen und verbot zahlreiche nationale ukrainische Institutionen. Mit der Oktoberrevolution 1917 erlangte die Ukraine ihre Unabhängigkeit und mit ihr kehrte eine politische und kulturelle Liberalisierung im Land ein. (vgl. Kappeler 2000: 165ff) Zwischen 1918 und 1922 herrschte Bürgerkrieg, welchen die Bolschewiki für sich entschieden. 1922 kam es dann zur Bildung der Sowjetunion. Der Großteil der Ukraine kam zur UdSSR, der Westen der Ukraine wurde zwischen Polen, Ungarn und Rumänien aufgeteilt. (vgl. Ukremb 2005)

2. Geschichte Weißrusslands bis 1922

Anfang des siebten Jahrhunderts siedelten slawische Volksgruppen in dem Gebiet des heutigen Weißrusslands und verbreiteten sich schnell auf dem gesamten Territorium. Dabei verdrängten sie die dort heimischen baltischen Stämme samt ihrer Kultur. Zwischen dem sechsten und neunten Jahrhundert bildeten sie dann erste politische Stammesvereinigungen. Ab dem neunten Jahrhundert gehörte Weißrussland zum Fürstentum Polozk, welches bis zum 13. Jahrhundert an der Macht bleiben sollte. (vgl. Belarus.de 2009)

Anfang des 13. Jahrhunderts gehörte das Gebiet des heutigen Weißrusslands zum Großfürstentum Litauens. Dieses Fürstentum war ein mächtiger Staat der die Länder Weißrussland, Litauen, einige Gebiete der heutigen Ukraine sowie Teile Russlands umfasste. Es reichte somit von der Ostsee bis ans schwarze Meer. (vgl. Belarus.de 2009)

Die Realunion von Litauen und Polen 1569, indem Weißrussland als Teil des Großfürstentums Litauen komplett an Polen ging, leitete auch in Weißrussland ein neues Kapitel ein. In weiterer Folge kam es zu schweren und lang anhaltenden Kriegen auf weißrussischem Gebiet. Zuerst kam es zum Kampf zwischen dem Königreich Polen und Russland und Anfang des 18. Jahrhunderts zum Krieg zwischen Polen, Schweden und Russland. Die Kriege schwächten den Staat und die westlichen Gebiete Weißrusslands kamen 1772 zu Russland. 1795 wurde das Königreich Polen endgültig zwischen Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt, wobei Weißrussland komplett an Russland ging. (vgl. Belarus.de 2009)

Russland führte eine starke Politik der Russifizierung in Weißrussland ein. In den 1880er Jahren formten sich Weißrussische Studenten zu einer revolutionären Organisation, die sie Gomon nannten. Dies war der erste Schritt zur weißrussischen nationalen Partei Gromada, die 1903 gegründet wurde. Während der Stolypin Agrar Reform in den Jahren 1906 – 1916 wurden mehr als 33.000 weißrussische Bauern nach Sibirien verschleppt. Im Ersten Weltkrieg war Weißrussland Schauplatz blutiger Kämpfe zwischen Russland und Deutschland. Es war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918 von deutschen Truppen besetzt. Im März 1918 erklärte sich Weißrussland für unabhängig und am 1. Jänner 1919 wurde der Staat Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) ins Leben gerufen. Mit dem Friedensvertrag von Riga kam ein Teil von Weißrussland zu Polen. 1921 wurde in Weißrussland die Neue Ökonomische Politik (NÖP) eingeführt, der Teil, der an Polen ging, wurde einer „Polifizierung“ unterzogen. 1922 wurde Weißrussland der UdSSR angeschlossen. (vgl. Belarus.de 2009)

3. Die Sowjetunion

Ab 1918 übernahm die bolschewistische Regierung Russlands sämtliche wichtigen Befugnisse und entmachtete somit die sowjetischen Räte. Eine straffe Führung mit zentraler Planung unter dem ideologischen Überbau des Marxismus-Leninismus wurde zur Leitlinie gegen Hunger, Krieg und Revolution. Die Räte wurden der Moskauer Führung unterstellt, mit der Aufgabe, die Vorgaben der Regierung umzusetzen. Es entstanden Kommissionen, die verschiedenste organisatorische Aufgaben übernahmen. Somit hatten die Räte immer weniger Macht. In weiterer Folge kam es zu einer Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bauern mussten ihre Überschüsse an den Staat abliefern und die allgemeine Pflicht zur Arbeit wurde eingeführt. Ab 1920 konnte der Staat auch Arbeitskräfte von ihren Posten abziehen und für Tätigkeiten die im „Interesse der sozialistischen Gesellschaft“ standen einsetzen. Nachdem auch die Kleinstbetriebe verstaatlicht, staatliche Dienstleistungen nicht mehr eingehoben und Mieten abgeschafft wurden, stand alles im Zeichen eines Übergangs zu einer kommunistischen Wirtschaftsordnung. (vgl. Altrichter 1993: 34ff)

Auch wenn die Regierung voll Euphorie die Zukunft plante, zeichnete sich in der Gegenwart ein anderes Bild ab. Da die Versorgung der Bevölkerung, teils verursacht durch katastrophale Missernten im Süden des Landes, nicht mehr gewährleistet werden konnte, kam es zu zahlreichen Aufständen. Dies holte auch die Bolschewiki wieder auf den Boden der Tatsachen zurück. Lenin führte die NÖP ein. Klein(st)betriebe konnten wieder gegründet werden, beziehungsweise unter bestimmten Umständen vom Staat zurückgefordert werden. Die staatlichen Dienstleistungen mussten wieder bezahlt werden und ein neues Tarifsysteem gab eine strikte Bezahlung nach Leistung vor. Es wurde eine Liberalisierung der Märkte angestrebt, wobei die wichtigsten Institutionen wie Banken, Verkehrssysteme und Industrie immer noch in staatlicher Hand blieben. 1926 waren die größten Probleme überwunden und ein angemessenes wirtschaftliches Niveau war wieder erreicht. Die verschiedenen ordentlichen und außerordentlichen Komitees und Kommissionen wurden abgeschafft, beziehungsweise ihre Macht verringert und die verfassungsmäßigen Räte wurden wieder eingesetzt. Die Lage im Inneren konnte weitestgehend stabilisiert werden. (vgl. Altrichter 1993: 45ff)

Nach Lenins Tod konnte sich Stalin an die Spitze der Partei setzen. Die Industrialisierung wurde forciert und nur kurze Zeit später kam es zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Diese zwei Punkte hatten nicht nur tiefgreifende wirtschaftliche Folgen, sondern bewirkten auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung. Die NÖP wurde als „Grundlage des Aufbaus des Sozialismus“ anfangs noch von Stalin vertreten. (vgl. Altrichter 1993: 60f) 1929 wurde der erste Fünfjahresplan vorgelegt, wobei bereits zu diesem Zeitpunkt bekannt war, dass dieser nur unter optimalen Bedingungen erreicht werden könnte. Die Pläne konnten schon im ersten Jahr nicht eingehalten werden. Die Schuld wurde den Bauern aufgelegt, die sich in weiterer Folge auflehnten. Die NÖP war kein Thema mehr, wohlhabendere Schichten wurden verfolgt und es kam zur oben genannten Kollektivierung der Landwirtschaft. 1930 herrschte eine allgemeine Aufbruchsstimmung, eine Mischung aus Repression und Mobilität kennzeichneten diese Jahre, die später auch als „Kulturrevolution“ einen Namen bekamen. (vgl. Altrichter 1993: 66ff)

Der erste Fünfjahresplan scheiterte kläglich an der Umsetzung und nach einer katastrophalen Ernte im Jahr 1932 verhungerten mehr als fünf Millionen Menschen. Die Landwirtschaft konnte die Industrialisierung nicht finanzieren, womit der Import anstieg. 1935 betrug das Außenhandelsvolumen der Sowjetunion nur mehr die Hälfte des Wertes von 1928. Die Fünfjahrespläne wurden einfach für erfüllt erklärt und die Zahlen des Wirtschaftswachstums lagen deutlich über den westlichen Schätzungen. Das Land befand sich in einer großen Krise. Aber nicht nur der Lebensstandard sank beträchtlich, Stalin verfolgte zusätzlich eine Politik des Terrors. Die Zeit der Großen „Säuberungen“ war angebrochen. (vgl. Altrichter 1993: 75ff) Das Terrorregime richtete sich gegen politische Gegner, Mitglieder des Militärs, Intellektuelle, usw. Im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft wurden Millionen Bauern nach Sibirien deportiert. Wie viele Menschen von den „Säuberungen“ betroffen waren, ist schwer zu sagen. Schätzungen gehen von zirka 40 Millionen Bürgern aus, die ermordet, deportiert oder verhaftet wurden. 1939 wurde in Moskau der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt (NAP) unterzeichnet. (vgl. Altrichter 1993: 84ff)

Stalins Hauptmotiv für den NAP dürfte wohl auch die Verhinderung eines Zweifrontenkrieges gewesen sein. Außerdem würde ein vermeintlicher Krieg Deutschland und weitere Gegner der Sowjetunion, wie England und Frankreich schwächen, gleichzeitig ermöglichte es der Sowjetunion seine Gebiete zu erweitern. Somit schien vorerst politisch für die Sowjetunion alles in bester Ordnung, bis 1941 die Deutschen in sowjetisches Gebiet einfielen. Die neugewonnenen Gebiete wurden von den Deutschen eingenommen und die UdSSR in ihrer Existenz bedroht. Die große Bedrohung von Außen ließ die Bevölkerung und den Staat zusammenrücken und gemeinsam schaffte man es, aus dem „Großen Vaterländischen Krieg“, wie der Zweite Weltkrieg in Russland genannt wird, als zweite Weltmacht hervorzugehen. (vgl. Altrichter 1993: 93f) Trotz des Sieges verzeichnete die Sowjetunion mehr als 20 Millionen Tote. Der Westen des Landes musste wieder aufgebaut werden. Zahlreiche Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus den Gulags mussten für den Wiederaufbau arbeiten. (vgl. Schröder 2003: 13) Um die wirtschaftliche Arbeitsteilung zu verbessern, wurde 1949 die COMECON gegründet. Den einzelnen Ländern wurden spezielle Bereiche zugeteilt. So wurde die Ukraine zur Getreidekammer der Sowjetunion, außerdem kam ihr eine wichtige Stellung im Bereich der Schwerindustrie zu. (vgl. Staar 1982:301ff) Bereits 1952 konnte die Gesamtproduktion im Vergleich zu 1940 verdoppelt werden. Doch der gemeinsame Sieg brachte nicht die gewünschte Liberalisierung der stalinistischen Politik mit sich. Stalin machte nur sich selbst für den Sieg verantwortlich und führte seine Politik der Säuberung fort. Mit Stalins Tod 1953 fand auch diese Politik ihr Ende. (vgl. Schröder 2003: 13)

In den darauffolgenden Jahren setzte sich Nikita Sergejewitsch Chruschtschow an die Parteispitze der KPdSU. Er ging als Reformers in die Geschichte ein. Er setzte eine neue „kollektive Führung“ ein, die im krassen Gegensatz zur Alleinherrschaft Stalins, die wichtigsten Ämter im Land trennte. Chruschtschow versuchte die repressiven Strukturen des Terrorregimes aufzulösen, ohne die Einparteiherrschaft und die Planwirtschaft zu gefährden. (vgl. Schröder 2003: 13) Er machte Stalin persönlich für die „Säuberungen“ verantwortlich und konnte so das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen. Er steckte sich ein außenpolitisch hohes Ziel: die USA in nur einem Jahrzehnt zu überholen. (vgl. Altrichter 1993: 127f) Er trat in offenen Wettbe-

werb mit den USA. So wurden der Produktionsgütersektor sowie die Rüstungsindustrie weiter ausgebaut. Die zahlreichen Reformen Chruschtschows waren gute Versuche die Schwächen des Systems zu verbessern. Jedoch brachten sie auch eine große Unruhe in den gesamten Verwaltungsapparat, was ihm viele Gegner bescherte. Zusammenfassend spricht man von der Ära Chruschtschow von einer Zeit der Reformen, des „Tauwetters“ und einer „Entstalinisierung“ (vgl. Schröder 2003: 13)

1964 wurde Chruschtschow vom Zentral Komitee abgesetzt und Leonid Breschnjew als sein Nachfolger eingesetzt. Breschnjew setzte den außenpolitischen Dialog Chruschtschows mit dem Westen fort, jedoch machte er zahlreiche Reformen seines Vorgängers rückgängig. Er stellte die strenge Zensur wieder her und erlaubte keine Kritik am sowjetischen Regime. Auf Befehl Breschnjews hin wurde der Aufstand in Prag 1968, auch als „Prager Frühling“ bekannt, von den Truppen des Warschauer Paktes blutig niedergeschlagen. In Folge des Aufstandes in Tschechien wurde die Breschnjew Doktrin verkündet. (vgl. Loos 2008: 43) Diese besagt, dass die UdSSR in innere Angelegenheiten der Staaten des Warschauer Paktes eingreifen kann, wenn der Sozialismus in einem dieser Länder in Gefahr ist. (vgl. Schröder 2003: 14) 1977 übernahm Breschnjew auch den Vorsitz im Präsidium des obersten Sowjet. Er war der erste, der gleichzeitig Generalsekretär der KPdSU und Vorsitzender des Obersten Sowjet, also Staatsoberhaupt, war. (vgl. Altrichter 1993: 151) 1979 fiel die sowjetische Armee in Afghanistan ein, womit sich auch in Hinblick auf die Ereignisse 1968, die außenpolitischen Beziehungen zum Westen weiter drastisch verschlechterten. (vgl. Loos 2008: 43)

Breschnjew blieb bis zu seinem Tod 1982 im Amt und hinterließ der Sowjetunion ein schweres Erbe. Seine Amtszeit lässt sich mit den Worten Stagnation sowie „Restalinisierung“ zusammenfassen. Das Land steckte in einer tiefen Wirtschaftskrise und die außen- sowie innenpolitische Lage zeigte sich mehr als prekär. Kurzerhand ernannte man Jurij Andropow zum Generalsekretär, der jedoch bereits zwei Jahre später verstarb. Sein Nachfolger wurde Konstantin Tschernenko, der ebenfalls nach nur einem Jahr verstarb. (vgl. Schröder 2003: 14f)

1985 wählte man Michail Gorbatschow zum Generalsekretär, von dem man sich eine Reformierung und Modernisierung der sowjetischen Führung erhoffte. (vgl. Schröder 2003: 15) Gorbatschow setzte Anfangs noch die Politik Andropows fort, schlug aber 1987 eine neue Richtung ein, die einen kompletten Wandel der Gesellschaft bedeuten sollte. Zahlreiche Spitzenpolitiker wurden ausgetauscht, öffentliche Kritik am Regime war plötzlich möglich und Gorbatschow propagierte den Grundsatz der „Glasnost“ (rus. Offenheit), welcher kurz gesagt Transparenz bei politischen Entscheidungen sowie Demokratie bedeutete. Es gab Kampagnen gegen Korruption, gegen mangelnde Disziplin am Arbeitsplatz sowie gegen Alkoholismus. Da aber mit diesen Kampagnen nichts beziehungsweise nur sehr wenig verändert werden konnte, kam zum Grundsatz der „Glasnost“ noch der Grundsatz der „Perestroika“ (rus. Umgestaltung) hinzu. Dahinter verbarg sich die Forderung nach einer kompletten Umgestaltung und Reformierung des Staates, sowie der Wirtschaft und der Gesellschaft. Die Reformen erlaubten der Öffentlichkeit sich auch politisch zu engagieren. Die Sowjetunion war auf dem besten Weg ein Mehrparteiensystem zu werden. Die einzelnen Nationen, die Großteils vom Regime unterdrückt wurden, forderten nun ihre Rechte ein. Russland, Weißrussland und die Ukraine erklärten Ende Dezember 1991 das Sowjetreich für „aufgelöst“ und gründeten die GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten). Nur wenige Tage später trat Gorbatschow zurück. Immer mehr Staaten forderten ihre Unabhängigkeit. (vgl. Altrichter 1993: 175ff)

3.1. Die Ukraine in der Sowjetunion

Durch den Ersten Weltkrieg und den anschließend Bürgerkrieg war die Ukraine komplett zerstört worden. Durch die NÖP und eine flexible Sozial- und Wirtschaftspolitik sollte ein schneller Wiederaufbau ermöglicht werden. In der Ukraine trugen die Bemühungen rasch Früchte und bereits 1926 produzierte die Industrie 95% des Vorkriegsniveaus. Die NÖP verfolgte eine sehr offene Nationalitätenpolitik, welche die Eingliederung der zahlreichen nichtrussischen Völker in die Sowjetunion garantieren sollte. Die ukrainische Bevölkerung stellte 21% der Gesamtbevölkerung dar und fast 54% der nichtrussischen Bevölkerung der Sowjetunion. Generell gab es jedoch ein Überlegenheitsgefühl der Russen gegenüber anderen Nationalitäten, auch auf Grund der Tatsache, dass die politischen Ränge meist von Russen besetzt waren.

Auch wenn die politische Kontrolle dem Zentrum in Moskau vorbehalten blieb, konnte sich die Nationsbildung innerhalb der ukrainischen Grenzen fortsetzen. In den 20er Jahren kam es zu einer Ukrainisierung. Politische Ämter wurden bewusst mit, der Sowjetunion loyalen, Ukrainern besetzt, was eine bessere Kontrolle und Stabilität des ukrainischen Volkes mit sich bringen sollte. Es kam zu einer Förderung der nationalen Sprachen und Ukrainisch wurde erstmals offiziell anerkannt. (vgl. Kappeler 2000: 187ff)

Der erste Fünfjahresplan Ende der 20er Jahre brachte für die ukrainische Schwerindustrie einen großen Aufschwung. Ein Großteil der Steinkohle sowie des Eisenerzes der UdSSR wurde in der Ukraine gefördert, wo mehr als die Hälfte des Stahls produziert wurde. Zahlreiche Kraftwerke entlang der Dnjepr sowie neue Fabriken wurden gebaut. Die Konsumgüterindustrie wurde hingegen stark vernachlässigt. 1929 kam es zur Kollektivierung der Landwirtschaft. Bauern, die sich dagegen zur Wehr setzten, wurden ermordet oder deportiert. Um ihren Widerstand zu brechen, wurde die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ offiziell ausgerufen. Der Hungersnot 1932/33 fielen besonders viele Ukrainer zum Opfer. Diese wurde nicht nur durch natürliche Ursachen hervorgerufen, sondern durch die Getreiderequisitionen. In manchen Forschungskreisen wird die Hungersnot als Genozid Stalins an der ukrainischen Bevölkerung aufgefasst. Die ukrainische Bevölkerung ist heute noch der Auffassung, mehr als alle anderen unter der Sowjetunion gelitten zu haben. 1937 erreichte die „Säuberungspolitik“ auch die Ukraine. Die neue ukrainische Elite und Intelligenz wurde ermordet, deportiert und in Gulags gesteckt. Langsam und schleichend wandelte sich die Ukrainisierung der 20er Jahre zu einer Russifizierung. Die Nationsbildung der 20er Jahre wurde unterbunden. (vgl. Kappeler 2000: 197ff)

Im Zuge der sowjetischen Besetzung Polens wurden die ursprünglichen ukrainischen Gebiete an die Sowjetunion angeschlossen. Man sprach von der russischen Befreiung der Ukrainer von den Polen. Im Jahr 1941 wurde dann beinahe die gesamte Ukraine von deutschen Truppen besetzt. Die ukrainische Intelligenz erwartete sich von den Deutschen vor allem nationale Befreiung. Doch für die Deutschen war die Ukraine eine Kolonie, die ausgebeutet werden

sollte. Im Zeitraum von Sommer 1943 bis Ende 1944 eroberte die Rote Armee sämtliche Gebiete der Ukraine zurück und gliederte sie wieder in die Sowjetunion ein. Um das Vertrauen der Ukrainer wieder zu gewinnen und sie für die deutsche Besatzungszeit zu entschädigen, wurde ihnen eine Ukrainisierung erlaubt. Die einzelnen Sowjetrepubliken erhielten die Erlaubnis, Volkskommissariate für Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten zu bilden. So war es für die Ukraine ebenso wie für Weißrussland möglich, 1945 Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen zu werden. Die Ukraine war nach dem zweiten Weltkrieg völlig zerstört, und die Bevölkerungsverluste groß, doch nicht genug, musste sie bis 1950 auch noch zahlreiche Umsiedelungen über sich ergehen lassen. In etwa eine Million Polen wurden nach Polen ausgesiedelt, in Polen lebende Ukrainer wurden in der Westukraine angesiedelt, zahlreiche Westukrainer wurden nach Sibirien deportiert und Russen in der Ukraine angesiedelt. Was dann noch übrig blieb, war eine fast reine Zusammensetzung der Bevölkerung aus Russen und Ukrainern. Es folgte eine erneute Russifizierung, Kleinkriege gegen die ukrainischen Partisanen und ein Kampf gegen den ukrainischen Nationalismus. Nebenbei war der Wiederaufbau der Industrie ein zentrales Thema. Die Schwerindustrie in der Südukraine wurde wiederhergestellt und bald war das Vorkriegsniveau erreicht. (vgl. Kappeler 2000: 215ff)

Nach dem Tod Stalins verbesserte sich auch in der Ukraine die Lage. Mit der Politik des Tauwetters Chruschtschows trat auch eine leichte Entrussifizierung in der Ukraine ein, die einher ging mit einem Ausbau der Konsumgüterindustrie und einer Vergrößerung des kulturellen Freiraums. Auch waren wieder mehr Ukrainer in der Parteiführung präsent. Doch bereits 1959 verschärfte sich die Situation für die Ukrainer erneut. Es gab eine Schulreform, die am Ende dazu führte, dass die nationalen Sprachen weniger gesprochen wurden, da die nationale Sprache in den Schulen nicht mehr Pflicht war. Daraufhin entstand in den 60er Jahren in der Ukraine erneut eine nationale Bewegung, die sich für die ukrainische Kultur stark machte. Als Folge dieser Bewegung gab es im Jahr 1972 wiederum „Säuberungen“, die sich gegen die ukrainische Intelligenz richtete. Diese brachten eine Verarmung der Kultur und der Wissenschaften mit sich. Ende der 70er kam es wieder zu einer verstärkten Russifizierung. Dazu zählte vor allem die Forcierung der russischen Sprache in Schulen und Universitäten als Unterrichtssprache.

che. Ukrainisch verkam vor allem in den Städten des Südens und Ostens der Ukraine zu einer Sprache der Unterschichten, in der Westukraine hingegen konnte sich die ukrainische Sprache und ihre Kultur erhalten.(vgl. Kappeler 2000: 229ff)

Die in den 60er Jahren aufkommende nationale Bewegung wurde durch die Stagnation in der Breschnjew-Ära nur noch verstärkt und es entstand eine Art Opposition, die unterschiedliche politische Ziele verfolgte. Zahlreiche Oppositionelle wurden verhaftet. Moskau ging besonders hart gegen ukrainische politische Häftlinge vor. Diese Häftlinge, sofern sie überlebten, spielten eine wichtige Rolle für die Unabhängigkeitsbewegung Ende der 80er Jahre. (vgl. Kappeler 2000: 240ff)

Der Zusammenbruch der Sowjetunion war, neben den Versuchen Gorbatschows eine Öffnung und Modernisierung der Sowjetunion herbeizuführen, auch Folge der einzelnen nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Gorbatschow reagierte zu wenig auf die einzelnen aufkeimenden nationalen Konflikte. Hinzu kam noch die Katastrophe von Tschernobyl 1986. Die Ukraine wurde nicht ganz so schlimm getroffen wie Weißrussland, doch wurden Teile der Ukraine schwer radioaktiv verseucht. Die Verharmlosung und Verheimlichung des gesamten Ausmaßes der Katastrophe führte zu einem stärkeren Wunsch nach Unabhängigkeit und zu einem Erstarren der ukrainischen Opposition. Einer der ersten Kämpfe der nationalen Bewegung war für die Wiedezulassung der Ukrainisch-Katholischen Kirche, was im Jahr 1989 mit Hilfe Gorbatschows auch erreicht wurde. Dieser Sieg verlieh der Bewegung Aufschwung. Es kam zur Gründung einiger kultureller Institutionen und zu einer langsam beginnenden Aufarbeitung der Verbrechen Stalins am ukrainischen Volk. Es bildete sich eine Volksbewegung (Ruch), die vorwiegend friedliche Demonstrationen organisierte, mit dem Ziel einer Demokratie und der Wahrung der Menschenrechte. Der Ruch ist es auch zu verdanken, dass sich 1990 politische Parteien in der Ukraine bilden konnten. Am 16. Juli 1990 erklärte der Oberste Rat die Ukrainische Sowjetrepublik für souverän, was aber nicht die Unabhängigkeit der Ukraine bedeutete. Die Unabhängigkeit der Ukraine wurde am 24. August 1991 gefeiert. (vgl. Kappeler 2000: 245ff)

3.2. Weißrussland in der Sowjetunion

Wie auch in der Ukraine ermöglichte die NÖP eine relativ freie Nationsbildung. Anfang der 20er Jahre wurde die Weißrussische Staatsuniversität, ein Kulturinstitut in Minsk sowie die Staats- und Universitätsbibliothek gegründet. Es kam zu einer regelrechten Weißrussifizierung die bis Ende der 20er Jahre andauerte. Der weißrussische Teil Polens wurde hingegen von den Polen unterdrückt. Die Sowjetunion nützte dies für ihre Propaganda um den Kommunismus in der BSSR zu verbreiten. (vgl. Marples 2001a: 140f)

Doch mit dem ersten Fünfjahresplan änderte sich vieles für die BSSR. Anders als in der Ukraine war die Industrie in Weißrussland bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausgebaut. Der Großteil der Weißrussen lebte auf dem Land und war bis zu 90% in der Landwirtschaft tätig. Nun wurden die Menschen in die Städte getrieben. Es sollten vor allem neue Fabriken gebaut werden, da es bis jetzt so gut wie keine gab. Dies hatte ein enormes Wachstum der Industrie zur Folge. (vgl. Marples 2001a: 145f)

Die Bauern traf es im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft besonders hart. Die Preise für Industrieprodukte waren um ein vielfaches höher als die für Agrarprodukte, woraufhin die Bauern dem Staat kein Getreide mehr verkaufen wollten. Außerdem war die Landwirtschaft bei weitem nicht in der Lage den Bedarf zu decken und es musste Getreide aus anderen Sowjetrepubliken importiert werden. Die hinzukommende „Liquidierung des Kulakentums als Klasse“ verschlimmerte die Situation drastisch. War die weißrussische Bevölkerung in den 20er Jahren der Sowjetrepublik gegenüber noch positiv gestimmt, so breitete sich mit der Kollektivierung Misstrauen unter der Bevölkerung aus. (vgl. Marples 2001a: 142ff)

Die „Säuberungen“ machten auch vor Weißrussland nicht halt und trafen es, wie auch die Ukraine, hart. Diese zwei Staaten hatten in den 20er Jahren in ihrer kulturellen Entwicklung größere Fortschritte als die anderen Sowjetrepubliken gemacht und mit der Vernichtung der Intelligenz wurde diese Entwicklung unterbunden. (vgl. Marples 2001a: 142f)

Mit der sowjetischen Besatzung Polens kamen nicht nur die ukrainischen Gebiete, sondern auch die ehemaligen weißrussischen Gebiete an die Sowjetunion. Damit vergrößerte sich die weißrussische Fläche um 45%. Konnte sich anfangs die weißrussische Kultur in den neuen Gebieten entfalten, wurden auch diese westlichen Gebiete 1940 einer Terrorwelle unterworfen. 1941 fielen die Deutschen in Weißrussland ein. Ähnlich wie die Ukraine war das weißrussische Gebiet zur Versorgung der Deutschen gedacht. 1943/44 eroberte die Rote Armee die besetzten Gebiete zurück (vgl. Marples 2001a: 146ff)

Die weißrussischen Partisanen, die durchaus pro-sowjetisch eingestellt waren, gingen als Helden aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Sie gingen als Symbol des weißrussischen Widerstandes in die Geschichte ein. Die Folgen des Krieges für Weißrussland waren jedoch katastrophal. Einige weißrussische Gebiete mussten an Polen abgegeben werden. Wie bereits erwähnt war auch Weißrussland Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, was dem Land erstmals internationale Anerkennung einbrachte. Doch die Bevölkerung war weiterhin dem Terror Stalins ausgesetzt. Bis 1950 kam es erneut zu „Säuberungen“, unter der besonders die politische Führung Weißrusslands, sowie die intellektuelle Elite litt. Man ging gegen jegliche Ausübung weißrussischer Kultur, sowie gegen jeglichen Nationalismus hart vor. Nur die Partisanen blieben von den „Säuberungen“ verschont und konnten 1956 die Führung der BSSR übernehmen. (vgl. Marples 2001b: 166ff)

Die Ära Chruschtschow und seine Tauwetterpolitik kamen auch Weißrussland zu Gute. Es kam zu einer umfassenden Weißrussifizierung, in der sich die weißrussische Sprache und ihre Kultur beinahe frei entfalten konnten. Da die Partisanen der Sowjetunion weitgehend loyal gegenüber standen, schafften sie es wie keine andere Sowjetrepublik mit der sowjetischen Politik zu harmonieren. Weißrussland konnte kaum mit natürlichen Ressourcen aufwarten, weshalb man sich umso mehr auf die Industrie konzentrierte. In einigen Bereichen wie zum Beispiel Maschinenbau war Weißrussland innerhalb der Sowjetunion führend. Auch der Lebensstandard war in Weißrussland nach Litauen der Beste der Sowjetunion. Die einzelnen statistischen Kennzahlen lagen weit über dem sowjetischen Durchschnitt. So stieg zwischen 1970 und 1980

die Industrieproduktion in der Sowjetunion um 78%, in der BSSR um 132%. Die Jahre zwischen 1965 und 1980 stehen für industrielles Wachstum, in dem Weißrussland beträchtlich an Ansehen innerhalb der Sowjetunion gewonnen hat. Dies ist hauptsächlich einem Mann zu verdanken, dem Partisanenführer Mascherau. Breschnjew war es jedoch ein Dorn im Auge, dass Weißrussland weit unabhängiger war als andere Sowjetrepubliken. Trotz allem konnte sich die BSSR während der Amtszeit Breschnjews, der im gesamten Reich vorherrschenden Russifizierung, nicht entziehen. Vor allem die russische Sprache gewann während dieser Zeit bedeutend an Einfluss. (vgl. Marples 2001b: 168ff)

Schien die Ära Gorbatschow vorerst keine Wendung zu bringen, so änderte sich dies schlagartig im Jahr 1986 mit der Katastrophe von Tschernobyl. Moskau ordnete eine Geheimhaltung an, was dazu führte dass in Weißrussland drei Jahre lang niemand von den tatsächlichen Auswirkungen der Katastrophe wusste. Erst 1989 wurde dem Druck der Öffentlichkeit nachgegeben und ein Programm zur Liquidierung der Folgen Tschernobyls geschaffen. Die Ereignisse verstärkten die Demokratisierungsbewegungen und die Weißrussische Volksfront wurde gegründet. Es wurde ein Gesetz geschaffen, das Weißrussisch zur Staatssprache machte, sowie ein Programm propagiert, das die Ausweitung der weißrussischen Sprache förderte. Die Perestroika brachte Weißrussland jedoch wirtschaftlich einen Stillstand. Nach dem gescheiterten Putsch in Moskau erklärte der Oberste Sowjet der BSSR am 25. August 1991 Weißrussland für unabhängig. Die sowjetischen Staatszeichen wurden durch nationale Symbole ersetzt und der Name in „Republik Weißrussland“ umgeändert. Die Kommunistische Partei Weißrusslands wurde umgestaltet, jedoch behielt sie die Oberhand in Weißrussland. (vgl. Marples 2001b: 168ff)

3.3. Zusammenfassung

In den 20er Jahren stand in der Sowjetunion und ihren Republiken alles im Zeichen des Wiederaufbaus. Es stand vor allem eine produktive Akkumulation des Industriesektors im Vordergrund, die extensiv ausgelegt war. Griff am Anfang der 20er Jahre die Politik noch vermehrt regulierend in das Geschehen ein, trat mit der Politik der NÖP eine Liberalisierung ein und es

gelang Lenin die Wirtschaft und ihre Akkumulationsprozesse einigermaßen stabil zu halten. Dies ist auch einer liberaleren Sozialpolitik zu verdanken. Die Menschen konnten sich frei bewegen und ihre nationale Kultur pflegen und ausleben. Es kam zu keinen Auseinandersetzungen und Aufständen, was zu einer weiteren Stabilisierung des Akkumulationsprozesses führte. (vgl. Kappeler 2000: 187ff)

Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre zeichnete sich ein deutliches extensives Akkumulationsregime ab. Mit den Fünfjahresplänen wurden zahlreiche Fabriken gebaut. Es kam zu einer Urbanisierung, in der vor allem in Weißrussland, die Menschen in die Industriezentren und Städte gekarrt wurden um dort Arbeit zu verrichten. Die Terms of Trade verschlechterten sich und die Bauern lehnten sich gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft auf. Die „Säuberungsaktionen“ hatten nicht nur menschlich und sozial, sondern auch kulturell verheerende Folgen. (vgl. Marples 2001a: 145f)

Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges verfolgte die Sowjetunion eine Politik der Extensivierung des Akkumulationsprozesses, in dem es neue Gebiete besetzte. Nach dem Krieg wurde die zerstörte Industrie wieder aufgebaut, was ebenfalls auf eine extensive Akkumulation schließen lässt. Das noch andauernde Terrorregime Stalins führte zwar zu wirtschaftlichem Wachstum, doch zur Vernichtung des kulturellen Erbes der Ukraine und Weißrusslands. Erst mit Chruschtschow verbesserte sich die Lage. (vgl. Schröder 2003: 13)

Chruschtschow konzentrierte sich einerseits auf ein gutes kulturelles Klima innerhalb der Sowjetunion, trat jedoch auch in ein Konkurrenzverhältnis mit der USA. Vor allem der Wettbewerb um die Rüstungsindustrie verschlang viel Geld, das man gut für andere politische und soziale Maßnahmen hätte brauchen können. In dieser Situation bevorzugte er den Wettbewerb, anstatt das Geld in das Wohlergehen des eigenen Volkes zu stecken. Somit kann man argumentieren, dass es im Kommunismus eine Art kapitalistischen Wettbewerb gab. (vgl. Novy 2005a:105f)

Durch die Partisanenführung Weißrusslands gelang es, eine besonders ausgeglichene poli-

tische Regulation durchzusetzen. Auf der einen Seite wurden die weißrussischen Anliegen beachtet und ihre Kultur geschätzt, auf der anderen Seite wurden die Vorgaben Moskaus so gut es ging eingehalten und ihre Politik durchgesetzt. Dies hatte eine besondere Stabilität des Akkumulationsprozesses zur Folge, was sich in großem Wirtschaftswachstum zeigte. Man könnte hier auch von einer Art Self-Reliance Strategie sprechen. Die Weißrussen nahmen ihr Schicksal so weit als möglich, mit den Partisanen als Anführern, selbst in die Hand, was ihnen Selbstvertrauen einbrachte. Dies war aber nur insoweit möglich, als ihnen die Parteiführung in Moskau den Freiraum dafür ließ. (vgl. Marples 2001b: 166ff)

Mit Breschnjew begann erneut ein Terrorregime, indem die Menschen unterdrückt wurden und es kam zu einer tiefgreifenden wirtschaftlichen sowie politischen Krise. Dies gilt als ein Beweis dafür, dass, wenn durch falsche Regulation eine Krise hervorgerufen wird, die Akkumulationsprozesse nicht mehr stabil gehalten werden können, auch nicht durch versuchte territoriale Expansion, wie es die UdSSR 1979 in Afghanistan versuchte. (vgl. Schröder 2003: 14f)

Gorbatschow hob mit seiner Politik der Öffnung und Umgestaltung der Gesellschaft die einzelnen Sowjetrepubliken aus ihren Ankerpunkten. Er schuf Raum für Entwicklung. Er lockerte die starren Strukturen des sowjetischen Regimes und erweiterte somit den Handlungsspielraum der einzelnen Gesellschaften und Nationalitäten. Es entstand eine Bewegung, die sich nicht mehr aufhalten ließ und die Sowjetunion war ihrem Untergang geweiht. (vgl. Altrichter 1993: 175ff)

Je nach Generalsekretär war die kulturelle Einbettung in die Sowjetunion unterschiedlich. Jedoch hatte dies immer sehr ähnliche Auswirkungen auf Weißrussland und die Ukraine. Süd-Süd-Kooperationen gab es im Rahmen der COMECON. Importsubstituierende Industrialisierung war jedoch nicht möglich, da die wirtschaftliche sowie politische Zusammenarbeit der einzelnen Staaten von Moskau geplant und vorgegeben wurde. Insofern kann man auch von einem intravertierten Akkumulationsregime ausgehen.

A map of Ukraine showing its geographical features, major cities, and neighboring countries. The map includes the following elements:

- Neighboring Countries:** BELARUS to the north, ROMANIA to the south, and parts of POLAND, HUNGARY, and RUSSIA are visible.
- Major Rivers:** Prypyat, Dniestr, and Dnieper.
- Major Cities:** Kyiv (marked with a star), Lviv, Chernihiv, Sumy, Kharkiv, Poltava, Cherkasy, Kirovohrad, Kryvyi Rih, Zaporizhzhya, Mariupol', Berdyansk, Mykolayiv, Odesa, Kherson, Sevastopol', Yalta, Feodosiya, Kerch, Donets'k, Luhans'k, Chernivtsi, Uzhhorod, Zhytomyr, Luts'k, and Reni.
- Geographical Features:** Carpathian Mountains, Hora Hoverla, Crimean Peninsula, and the Sea of Azov.
- Scale:** 0 to 200 km and 0 to 200 miles.

Die Ukraine war vor 1991 nie ein komplett unabhängiger Staat. Ihre Nachbarstaaten versuchten die Ukraine oder Teile von ihr in ihren eigenen Staat zu integrieren. Je nach Staat und gerade amtierendem Staatsoberhaupt wurden die Ukrainer entweder unterdrückt oder konnten ihre Kultur und ihre Sprache relativ frei ausüben. Eine der größten Auswirkungen für die Ukraine brachte die Annexion aller mehrheitlich von Ukrainern bewohnten Gebieten an das sowjetische Reich. Trotz der gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit könnte die Heterogenität im Land nicht größer sein. Dies ist auch bedingt durch die Größe des Landes, aber auch durch die vermehrte Aufteilung auf unterschiedliche Staaten in der Geschichte. Man kann die Ukraine in drei Teile teilen. Das Zentrum rund um Kiew, die Westukraine sowie der Südosten der Ukraine. Der Südosten ist hochindustrialisiert, vom Zusammenbruch der UdSSR schwer getroffen und identifiziert sich kaum mit der ukrainischen Kultur. Der Westen hingegen strotzt vor Nationalbewusstsein und engagiert sich politisch weit mehr als der Südosten. Das Zentrum agiert als Mittelsmann, welches das Land zusammenhält. (vgl. Simon 2002: 5ff)

Die Unabhängigkeit der Ukraine war nicht Ergebnis eines langen Unabhängigkeitskampfes oder jahrelanger Unabhängigkeitsbewegungen. Auch wenn es Bestrebungen in Richtung Unabhängigkeit gab, so ist die Ukraine mit dem Zerfall der UdSSR mehr oder weniger in ihre Unabhängigkeit gestolpert. Zwar wurde sie unmittelbar von der internationalen Gemeinschaft als Staat anerkannt, es war jedoch nicht klar, in welche Richtung sie sich entwickeln würde und ob sie als Staat überhaupt existieren könnte. (vgl. Simon 2002: 11f) Denn was der Ukraine fehlte, war ein gemeinsamer Kampf gegen einen übermächtigen Feind, der eine Nation zusammenschmiedet. (vgl. Kappeler 2000: 252)

Eine Demokratie kann ohne eine Nation, die ihr ihr Fundament verleiht, nicht existieren. Darum war es für die Ukraine notwendig, sich nicht nur auf den politischen Staatsbildungsprozess zu konzentrieren, sondern auch auf die Nationsbildung, das heißt ihre ukrainische Kultur zu pflegen. (vgl. Simon 2008: 107f) Ein besonderes Problem stellte hierbei die kulturelle Zerrissenheit des Landes dar. Im Südosten des Landes sind die Schulen sowie das öffentliche Leben (Medien, Verwaltung...) auf die russische Sprache abgestimmt, in der Westukraine sowie im Zentrum bestimmt jedoch Ukrainisch den Alltag. Die Sprache der Politik ist immer mehr Ukrainisch. Diese Gespaltenheit verhindert aber auch das Aufkeimen eines extremen Nationalismus und fördert somit Demokratisierungsbewegungen. Hier greift die kulturelle Begebenheit in die Politik ein. Bei den Wahlen 1994 sprach sich eine große Mehrheit für Russisch als zweite Amtssprache aus. Auch die politische Orientierung lässt sich anhand der drei kulturell unterschiedlichen Teile der Ukraine aufteilen. Jedoch ist der Großteil der Ukrainer für die Unabhängigkeit und gegen einen neuerlichen Anschluss an Russland. Insofern kann man auch von einem gelungenen Staatsbildungsprozess ausgehen. (vgl. Simon 2002: 13ff)

Trotz eines gelungenen Staatsbildungsprozesses geht es den Menschen nicht besonders gut. Vor allem die subjektive Armut ist dementsprechend groß. Leben nach internationalen Kriterien 28% der Ukrainer in Armut, so hielten sich im Jahr 2000 65% der Menschen für arm. Dies resultiert in einer äußerst passiven Zivilgesellschaft. Kaum jemand will sich für die Gemeinschaft engagieren, noch interessiert sie sich für politisches Geschehen. Man ist zu beschäftigt,

die eigene Not in Grenzen zu halten und verliert somit den Blick für die Gesellschaft. Paradoxerweise trägt diese Untätigkeit und Gleichgültigkeit zur Stabilität des Staatssystems bei. Keine andere Gesellschaft des Zentrums hätte derart miserable politische und soziale Missstände in Kauf genommen ohne dagegen zu demonstrieren. (vgl. Simon 2002: 17ff)

Erst die Orange Revolution, auf die im weiteren Verlauf noch genauer eingegangen wird, brachte die Menschen auf die Straße um gegen die eindeutige Wahlfälschung zu demonstrieren. Diese Revolution steht für einen beeindruckenden Sieg der ukrainischen Zivilgesellschaft. Die Menschen gingen, entgegen Vermutungen der internationale Bühne, auf die Straße um für ihre Rechte einzutreten. Dies steht auch für ein Umdenken in den Köpfen der Menschen und zeigt einen großen Schritt in Richtung Demokratie auf. Die Handlungsmuster und der Handlungsrahmen verändern sich und zeigen das Ende des sowjetischen Denkens auf. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die Verankerung der Ukraine als Staat in der Bevölkerung. Auch wenn der Osten und Süden des Landes vorwiegend russisch spricht und eher Russland zugeneigt ist, stehen diese Menschen für die Ukraine und sind gegen einen Anschluss an Russland. Dies festigt die Grundmauern des Staates und verleiht ihm Souveränität. Diese kulturelle Teilung des Landes in Ost und West ist auch im 21. Jahrhundert noch aktuell. Dies fordert von der Politik eine faire Integration aller Teile in ihren Maßnahmen, was auch wieder als demokratiefördernd aufgenommen werden kann. (vgl. Simon 2009: 15ff) Auch wenn in der Sowjetunion politische Aktivitäten der Zivilbevölkerung nicht an der Tagesordnung standen und die sowjetischen Strukturen noch bis in die Gegenwart reichen, so hat sich in der Bevölkerung mittlerweile eine demokratische Grundeinstellung durchgesetzt, die auch verlangt, sich für ihre Rechte einzusetzen. Die Ukraine hat bereits entscheidende Schritte in Richtung Demokratie gesetzt. Sie hat aber noch einen langen Weg vor sich. Das Regulationsdispositiv hat sich bislang noch nicht voll durchgesetzt und ist noch in einer Transformationsphase. Auch wenn eine kapitalistische Denkweise in den Köpfen der Menschen eingesetzt hat, so ist das sowjetische Erbe noch nicht überwunden.

1.2. Wirtschaftliche Entwicklung

1.2.1. Binnenwirtschaft

Nach dem Zerfall der Sowjetunion trat die Ukraine in einen Transformationsprozess ein, indem der Übergang vom Kommunismus zur Marktwirtschaft vollzogen werden sollte. Das Ziel eines Transformationsprozesses besteht in der Schaffung eines stabilen Wirtschaftssystems, das in der Lage ist, Kapital zu akkumulieren und zu einem besseren Lebensstandard beizutragen. Fakt ist, dass die Ukraine Anfang 1992 vor einer schweren wirtschaftlichen Krise stand, die sich trotz des Transformationsprozesses verschlimmern sollte. (vgl. Burakowskij 2002: 197) Die Gründe dafür sind vielfältig. Mitunter liegt es an dem schweren Erbe, das ihr die Sowjetunion hinterlassen hat. Die Wirtschaftslage hat sich bereits in den letzten Jahren der UdSSR verschlechtert. Der Fehler war, dass der Rückgang rein auf die Ineffektivität der Planwirtschaft und ihre Preispolitik geschoben wurde. Weiters ist zu erwähnen, dass die Ukraine in der UdSSR ein Zwischenproduzent war, der von hohen Investitionen der Sowjetunion und Rohstofflieferungen aus anderen Sowjetrepubliken abhängig war. Es lassen sich ganz klare Abhängigkeitsverhältnisse der Ukraine von der Sowjetunion darstellen. Weitere Überbleibsel der Sowjetunion sind die Mentalität der Bevölkerung sowie ihre Institutionen und Verwaltungskultur, die nicht so einfach von heute auf morgen transformiert werden konnten. Auch die Struktur der sowjetischen Industrie stellt eine Besonderheit dar. Die Strukturen westlicher Industriestaaten haben sich über einen langen Zeitraum entwickelt, sie bestehen aus zahlreichen Klein- und Mittelbetrieben. Die sowjetische Industrie war geprägt von großen staatlichen Betrieben, die auf vertikalen Verbindungen aufbauten. Weiters gab es zu Zeiten der UdSSR keine Budgetvorgaben, was der Ukraine bis heute Probleme bereitet. (vgl. Burakowskij 2002: 202ff)

Der ukrainische Transformationsprozess beginnt mit der Souveränitätserklärung der Ukraine im Jahr 1990, ganz im Sinne der UNO Resolution über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Man grenzt sich vom Zentrum (UdSSR) ab, um über sich selbst bestimmen zu können. Mit dem Gesetz zur Unabhängigkeitserklärung der USSR 1991 setzte man einen weiteren Schritt in diese Richtung. Das Gesetz beinhaltete das Recht der Ukraine

auf einen Anteil am Unionsvermögen. (vgl. Burakowskij 2002: 205f) Mit der Wahl Kutschmas zum Präsidenten 1994 suchte die Ukraine Hilfe beim IWF. Als Gegenbedingung für die Kredite verpflichtete sich die Ukraine zu einem Reformprogramm. (vgl. Vincentz 2002: 245f) Es wurde eine Wirtschaftsreform geplant, die aus drei Teilen bestand. Erstens sollte ein nationaler Wirtschaftsraum geschaffen werden, welcher durch verschiedene regulative Maßnahmen, wie zum Beispiel Zölle kontrolliert wird. Zweitens sollte ein nationales Währungs- und Kredit-system, sowie eine Preisbildungsreform, eingeführt werden. Drittens ging es um die Privatisierung der Unternehmen sowie um den Übergang zu einer freien Marktwirtschaft. (vgl. Burakowskij 2002: 205f) Der Staat kommt zu Anfang des jungen Staates noch seiner Rolle als Regulator nach und versucht die Akkumulationsprozesse durch Regulation zu stabilisieren. Es scheint als würde ihm das auch gelingen. (vgl. Becker 2001:49) Jedoch begibt man sich durch die Inanspruchnahme des IWF-Kredits in neue Abhängigkeitsverhältnisse. Der Kredit ist an zahlreiche Bedingungen geknüpft, die stark in die Souveränität und die Selbstbestimmung des Landes eingreifen.

Die Privatisierung staatlicher Unternehmen ist der erste Schritt in Richtung einer freien Marktwirtschaft und stand bereits 1991, am Beginn des noch jungen Staates im Vordergrund. Die Privatisierungswellen kann man in drei Teile gliedern. Bis 1994 wurden die Unternehmen hauptsächlich direkt an die Belegschaft verpachtet oder verkauft. Die zweite Privatisierungswelle von 1995 bis 1998 ist gekennzeichnet durch die Ausgabe von Wertpapieren, um die Bevölkerung an verschiedenen staatlichen Unternehmen zu beteiligen. Dabei wurden die Wertpapiere verschenkt, das heißt es wurde Staatseigentum in private Hände übertragen, ohne eine Gegenleistung zu verlangen. Die neuen Eigentümer hatten jedoch auch keine Eigenmittel für weitere Investitionen in die Unternehmen zur Verfügung. In der dritten Privatisierungswelle ab 1999 wurden dann die renommiertesten Unternehmen der Ukraine privatisiert. Die neuen Eigentümer mussten diese Unternehmen dem Staat abkaufen, samt deren Schulden. Ende 2000 waren 85% der Unternehmen im Industriesektor in privater Hand. Somit bleibt die Privatisierungsreform einer der dynamischsten und am besten durchgeführten Reformen des Transformationsplans. (vgl. Burakowskij 2002: 207f)

Allgemein bleibt zur Ukrainischen Wirtschaft zu sagen, dass sie nach 1989 in eine tiefe Krise schlitterte. Das BIP sank im Zeitraum von 1990 bis 1999 um fast 60%. (vgl. Handrich 2006:44) Der Anfang der 90er Jahre war gezeichnet von einer Hyperinflation von 800%. Durch eine restriktive und regulierende Politik konnte diese entscheidend gesenkt werden. (vgl. Kappeler 2000: 253ff) Ab 2000 ging es aber mit der Wirtschaft wieder bergauf und 2004 erreicht die Ukraine mit einem Wirtschaftswachstum von 12,1% das Höchste Europas. Das Wachstum ging danach zwar deutlich zurück, lag aber 2007 immer noch bei 7%. (vgl. Neuwirth 2008:25) Hauptgrund für die gute Wirtschaftsleistung der Ukraine war vor allem der boomende Stahl-export und der dadurch steigende Stahlpreis. Hier zeichnet sich vorrangig ein rentiermäßiges Akkumulationsregime ab. Die Ukraine macht sich von den Stahlexporten abhängig, was ihr während der Weltwirtschafts- und Finanzkrise zum Verhängnis wird. Die Finanzkrise 2008 trifft die Ukraine hart und Ende des Jahres steht das Land vor dem Bankrott. (vgl. Malygina 2008:2) Der IWF hilft dem Staat mit einem Kredit von 16,4 Mrd. USD aus der Zahlungsunfähigkeit. Dieser ist jedoch an strenge Bedingungen geknüpft, die laut ukrainischen Medien das Ende der souveränen Wirtschaft der Ukraine bedeuten könnten. (vgl. Koniecz 2008) 2009 ging die Wirtschaft der Ukraine um 15% zurück, was als direkte Folge der Krise anzusehen ist. Das BIP ist aber immerhin noch 3,5 Mal so hoch wie im Jahr 2000. (vgl. WB 2011a)

- Agrarsektor

Die Ukraine wird oft als die Kornkammer Europas bezeichnet. Humusreiche Schwarzerdeböden sowie ein regelmäßiger Niederschlag garantieren besonders gute Voraussetzungen für eine ergiebige Landwirtschaft. Die Ukraine zählt – wieder – zu den weltweit sechs größten Weizenexporteuren. (vgl. Sauer 2010) Jedoch ist in den ersten zehn Jahren ihrer Unabhängigkeit die Bruttoagrarpromuktion um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Dies ist vor allem auf eine schlechte Agrarpolitik sowie auf die Privatisierungen zurückzuführen. Es hat sich gezeigt, dass der Privatsektor nicht über die technischen Mittel verfügt, um eine stabile Produktionssteigerung zu erzielen (vgl. Burakowskij 2002: 209) Auch wenn noch einiges an Potential in der ukrainischen Agrarwirtschaft steckt, hat die Wichtigkeit der Agrarwirtschaft für die Ukraine abgenommen. Der Anteil der Agrarwirtschaft am BIP betrug 1990 noch 25%,

2008 beträgt er nur mehr gute 8%. (vgl. WB 2011a) Durch die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus Russland werden erneuerbare Energien zu einem immer wichtigeren Thema in der Ukraine. So macht die Ukraine in den letzten Jahren zunehmend mit Rapsproduktion zur Verwertung zu Biodiesel von sich reden. (vgl. Sauer 2010)

In der Ukraine gibt es noch immer keinen freien Bodenmarkt. Die Landeigentümer besitzen oft nur ein kleines Stück Land, das sie meist zu einem gesetzlichen Mindestpreis an große Agrarfirmer, den Nachfolgefirmen der Kolchosen, verpachten. Typisch für die Ukraine sind Agrarholdings, die nicht selten mehrere hunderttausend Hektar bewirtschaften. Nach 1991 standen viele dieser Nachfolgefirmen vor dem Aus. Sie wurden von teils ausländischen Investoren aufgekauft und zu Agrarholdings ausgebaut. Neben diesen großen Firmen spielen auch die sogenannten Hofwirtschaften eine große Rolle. Die auf Subsistenzwirtschaft aufgebauten Kleinstbetriebe bewirtschaften 40% der Nutzflächen und tragen im Jahr 2008 über 50% zur landwirtschaftlichen Gesamtproduktion bei. Während Großbetriebe die Felder bewirtschaften und somit Getreide produzieren, betreiben die Kleinstbetriebe meist eine Viehwirtschaft. Die Hofeigentümer sind oft auch die Landeigentümer, die ihr Land an die Großbetriebe verpachten. Die Pacht wird nicht selten in Naturalien ausbezahlt. (vgl. Sauer 2010) Es kommt hier zu einer Vermischung einer agrarischen Subsistenzwirtschaft mit dem Kapitalismus, also zu einer Mischform der Produktionsformen. (vgl. Becker et. al. 2007: 35)

- Industrie

Die Ukraine ging mit einer gut ausgebauten Schwerindustrie, vor allem im Osten und Süden des Landes, aus der Sowjetunion hervor. Doch Anfang der 90er verzeichnete die Industrie einen katastrophalen Rückgang der Produktion. Verglichen mit der gesamtwirtschaftlichen Situation war der Produktionsrückgang in der Industrie jedoch gering. Ab 1998 ging es wieder bergauf und in den nächsten Jahren überstiegen die industriellen Wachstumsraten jene des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs. 2002 waren in etwa 70% des Produktionsvolumens von 1990 erreicht. Zwei Faktoren sind für den Aufschwung nennenswert. Die Währungsabwertung machte die Wirtschaft wieder konkurrenzfähiger und die Wirtschaftsreformen fingen

allmählich an, Wirkung zu zeigen. Die Industriestruktur hat sich jedoch seit 1990 entscheidend verändert. 1990 waren Maschinenbau und Metallverarbeitung die wichtigsten Industriezweige. 2000 ist dieser Zweig auf Platz drei hinter die Eisenmetallurgie und die Nahrungsmittelindustrie zurückgefallen. Die Ukraine konzentrierte sich in weiterer Folge hauptsächlich auf die Schwerindustrie, da sie vor allem durch den Stahlexport große Gewinne machte und die Importe, die auf Grund von steigender Nachfrage notwendig wurden, dadurch finanziert werden konnten. (vgl. Clement 2004:9ff) Durch die starke Konzentration auf den Stahlexport fand kaum eine Exportdiversifikation statt, was typisch für das rentiermäßige Akkumulationsregime ist.

Die Industrieproduktion ist seit 2000 im Steigen begriffen. Die Stahlindustrie, die mittlerweile zum wichtigsten Sektor der Industrie geworden ist, blieb auf einem hohen Niveau stabil. Mit der weltweiten Krise 2008 brach jedoch die Nachfrage nach Stahl ein und die geringe Exportdiversifikation wurde der Ukraine nun zum Verhängnis. Die Stahlhütten mussten ihre Produktion um bis zu 67% senken. Die Hälfte aller Hochöfen wurde abgestellt. Einige Betriebe kündigten Massenentlassungen von einem Drittel der gesamten Belegschaft an. (vgl. Lange 2008: 5) Die gesamte Industrieproduktion ist 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 3,1% gefallen, im ersten Halbjahr 2010 jedoch bereits wieder um 12% gestiegen. Die Produktion in der Metallurgie ist dabei um 19,1% gestiegen. (vgl. LIGA 2010)

- Finanzmarkt

Die Entwicklung des ukrainischen Bankensektors hat, wie viele sowjetische Schwellenländer, zwei Reformwellen durchlaufen. Die erste Phase konstituiert sich durch die Abschaffung der Planwirtschaft, das heißt eine Liberalisierung des Bankensektors. Dies ging einher mit einer sehr lockeren Regulierung von Seiten der Regierung, was den Bankensektor ankurbeln sollte. Bereits im Jahr 1995 gab es 230 Kreditinstitute. Das Fehlen einer strikten Regulation brachte eine große Instabilität mit sich. (vgl. Barisitz 2006: 71f) Wie Becker beschreibt, ist die finanzielle Akkumulation generell durch eine hohe Instabilität gekennzeichnet und identifiziert sie als „Krisensymptom“. Die starke Regulierung dieser Akkumulationsform ist daher

unumgänglich, was in der Ukraine jedoch fehlte. (vgl. Becker 2001: 62f) So war die Reform des Bankensektors von einer tiefgreifenden Rezession begleitet. 1993 erreichte die Inflation mehr als 3000%. Diese Instabilität führte dann in die zweite Reformwelle, in der sich die Ukraine noch immer befindet. Mitte der 90er Jahre startete die ukrainische Regierung gemeinsam mit der Notenbank ein Stabilisierungsprogramm, indem es gelang die Inflation erheblich zu senken und den Wechselkurs zu stabilisieren. (vgl. Barisitz 2006: 71f) Durch eine Währungsreform 1996 wurde eine neue nationale Währung, die Hryvnja (UAH) eingeführt. Durch eine gute Währungspolitik konnte trotz der Krise in Russland die Inflation in den weiteren Jahren auf „nur“ 20% gesenkt werden. (vgl. Boeckh 2007a: 221f)

Die Bankenstruktur in der Ukraine ist sehr klein und zahlreiche Banken fungieren vielfach als Finanzierungsinstrument der eigenen Firmen. Der ukrainische Bankensektor hat sich bis 1998 langsamer entwickelt als in anderen Schwellenländern. Auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Banken war aufgrund der hohen Inflation dementsprechend niedrig. (vgl. Barisitz 2006: 71ff)

1998 machte sich jedoch eine Finanzkrise im Land breit, die von Russland ausgehend, auf die Ukraine überschwappte. Dies führte auch zu einer Abwertung der UAH. Zahlreiche multilaterale und bilaterale Geber, wie der IWF, die EU oder die USA leisteten Finanzhilfe. (vgl. Boeckh 2007a: 221f) Deshalb und auch auf Grund der guten und bedachten Maßnahmen der Regierung und der Nationalbank war es möglich einen totalen Zusammenbruch des Finanzmarktes zu verhindern. Man könnte sagen, die zweite Reformwelle begann mit dieser Krise im Jahr 1998. (vgl. Barisitz 2006: 72ff)

Ab der Jahrtausendwende zeichnete sich nicht nur am Finanzmarkt, sondern in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung ein Aufwärtstrend ab. Durch die Krise wurde die UAH geschwächt, was vor allem im Bereich der Nahrungsmittelindustrie einer Importsubstitution zuträglich war. Weiters stiegen die Preise für die Hauptexportprodukte der Ukraine stark an. Dies ging einher mit einer Erhöhung der Löhne und Pensionen, die Binnennachfrage stieg und

der Kreditmarkt wurde beträchtlich angekurbelt. Mit dem Regierungswechsel 2000 wurden auch wieder vermehrt Reformen durchgeführt. Die Währung wurde an den Dollar gekoppelt, Subventionen gekürzt und es konnte ein ausgeglichenes Haushaltsbudget erreicht werden. Konnte man auch in den Jahren 2004 und 2005 auf Grund der politischen Krisen einige Turbulenzen im Bankensektor feststellen, so konnte durch eine Intervention der Nationalbank das Schlimmste verhindert werden. Die Ukraine verzeichnete seit 2000 einen Kreditboom, der innerhalb von sechs Jahren fast auf das siebenfache angewachsen war. Der Kreditboom wurde auf der einen Seite durch Einlagenzuwachs, auf der anderen durch Auslandsverbindlichkeiten finanziert. Der Kreditsektor hatte einen weit höheren Wert erreicht als in anderen Schwellenländern mit einem ähnlichen Entwicklungsgrad im Bankensektor. (vgl. Barisitz 2006: 74ff)

2007 verhalf die amerikanische Hypothekenkrise der Ukraine zu neuem Aufschwung. Viele Anleger hatten nun Interesse am osteuropäischen Markt, der von dieser Krise kaum betroffen war. Auch die Ukraine verzeichnete einen großen Anstieg an ausländischen Direktinvestitionen (FDI's) und der ukrainische Aktienindex PFTS erreichte Anfang 2008 seine Spitzenwerte. Doch bereits kurz darauf brach er wieder um 80% ein. (vgl. Malygina 2008:2) Grund dafür waren die steigenden Energiepreise, da die Ukraine stark von Rohstoffimporten abhängig ist. Die FDI's sind zwar in den letzten Jahren um mehr als ein Drittel angestiegen, doch sind sie auf Grund einer hohen Korruptionsrate, Instabilität und Intransparenz sowie auf Grund eines hohen Investitionsrisikos im Vergleich zu anderen Mittel- und Osteuropäischen Ländern (MOEL) sehr niedrig. (vgl. Neuwirth 2008:26ff). Die hohen Geldzuflüsse haben die ukrainische Volkswirtschaft überfordert und es kam zu einem Anstieg der Inflation auf 31%. Die Nationalbank intervenierte, erhöhte die Kreditkosten und schränkte die Liquidität der Banken ein. Gleichzeitig erhöhte die Regierung die Sozialleistungen, um den Konsum anzuregen. Dies förderte jedoch wieder die Importe, was alles in allem ein riesiges Loch im Budget der Ukraine hinterließ. Die weltweit gestiegenen Kreditkosten ermöglichten der Ukraine kaum eine Kreditaufnahme aus dem Ausland. (vgl. Malygina 2008:3) Die Akkumulation hatte ihren Höhepunkt erreicht, die Volkswirtschaft war bereits mit der ungewöhnlichen rasanten Anhäufung des Kapitalstocks überlastet. Die ohnehin von Krisen geschüttelte Regierung konnte die

Akkumulationsprozesse nicht mehr stabilisieren. Dies ist auch ein Grund, warum die Ukraine so schwer von der Wirtschaftskrise 2008 getroffen wurde. (vgl. Malygina 2008:3 und Becker et. al. 2007:12f)

- Arbeitsmarkt

Wie bereits erwähnt, sank das BIP in den 90er Jahren um fast 60%. Dabei blieb jedoch die Beschäftigungsquote relativ stabil, sie sank um „nur“ 14%. Dies konnte durch eine Senkung des Reallohns um 71% erreicht werden. Damit sank auch die Arbeitsproduktivität entscheidend um 47,5%. Das Ganze wird begleitet von einer offiziell sehr niedrigen Arbeitslosenquote, auch wenn die Daten der ILO, die eine andere Definition von Arbeitslosigkeit verwendet, etwas höher sind. Dies erklärt sich damit, dass die Politik Angst vor einer großen Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Unruhen in der Bevölkerung hatte und somit nicht regulierend eingegriffen hat. Durch die dadurch entstehenden niedrigen Löhne, entstand womöglich eine noch viel größere Armut. (vgl. Handrich 2006: 44f) Es zeigt sich hier ein extensives Akkumulationsregime. Die Löhne wurden gesenkt, um vielen Menschen Arbeit zu verschaffen. Die Produktivitätssteigerung wirkte sich durch die niedrigen Löhne kaum auf den Konsum aus und die Wirtschaftsleistung stieß an ihre Grenzen. (vgl. Becker 2001:55f) Die niedrigen Löhne waren jedoch für viele Menschen ein Anreiz in der Schattenwirtschaft tätig zu werden. Schätzungen gehen von einer Schattenwirtschaft von etwa 50% des offiziellen BIPs aus. Die niedrigen Löhne haben auch eine große Armut mit sich gebracht. Hier kommt der Begriff Brain Drain ins Spiel. Viele Menschen emigrieren, um der Armut zu entkommen. (vgl. Handrich 2006: 47f) Insofern spielen auch die Remittances eine große Rolle für die ukrainische Wirtschaft. Sie sind von 0,8 Milliarden USD im Jahr 2006 auf 5,7 Milliarden USD in 2008 angestiegen. (vgl. WB 2011a)

Angaben in %	1996	1998	2000	2002	2004
Offizielle Arbeitslosenrate	1.3	3.7	4.2	3.8	3.5
Arbeitslosenrate ILO	7.6	11.3	11.7	10.1	8.6

Tab. 1: Arbeitslosigkeit in der Ukraine 1996-2004 (Handrich 2006:45)

Die meisten Beschäftigten arbeiten im privaten Sektor (Körperschaften und private Firmen), jedoch ist der Anteil leicht rückläufig und beträgt 2003 43%. Auch der Anteil in staatlichen Betrieben ging zurück und beträgt 2003 knapp 27,7%. Der Anteil an Beschäftigten in kommunalen Jobs nimmt hingegen zu. (vgl. Handrich 2006: 46)

Es gibt zwei große Gesetze, die den ukrainischen Arbeitsmarkt prägen. Das Erste regelt die Rechte von Beschäftigten, das Zweite regelt die Entlohnung und sieht unter anderem auch Mindestlöhne vor. Die Kontrolle dieser Gesetze obliegt dem Arbeitsministerium, der staatlichen Finanzverwaltung sowie den Gewerkschaften. Die tatsächliche Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften blieb jedoch oft aus. (vgl. Handrich 2006: 51)

Die niedrige Arbeitslosenquote, sowie die damit verbundenen niedrigen Löhne, ergeben sich aus der Vermischung der sowjetischen Strukturen mit der freien Marktwirtschaft. Die anfänglichen Versuche der ukrainischen Regierung, den Arbeitsmarkt nicht zu regulieren, haben sich als katastrophal erwiesen. Das Lohnverhältnis ist die bedeutendste strukturelle Form des Kapitalismus und muss als solche stabil gehalten werden, um Abhängigkeiten so gut es geht zu vermeiden und die gerechte Verteilung des akkumulierten Wertes sicherzustellen. (vgl. Pirozhkov 2006: 243 ff und Novy 2005a:103)

1.2.2. Außenwirtschaft

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine richteten sich die Handelsbeziehungen immer mehr nach Westen aus, weg von Russland und der GUS. Vor allem Exportprodukte gingen vermehrt an Westeuropa. Man versuchte sich von der Abhängigkeit Russlands zu lösen und durch neue Absatzmärkte auch eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Seit 2002 hat sich der ursprüngliche Trend umgekehrt und Russland ist wieder ein stärkerer Handelspartner für die Ukraine geworden. Grund dafür ist das hohe Wirtschaftswachstum in Russland und das dadurch entstandene Marktpotential. Im Sinne des Konkurrenzverhältnisses versucht die Ukraine ihre Akkumulationsmöglichkeiten in jedwede Richtung zu erweitern. Für Europa stellt die Ukraine noch immer ein Entwicklungsland dar, das eine sehr geringe Exportdiversifikati-

on aufweist. Die Hauptexportprodukte nach Europa sind wenig anspruchsvolle Produkte wie einfache Metalle, chemische und mineralische Produkte. Importiert werden Maschinen und technisches Equipment. Nach Russland werden hingegen viel höherwertige Produkte exportiert wie Transportmaschinen und auch militärische Erzeugnisse. Diese Handelsverbindungen sind noch Überbleibsel der Sowjetunion. Auch wenn die Ukraine eine Zeit lang ihre Handelsbeziehung mit Russland reduzierte, so war sie doch immer stark von den Energieimporten aus Russland abhängig. Somit ergibt sich mit Russland ein hohes Handelsdefizit für die Ukraine. Durch die geografisch gute Lage der Ukraine kann dieses Defizit zu einem Teil wieder ausgeglichen werden, da die Öl- und Gaslieferungen Russlands nach Europa über Pipelines durch die Ukraine fließen. (vgl. Astrov 2006:11)

In den 90er Jahren ist der Anteil des Außenhandels am BIP gestiegen. Betrug der Exportanteil am BIP 1992 nur knapp 24%, so beträgt er 2000 bereits 62,44%. Auch der Importanteil am BIP ist in diesem Zeitraum um 35,42 Prozentpunkte gestiegen. Dabei war die Außenhandelsbilanz durchwegs negativ. (vgl. WB 2011a) Hier bleibt anzumerken, dass sich Daten aus unterschiedlichen Quellen teilweise widersprechen. Bis zum Jahr 2004 konnte die Ukraine schließlich eine positive Außenhandelsbilanz ausweisen. (vgl. Astrov 2006: 26) Danach wurde das Defizit immer größer. Wie bereits erwähnt, wurden Maßnahmen gesetzt um den Konsum anzuregen, dabei kam es auch zu einem Anstieg der Importe. Im Zuge der Finanzkrise 2008 und dem Verfall der Stahlnachfrage kam es zu einem Außenhandelsdefizit von 17.710,9 Millionen USD. (vgl. SSCU 2011)

Den größten Anteil an den ukrainischen Exporten haben 2007 die GUS mit 37,8% und die EU mit 28,3%. Die wichtigsten Exportpartner für die Ukraine sind 2007 Russland mit 25,7%, die Türkei mit 7,4% und Italien mit 5,4%. Weitere wichtige Exportländer sind Polen, Deutschland und die USA. Die GUS und die EU sind bei den Importen mit 42,2% und 36,6% ebenfalls die wichtigsten Handelsregionen. Die wichtigsten Importländer sind Russland mit 27,8% und Deutschland mit 9,6%. Dahinter liegen Turkmenistan, China, Polen und Italien. (vgl. Bredies/Simon 2009: 14)

Die wichtigsten Exportprodukte haben sich über die Zeit nicht wesentlich verändert. 1996 waren die wichtigsten Exportprodukte unedle Metalle mit 33,08% der gesamten Exporte, dahinter lagen chemische Produkte mit 11,63%, Maschinen und elektrische Ausrüstung, Lebensmittel und mineralische Produkte. 2005 ist das Hauptexportprodukt noch immer unedle Metalle, jedoch bereits mit 40,93%, die mineralischen Produkte liegen mit 13,75% auf Platz zwei. (vgl. Astrov 2006: 26) 2008 zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Der Export an Metallen ist erneut leicht gestiegen, dahinter liegen Lebensmittel mit 14,9%, danach folgen Maschinen und Mineralien. (vgl. WBU 2009: 2)

Die wichtigsten Importprodukte waren 2006 mineralische Produkte mit fast 50%, weit dahinter kommen Maschinen und chemische Produkte. 2005 sind die mineralischen Produkte auf 32,01% abgefallen, es folgen Maschinen und elektrisches Equipment mit 17,54% und mit 8,91% Transportmittel. (vgl. Astrov 2006: 26) 2008 sind Importe wie Exporte größtenteils gleich geblieben. Es werden um 3% weniger mineralische Produkte importiert, dafür steigen die Importe von Transportmitteln. (vgl. WBU 2009: 2)

1.3. Politische Entwicklung

1.3.1. Innenpolitik

Am 5. Dezember 1991 wurde nach einem Beschluss des ukrainischen Parlaments der Vertrag über die Bildung der Sowjetunion aufgelöst. Russland, die Ukraine und Weißrussland bildeten daraufhin die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Kurz darauf schlossen sich die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, mit Ausnahme der baltischen Staaten und Georgien, an. Auch wenn die GUS den Anschein einer Süd-Süd-Kooperation macht, da sie auch die Zusammenarbeit und den Austausch von Ressourcen zum Ziel hat, so definiert sich eine Süd-Süd-Kooperation durch die Distanzierung vom „Kolonialherren“. Dies ist durch die Mitgliedschaft Russlands nicht gegeben, unter der Annahme, dass die Macht der Sowjetunion von Moskau und somit von Russland ausging. (vgl. Matthies 1982:3)

Anfang der 90er Jahre schien die Regierung noch ihre Rolle als Sozialtechniker und Regler übernehmen zu wollen und zu können. Kravchuk wurde zum Präsidenten der Ukraine gewählt und zahlreiche Reformen wurden angestrebt. Die wichtigsten Reformen waren ein Privatisierungsgesetz sowie ein Programm für marktwirtschaftliche Reformen. Diese Reformen konnten jedoch nur sehr langsam in die Tat umgesetzt werden. Der IWF als auch die Weltbank gewährten der Ukraine 1994 sowie 1998 große Kredite, für die sie im Gegenzug die Umsetzung zahlreicher Reformen zur Bedingung machten. Konnte die Ukraine die Bedingungen nicht einhalten, stoppten sie die Auszahlung des Kredites. Verabschiedete die Ukraine neue Programme, wurden die Kredite wieder weitergezahlt. Hier lässt sich ein klares Abhängigkeitsverhältnis aufzeigen. Der IWF sowie die Weltbank machen die Ukraine von ihrem Geld abhängig und können so auch in die Regulationsprozesse der ukrainischen Politik eingreifen. Die völlige Selbstbestimmung des ukrainischen Staates im Sinne einer NWWO ist dadurch nicht mehr möglich. (vgl. Kappeler 2000: 252ff)

Hauptproblem der schleppenden Reformen waren die politischen Bedingungen. Das sowjetische Erbe war noch tief in den ukrainischen Gedanken verwurzelt. Die sowjetische Elite bestimmte das politische Geschehen. Präsident Kravchuk vertrat zwar die ukrainischen nationalen Interessen, war aber nicht unbedingt an tiefgreifenden Reformen interessiert und verlangsamte die ohnehin schleppend greifenden Reformen noch weiter. Bei den Präsidentschaftswahlen 1994 setzte sich mit nur knapper Mehrheit der Wirtschaftsmanager Leonid Kutschma durch. Seine Stimmen bekam er vor allem aus der Ost- und Südukraine, da seine Wahlversprechen einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise sowie eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland versprochen. Die Innenpolitik in den 90er Jahren war von Streitigkeiten zwischen Parlament und Präsident geprägt, was einen häufigen Wechsel der Regierung mit sich brachte und die Regulationsfähigkeit der Regierung drastisch einschränkte. Diese hohe Fluktuation verlangsamte die geplanten Reformen nur noch weiter. Erst am 28.06.1996 wurde die Breschnew-Verfassung aus dem Jahr 1978 durch eine neue Verfassung ersetzt. Die wichtigsten Punkte der Verfassung sind die Erklärung der Ukraine zur Präsidialdemokratie, die Stärkung der Stellung des Präsidenten und das Recht auf Privateigentum. Weiters deklarierte sie die ukrainische Sprache als Amtssprache. (vgl. Kappeler 2000: 256ff)

1999 wurde Präsident Kutschma wiedergewählt. In der Bevölkerung galt er als Garant für die Stabilität und die Unabhängigkeit der Ukraine. Er ernannte den Präsidenten der Nationalbank, Juschtschenko, der als reformfreundlich galt, zum Ministerpräsidenten. Kutschma versuchte die Stellung des Präsidenten weiter zu stärken und ließ sogar durch ein international umstrittenes Referendum seine Befugnisse erweitern. Dies führte zu großen Konflikten innerhalb des Parlaments. Neben diesen Auseinandersetzungen kam es auch zum Kampf zwischen den wirtschaftlichen und politischen Eliten. Oligarchen verschafften sich über große wirtschaftliche Macht Zugang und Einfluss in die Politik. Dies wirkte sich ebenfalls als äußerst reformverlangsamend aus. Durch diese Verflechtungen der Politik und der Wirtschaft, sowie durch den starken Einfluss der Eliten, konnten sich demokratische politische Strukturen nur sehr langsam bilden. (vgl. Kappeler 2000: 256ff) Es kann hier deutlich aufgezeigt werden, dass Geld zu Macht und Einfluss verhilft und diese Macht starken Einfluss auf die politische Regulation und so auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eines Staates nehmen kann. (vgl. Novy 2005a:105)

Ein weiteres besonderes Problem der Ukraine ist die große Heterogenität der Bevölkerung. Vor allem der Westen der Ukraine, der eher europäisch orientiert ist, ist schwer zu integrieren. Bei den Parlamentswahlen 1999 lässt sich eine klare politische Tendenz der Regionen aufzeigen. Im Westen stimmte ein großer Teil für die Nationaldemokraten, im Südosten des Landes stimmte der Großteil der Bevölkerung für die linke Partei, die eher Russland zugeneigt ist. Um die kulturell, politisch und wirtschaftlich sehr unterschiedlichen Regionen zu einer Nation zu vereinen, wird vor allem die Förderung der ukrainischen Sprache forciert. (vgl. Kappeler 2000: 260ff)

Ende der 90er Jahre ist die Ukraine weit weg von einem Rechtsstaat und einem demokratischen Nationalstaat. Im Vergleich zu anderen exsowjetischen Staaten konnte die Ukraine jedoch eine bedeutende Stabilität erreichen. (vgl. Kappeler 2000: 256ff) Diese Stabilität ist aber kritisch zu betrachten, da sie auf der starren Machtposition der Eliten und einer politischen Untätigkeit der Bevölkerung beruht. (vgl. Simon 2002: 17ff) Kutschma verlor die Mehrheit seiner Anhänger im Parlament, nachdem ein ukrainischer Geheimdienstmitarbeiter heimliche Ton-

bandmitschnitte Kutschmas veröffentlichte. Inhalt dieser Gespräche war die Anordnung von Wahlfälschung und die Ermordung eines politischen Gegners. Nach diesen Ereignissen kam es erstmals seit langem wieder zu Aufständen der Bevölkerung, die einen Rücktritt Kutschmas forderte. Da jedoch die Massenmedien unter dem Einfluss des Präsidenten blieben, konnte die Bewegung nicht auf das ganze Land übergreifen und den Präsidenten entmachten. (vgl. Simon 2002: 24ff) Generell war der Einfluss des Parlaments sowie der Opposition auf den Präsidenten sehr gering. Die Opposition wurde zusätzlich, wo es nur ging, an ihrer Arbeit gehindert. Durch Wahlfälschung wurde im Jahr 2004 versucht die Opposition an der Machtübernahme zu hindern. Dies führte zur Orangen Revolution. (vgl. Simon 2009: 13f)

Die Orange Revolution

Die Orange Revolution bezeichnet ein Ereignis in der Ukraine 2004, das wochenlang die internationalen Medien dominierte. Die Menschen demonstrierten friedlich gegen die mehr als offensichtliche Wahlfälschung bei der Präsidentschaftswahl. Das große ausländische Interesse an dieser Wahl lag auch daran, dass nicht nur der Präsident gewählt wurde, sondern faktisch auch die Orientierung der Ukraine in Richtung Russland oder Europa. Die Kandidaten waren auf der einen Seite der Favorit des Präsidenten Kutschmas, Viktor Janukowitsch und auf der anderen Seite Viktor Juschtschenko. Juschtschenko war seit 2002 an der Spitze des Oppositionsblocks „Unsere Ukraine“. Die Wahlkampfthemen waren vor allem der Kampf gegen Korruption, soziale Reformen sowie die politische Orientierung in Richtung der EU. Der Wahlkampf stellte sich alles andere als fair dar und Juschtschenko wurde an zahlreichen medialen Auftritten gehindert. Universitätsrektoren sollten Studenten exmatrikulieren, die für Juschtschenko stimmten. Auch Russland mischte sich in den Wahlkampf ein und propagierte Janukowitsch. Den ersten Wahlgang entschied Juschtschenko ganz knapp für sich. Beobachter der Wahl kritisierten dieses Ergebnis stark, denn es hätte unter anderem Mehrfachabstimmungen für Janukowitsch gegeben. Trotz allem kam es zu einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten. Dabei siegte Janukowitsch mit 49,46%, Juschtschenko erhielt 46,61%. Die Stimmen einer neuerlichen Wahlfälschung wurden immer lauter. Angeblich erhielt Janukowitsch in seiner Heimatstadt Donezk 100% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 96%. Russland

erkannte die Wahlergebnisse unmittelbar an. Europa, die USA sowie die OSZE äußerten starke Zweifel an den Ergebnissen. Juschtschenko forderte seine Wähler auf, für ihre Interessen friedlich einzutreten. Die Zivilbevölkerung folgte diesem Aufruf und die Demonstrationen erhielten umso mehr Zulauf, je länger sie dauerten. Tausende Menschen pilgerten nach Kiew um die Demonstranten zu unterstützen. Regen Zulauf gab es auch von öffentlicher Seite. Folgedessen bot der Bürgermeister von Kiew das Rathaus als Schlafplatz an. Die Demonstranten wiesen absolute Disziplin vor, sie zeigten offen ihre Abneigung gegen Gewalt und verhängten bei den Demonstrationen striktes Alkoholverbot. Ihre Geduld wurde belohnt. Ende des Jahres 2004 erklärte das Oberste Gericht der Ukraine die Wahlen für ungültig. Die Wahl wurde wiederholt und Juschtschenko gewann mit 51,99% der Stimmen. Zahlreiche internationale Wahlbeobachter kontrollierten die Neuwahlen vor Ort und bekundeten nur wenige Einsprüche. Die Wahl wurde auch international anerkannt. (vgl. Boeckh 2007b: 242ff)

Diese Revolution zeigt eine bedeutende Wende im gesellschaftlichen System der Ukraine. In der Sowjetunion wurde die Zivilbevölkerung kaum in die Politik mit einbezogen. 2004 scheint es, als hätte die ukrainische Bevölkerung ihr sowjetisches Erbe überwunden. Nun konnten sich neue Strukturen bilden und die Zukunft stand für Änderungen offen. Die Orange Revolution gilt als Grundstein der Demokratie in der Ukraine, eine Rückkehr zu einem autoritären System war nun nicht mehr möglich. Die damit geschaffenen demokratischen Institutionen funktionierten jedoch nicht so, wie sie sollten. Die Verfassung als wichtigste Basis einer Demokratie wurde 2004 abgeändert und die Machtaufteilung zwischen Exekutive und Legislative neu bestimmt. Eigentlich sollte eine Verfassung ein Land stabilisieren, doch in der Ukraine stellt die Verfassung einen Streit- und somit Instabilitätsfaktor dar. Das Problem war, dass die politische Elite im Zuge der Revolution nicht ausgetauscht wurde. Der Machtkampf blieb bestehen. Jeder versuchte die Verfassung in jene Richtung abzuändern, so dass ihm mehr Macht zugesprochen wird. Präsident Juschtschenko wollte mehr Einfluss für den Präsidenten, Ministerpräsidentin Timoschenko trat jedoch für eine Kanzlerdemokratie nach deutschem Vorbild ein. Doch die Ukraine mit Deutschland vergleichen zu wollen, scheint absurd. Anders als in Deutschland wurde die ukrainische Verfassung nie komplett von allen Parteien akzeptiert und

stellt ein fehlerhaftes, von Kompromissen geprägtes, Regelwerk dar. Somit fehlte hier eindeutig die leitende Aufgabe der Verfassung, die einen Rahmen darstellt und die einem Land die nötige Stabilität bietet. Die Verfassungsproblematik reiht sich somit in die lange Liste der politischen Krisen auf dem Weg zu einem demokratischen Staat ein. (vgl. Simon 2009: 15ff)

Die wichtigsten Änderungen der Verfassung im Dezember 2004 waren:

- *„Die Werchowna Rada [Parlament] muss innerhalb eines Monats nach den Wahlen eine parlamentarische Mehrheit bilden, sonst kann sie vom Präsidenten aufgelöst werden.*
- *Die parlamentarische Mehrheit bildet die Regierung. Sie bestätigt und entlässt nicht nur den Premierminister, sondern auch individuelle Minister.*
- *Die Legislaturperiode der Werchowna Rada wird von vier auf fünf Jahre verlängert. Sie wird vollständig auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts mit Parteilisten gewählt.“*

(Withmore 2006: 3)

2006 standen Parlamentswahlen an. Auf der einen Seite hatte sich das Lager der Orangen Revolution in fünf Blöcke aufgespaltet, auf der anderen Seite schloss sich die Opposition rund um Janukowitsch und die „Partei der Regionen“ zusammen. (vgl. Kuzio 2006: 9f) Die gesamte Situation sah für den amtierenden Präsidenten Juschtschenko nicht unbedingt rosig aus. Die Bevölkerung hatte nach der Revolution zu große Hoffnungen in ihn gesetzt, denen er nicht gerecht werden konnte. Dementsprechend schlecht ist die Meinung ihm gegenüber. Wie Umfragen zeigen, haben die Menschen mehr Vertrauen in Putin oder Lukaschenko, als in ihren eigenen Präsidenten Juschtschenko. (vgl. Lane 2006: 2ff) Von insgesamt 45 angetretenen Parteien schafften es fünf in das Parlament. Wie erwartet gewinnt die „Partei der Regionen“ bei einer Wahlbeteiligung von 67,7% mit 32,14% der Stimmen die Wahl. Auf dem zweiten Platz landet der Block Julia Timoschenko und Dritter wird die Juschtschenko-nahe Partei „Unsere Ukraine“. (vgl. Withmore 2006:2ff) Die Parteien „Unsere Ukraine“, „Der Block Timoschenko“ und die Sozialisten, die bei der Wahl den vierten Platz belegten, bildeten eine Regierungskoalition, die sogenannte orange Koalition. Julia Timoschenko wurde Ministerpräsidentin und das Amt des Parlamentspräsidenten sollte „Unsere Ukraine“ stellen. Somit sollte mit einer „Koalition der demokratischen Kräfte“ einem politisch westlich-orientiertem Kurs nichts mehr im Wege

stehen. Doch statt sich um die Regulierung und Führung des Landes zu kümmern, beschäftigte man sich lieber mit Streit um die Verteilung der politischen Ämter. (vgl. Hilkes 2006:10f) Da man sich nicht einigen konnte, bildeten die „Partei der Regionen“, die Sozialisten und die Kommunisten eine Anti-Krisen-Koalition, die im Parlament die Mehrheit besaß. Viktor Janukowitsch wurde neuer Ministerpräsident. „Unsere Ukraine“ akzeptierte die Legitimität der neuen Koalition. Es kam jedoch zu Protesten von Timoschenko. Sie drohte, Janukowitsch zur Auflösung des Parlaments zu zwingen. Tausende Anhänger protestierten erneut auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz. Sie fürchteten die demokratischen Errungenschaften der Orangen Revolution zu verlieren und forderten Neuwahlen. (vgl. Gebauer 2006: 11f) Dies zeigt eindeutig, dass die Ukraine auf ihrem steinigen Weg zur Demokratie bei weitem noch nicht am Ziel angelangt ist. Sogar die sich selbst dem demokratischen Lager zuschreibende Julia Timoschenko kann eine demokratische Entscheidung des Parlaments nicht akzeptieren. (vgl. Pleines 2006:2f)

Auch „Unsere Ukraine“ erklärte nach zahlreichen Koalitionsverhandlungen den Wechsel in die Opposition. Dies führte zu einem Machtkampf zwischen Präsident und Ministerpräsident, der sich, wie bereits erwähnt, hauptsächlich um die Entlassung von Personen oder die Besetzung von Ämtern drehte. Janukowitsch hatte dabei die bessere Startposition. Seine Koalitionspartner hatten zu viel zu verlieren und würden daher die Koalition nie gefährden. Somit hatte er mehr oder weniger freie Hand und konnte ohne weiteres seine Politik durchsetzen. Hinzu kam die Diskreditierung verbündeter Minister Juschtschenkos. Besonders schwerwiegend war die Entlassung des Außenministers Tarasjuk, da laut Verfassung die Bestellung des Außenministers dem Präsidenten obliegt und deren Entlassung durch den Ministerpräsidenten die Untergrabung der Macht Juschtschenkos darstellte. (vgl. Withmore 2007: 2ff) Dies führte zu einem weiteren großen Streitpunkt: die lückenhafte Verfassung aus dem Jahr 2004. Juschtschenko plädierte für die Rücknahme der Verfassungsreform, was wiederum dem Parlament schaden würde. Das Parlament verabschiedete einen Katalog mit 86 Änderungsvorschlägen, gegen den Juschtschenko beim Verfassungsgerichtshof klagte. (vgl. Pleines 2007a:7ff)

Julia Timoschenko hat sich im Angesicht dieser Streitigkeiten zurückgehalten und hoffte, bei Neuwahlen von dem politischen Machtkampf unter dem Motto „wenn sich zwei streiten, freut sich der dritte“ zu profitieren. Ihre einzige Aufgabe war es, der Popularität ihrer Partei nicht zu schaden. (vgl. Pleines 2007a:8)

Die innenpolitische Lage in der Ukraine glich einem Chaos. Der politische Machtkampf lähmte die Regulationsfähigkeit der Regierung. Jeder Vorschlag der anderen Partei wurde bereits im Ansatz blockiert und jeder versuchte sein Anliegen durchzusetzen, auch wenn es noch so banal war. Die politischen Streitigkeiten hatten die inhaltliche Ebene verlassen und wurden auf einer persönlich motivierten Ebene ausgetragen. Die Akkumulationsprozesse blieben in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs trotz der politischen Krisen vorerst stabil. (vgl. Pleines 2007a:7ff)

Bereits im April 2007 verkündete Juschtschenko die Auflösung des Parlaments und setzte eine Neuwahl fest. Die Begründung war, dass Mitglieder der Oppositionspartei in die Koalitionsparteien wechselten, was der ukrainischen Verfassung widerspricht. Die Regierung rief nun ebenfalls den Verfassungsgerichtshof auf, um die Auflösung und die Neuwahlen zu widerrufen. Schlussendlich konnte man sich auf Neuwahlen im Herbst einigen, unter zahlreichen Bedingungen wie die gemeinsame Verabschiedung einiger Gesetze. (vgl. Pleines 2007b:30)

Die abgehaltene Parlamentswahl 2007 wurde laut internationalen Wahlbeobachtern frei und fair durchgeführt. Weiters erkannten die großen Parteien die Wahlergebnisse umgehend an. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 62%, jedoch war dies im Angesicht der Politikverdrossenheit der Bevölkerung gar nicht so schlecht. Die Wahl gewann die Partei der Regionen mit 34,37%, vor dem Block Timoschenko (30,71%), weit abgeschlagen auf dem dritten Platz mit nur 14% lag „Unsere Ukraine“. (vgl. Pleines 2007c:57)

Noch im Jahr 2007 konnte man sich auf eine gemeinsame Koalition zwischen dem Block Timoschenko und „Unsere Ukraine“ einigen. Die wichtigsten Punkte des neuen Regierungs-

programms mit dem Namen „Ukrainischer Durchbruch“ waren der Staatshaushalt 2008, die Rückzahlung der Sparguthaben aus der UdSSR und der NATO-Beitritt. Aufgrund der Untätigkeit der Regierung in den letzten Jahren waren zahlreiche Probleme ungelöst geblieben und verlangten rasches politisches Handeln. Dieses Regierungsprogramm war aber weit davon entfernt, die Probleme in ihren Ansätzen zu lösen. Es stellte mehr ein Rahmenprogramm dar, von dem sich jedoch nur schwer konkrete politische Aktionen ableiten ließen. (vgl. Lange 2008a:2f) Auch wenn die Koalition Ende des Jahres 2007 noch einen optimistischen Blick in die Zukunft erlaubte, so wurde bald klar, dass auch diese Koalition zum Scheitern verurteilt war. Trotz aller Bemühungen konnte sich die Ukraine nur schwer von ihrem sowjetischen Erbe befreien. Die grundlegendsten demokratischen Institutionen, wie zum Beispiel eine Opposition, waren noch immer nicht in den Köpfen der Menschen verankert. Politik wird nach dem Prinzip „the winner takes it all“ praktiziert, auch wenn theoretisch die wichtigsten Institutionen bereits rechtlich festgeschrieben sind. (vgl. Lange 2008a:3 und Simon 2009:19ff) Grundsätzlich ist die Ukraine unter allen ehemaligen Sowjetrepubliken, mit Ausnahme der baltischen Staaten, was den demokratischen Fortschritt betrifft, am weitesten fortgeschritten. Demokratie kann nicht an einigen wenigen Faktoren fest gemacht werden, sondern muss als ein langer Lernprozess verstanden werden. Insofern ist die Ukraine am richtigen Weg. Es gibt faire Wahlen, politische Gegner werden nicht mit dem Leben bedroht und die Pressefreiheit konnte sich seit 2004, seit der Orangen Revolution erhalten. (vgl. Simon 2009:19ff)

Trotz allem demokratischen Fortschritt ist die Regierung im Grunde handlungsunfähig. Die wichtigsten politischen Regelungen, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, drehen sich um die Macht der verschiedenen Regierungsämter. Jeder will die Verfassung zu seinen Gunsten ändern. Das bestehende Gesetz wird nicht akzeptiert, sondern es wird versucht es solange zu ändern, bis das, was man tun will, legal ist. Die wirtschaftlichen Akkumulationsprozesse können jedoch einigermaßen stabil gehalten werden. Dies hat auf der einen Seite den Grund, dass zahlreiche Oligarchen und Wirtschaftsbosse großen Einfluss auf die Politik haben. Auf der anderen Seite sind die gestiegenen Stahlpreise für das enorme Wirtschaftswachstum in der Ukraine verantwortlich. Die Unfähigkeit der Regierung, regulierend einzugreifen, machte sich

vor allem in der weltweiten Wirtschaftskrise 2008 bemerkbar, welche die Ukraine beinahe in den Staatsbankrott führte.

1.3.2. Außenpolitik

Die geopolitische und -strategische Lage der Ukraine ist äußerst vorteilhaft. Sie verbindet Europa mit Asien und Nordeuropa mit dem Süden. Daher kann sie einen wichtigen Beitrag zur europäischen Sicherheit und Stabilität leisten. Bereits seit 1944, noch während der Zeit der Sowjetunion, hatte die Ukraine ihr eigenes Außenministerium, jedoch war dieses dem Moskauer Außenministerium unterstellt. Es hatte kaum Beziehungen zum „außersowjetischen Ausland“ und somit sehr wenig Eigenmacht. Die Ukraine hatte des Weiteren unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeitserklärung eine der mächtigsten Armeen der Welt. Das Land war die drittgrößte Nuklearmacht hinter den Vereinigten Staaten und Russland. Trotzdem fiel es der internationalen Staatengemeinschaft schwer, die Unabhängigkeit der einzelnen Sowjetrepubliken zu akzeptieren, auch wenn sie sie theoretisch anerkannt hatten. Als die Ukraine jedoch als erster Staat weltweit, freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen verzichtete, brachte ihr das große Anerkennung. Dies stellte einen wichtigen Beitrag für einen gemeinsamen europäischen Sicherheitsraum dar. (vgl. Movchan 2001: 71ff)

Eines der ersten Länder, die die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannten, war Polen. Polen war negativ gegenüber der Sowjetunion eingestellt und die Unabhängigkeit der Ukraine stellte einen wichtigen sicherheitspolitischen Faktor dar. Weiters lebt eine große ukrainische Minderheit in Polen und dies machte Polen zu einem bedeutenden außenpolitischen Verbündeten der Ukraine. Dasselbe gilt für Kanada, das ebenfalls eines der ersten Länder war, das die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannte. Die völlige Anerkennung der internationalen Staatengemeinschaft erfolgte jedoch erst Ende 1991, mit dem Rücktritt Michail Gorbatschows. (vgl. Movchan 2001: 71ff)

1991 gründeten Russland, die Ukraine und Weißrussland mit dem Minsker Abkommen die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die Ukraine war zur Zusammenarbeit mit den

ehemaligen Sowjetstaaten nur unter der Bedingung bereit, dass alle Staaten ihre Souveränität und ihre Unabhängigkeit bewahren. Seit ihrer Unabhängigkeit bemüht sich die Ukraine vor allem um diplomatische Beziehungen zu Westeuropa. 1997 war ein entscheidendes außenpolitisches Jahr für die Ukraine. Neben dem Grundlagenvertrag mit Russland, kam es auch zur Unterzeichnung der NATO-Ukraine Charta. Mit diesem Vertrag wurde die Ukraine zwar kein Mitglied der NATO, er räumt der Ukraine aber ein besonderes Vertrauensverhältnis gegenüber der NATO ein. Des Weiteren werden seither regelmäßig NATO-Übungen auf und über ukrainischem Boden abgehalten. (vgl. Movchan 2001: 72ff)

Das wichtigste außenpolitische Ziel der Ukraine ist eine europänahe Politik und eine Heranführung des Landes an die europäische Union. Seit 1994 gibt es bereits Kooperationsabkommen mit der EU und 1999 wurde die „Gemeinsame Strategie EU – Ukraine“ verabschiedet, die die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine verstärkte. Im Jahr 2000 wurde die Todesstrafe abgeschafft, womit eine wichtige europäische Forderung erfüllt wurde. Trotz der pro-westlichen Einstellung der Ukraine stellt auch Russland einen wichtigen Einflussfaktor dar. Die Ukraine ist besonders im Energiesektor von Russland abhängig. Auch wenn sich die ukrainisch-russischen Beziehungen weiterentwickelt haben, so bleiben doch gravierende Probleme bestehen, wie zum Beispiel die Staatsgrenzen im Asowschen Meer oder die Verteilung des ehemaligen sowjetischen Vermögens. (vgl. Movchan 2001: 73)

Eine Süd-Süd-Kooperation lässt sich mit der Zusammenarbeit mit Georgien, Aserbaidschan, Moldau und Usbekistan mit der GUUAM-Staatengruppe identifizieren. Deren Ziele sind eine Intensivierung der Handels- und Energiebeziehungen sowie die Stärkung der Sicherheit und Unabhängigkeit. (vgl. Movchan 2001: 73) Die Ukraine bemüht sich vor allem auch für die heimische Wirtschaft einen einfachen Zugang zu ausländischen Absatzmärkten zu schaffen, ganz im Sinne der dependenztheoretischen Strategien. (vgl. Malek 2007:8) Man versucht sich aus den Abhängigkeiten zu lösen und sich selbst als Industrieland auf dem internationalen Markt zu positionieren.

Allgemein verfolgte man in der Ukraine in den 90er Jahren eine aktive Außenpolitik. Man bemühte sich um diplomatische Beziehungen zu den europäischen Staaten sowie zu den USA. Auch die politische Zusammenarbeit mit Russland wurde verstärkt. Der ukrainische Außenminister Anatolij Slenko nannte im Jahr 2001 in Berlin die wichtigsten außenpolitischen Ziele. An erster Stelle steht die Mitgliedschaft in der EU, dahinter liegt die Kooperation mit Russland, der USA und Deutschland. (vgl. Movchan 2001: 71ff)

Im Jahr 2000 verschlechterten sich jedoch die außenpolitischen Beziehungen zu Europa und der USA wieder. Grund dafür war der schlechte Ruf der ukrainischen Politiker, korrupt zu sein. Die Ukraine galt als äußerst korruptes und kriminelles Land, indem Menschenhandel und CD-Piraterie an der Tagesordnung stand. Moskau verurteilte die prowestliche Politik der Ukraine und ihren angestrebten NATO-Beitritt, da man befürchtete den Einfluss auf die Ukraine zu verlieren. Präsident Kutschma war bemüht, den russischen Forderungen gerecht zu werden, was wiederum den Beziehungen zu Europa schadete. Erst mit der Orangen Revolution und dem Sieg des prowestlichen Juschtschenko verbesserten sich die Beziehungen zu Europa wieder. Russland aber gefiel dies gar nicht, hatte doch der Kreml bereits Janukowitsch als Wahlsieger anerkannt. Russland ließ die Ukraine daraufhin bitter dafür büßen. Die vom Kreml gelenkte Gazprom verfünffachte die Preise für Erdgas für die Ukraine. Da die Ukraine mit der Verteuerung nicht einverstanden war, drehte Russland Anfang 2006 den Gashahn zu. (vgl. Malek 2007: 8ff)

Exkurs: Gasstreit Russland-Ukraine

Die Ukraine ist, wie bereits mehrfach erwähnt, von Energielieferungen aus Russland abhängig. Eine Diversifikation ist nur sehr schwer möglich, da auch die asiatischen Gaspipelines auf russischem Boden verlaufen, und die von Russland kontrollierten Pipelinebetreiber einer Lieferung zustimmen müssen. Seit 1992 muss die Ukraine das Gas in US-Dollar bezahlen und der Preis wurde stetig angehoben. Bereits 1994 konnte die Ukraine die Gaslieferungen nicht mehr bezahlen, woraufhin die Liefermenge gekürzt wurde und es zu einer Energiekrise kam, in der zahlreiche Industriebetriebe ihre Produktion einstellen mussten. Umgekehrt jedoch besteht

auch eine Abhängigkeit Russlands von der Ukraine. Eine große Anzahl der Öl- und Gaspipelines, die Europa beliefern, verlaufen über ukrainisches Territorium. Dafür kann die Ukraine hohe Transitgebühren einheben und einen Engpass durch illegale Entnahmen abschwächen. Die hohen Gasschulden wurden mit Transitgebühren, Leasinggebühren für die russischen Militärbasen der Schwarzmeerflotte, sowie durch die Lieferung von Militärgütern (Kampfbomber) beglichen. Russland konnte seine Abhängigkeit jedoch durch den Bau weiterer Pipelines, die nicht durch die Ukraine verliefen, verringern. Ganz konnte sich Russland jedoch nicht durch den Bau der Ostsee-Erdgaspipeline von der Abhängigkeit lösen. Das Land konnte seine Lieferungen gegenüber den europäischen Kunden nicht mehr erfüllen und musste daher bei dem Lieferstopp 2006 einlenken. Bereits einige Tage später erreichte man einen Kompromiss. Der Gaspreis wurde „nur“ verdoppelt, anstatt verfünffacht. Die Durchführung der Lieferungen übernahm ein Schweizer Zwischenhändler, an dem die Gazprom und ukrainische Unternehmer zu gleichen Teilen beteiligt sind. Die russisch-ukrainische Beziehung blieb aber weiterhin angespannt und der Gaspreis erhöhte sich in den folgenden Jahren weiter, was erneut Konflikte mit sich brachte. Durch die innenpolitischen Krisen und die vorgezogenen Neuwahlen 2007, blieb kaum Zeit, sich um das Erdgasproblem und die steigenden Schulden zu kümmern. Dies führte erneut zu einem riesigen Schuldenberg, der nicht nur den Staatshaushalt erheblich belastete, sondern auch die Beziehung zu Russland. (vgl. Pleines 2008:7ff)

Auch im neuen Jahrtausend ist das Hauptziel der ukrainischen Außenpolitik europäische Integration. In diesem Punkt erhält die Ukraine vor allem Unterstützung von Polen und den baltischen Staaten. Besonders die Orange Revolution hat die europäischen Integrationsbestrebungen der Ukraine noch weiter verstärkt und der Ukraine internationale Anerkennung und Aufmerksamkeit entgegengebracht. Aber nicht nur der Vorstoß in Westeuropa ist für die Ukraine von Bedeutung, man möchte auch eine wirtschaftliche Führungsposition in Osteuropa einnehmen. Dazu wurde die Zusammenarbeit der GUUAM-Staaten forciert. Bei Russland und dem ihm nahestehenden Weißrussland stoßen die Bemühungen der Ukraine auf eine starke Ablehnung, man fürchtet Einfluss auf die Ukraine zu verlieren. Auch wenn die Ukraine im internationalen Raum immer mehr Anerkennung bekommt, bleibt die große Unterstützung der

westlichen Industriestaaten aus. Vor allem Europa ist von den Energielieferungen aus Russland abhängig und kein europäischer Staat will sich wegen der Ukraine mit Russland anlegen. Das ist auch der Grund dafür, dass die Ukraine trotz zahlreicher Versuche bis jetzt noch nicht Mitglied bei der NATO ist. Auch wenn die Ukraine seit dem Zerfall der Sowjetunion große demokratische Fortschritte gemacht hat und ihre Souveränität auch international unbestritten ist, so scheint es, als bliebe sie weiterhin ein Spielball Moskaus. Dies wird durch die innenpolitische Unfähigkeit, sich auf die Beine zu stellen, nur noch verstärkt. (vgl. Malek 2007: 7ff) Durch die Forcierung einer europäischen Integration könnte sich zwar die Abhängigkeit von Russland in gewissen Bereichen vermindern, doch bleibt die Befürchtung, dass sich die Ukraine in eine neuerliche Abhängigkeit stürzt. Schließlich ist sie noch weit von einem europäischen Niveau entfernt und trifft in der EU keinen gleichwertigen Partner, so wie es Galtung in seiner Self-Reliance Strategie fordert. (vgl. Galtung 1983:28f)

1.4. Soziale Entwicklung

In den 90er Jahren wurde die soziale Situation von der gesamtwirtschaftlichen Krise stark beeinflusst. Grundsätzlich erkannte die Politik die Notwendigkeit einer sozialen Unterstützung der Bevölkerung. Im Zuge dessen wurden 1992 die Renten angehoben sowie 1993 ein Gesetz zur Unterstützung Jugendlicher verabschiedet. Doch die Hyperinflation und die andauernde Krise machten es schwer, die Sozialleistungen auszubezahlen. (vgl. Klüsener 2006:3f) In weiterer Folge lässt sich in der Ukraine in den 90er Jahren eine starke Verarmung der Bevölkerung feststellen. Es entstand eine Zweiklassengesellschaft, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich stetig vergrößerte. 75% der Bevölkerung galten als „sehr arm“ und nur 1,5% als sehr reich. Aufgrund der hohen Inflation musste ein Großteil der Bevölkerung, um über die Runden zu kommen, Zweit- und Nebenjobs annehmen, viele davon in der Schattenwirtschaft. Dies wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass der reale Konsum 2,5-mal höher war, als die offiziell versteuerten Einkommen. (vgl. Ott 1996:1ff)

Rentner sowie alte und kranke Menschen trafen die hohe Inflation und die niedrigen Sozialleistungen meist besonders hart, da sie keine Möglichkeit hatten einem Nebenjob nachzugehen.

Seit 1996 versuchte man die Sozialleistungen zu erhöhen, auch wenn das anfangs noch nicht gelang, da die Wirtschaftskrise ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht hatte. (vgl. Ott 1996:2f) Ab dem Jahr 2000 und dem einsetzenden Wirtschaftsaufschwung stiegen auch die Sozialleistungen an und die soziale Lage hat sich durchaus entspannt. Die Renten wurden erhöht und Armut tritt nun bei Rentnern seltener auf als bei anderen sozialen Gruppen. Durch den Bevölkerungsrückgang und das frühe Pensionsantrittsalter stellt jedoch der ukrainische Rentenfond ein großes fiskalpolitisches Problem dar. (vgl. Klüsener 2006:3f)

Besonders von Armut betroffen sind Teenager und junge Familien mit Kindern. Die Ursachen liegen vor allem in den schlechten Arbeitsmarktchancen für junge Menschen. Hier hat die Politik in den letzten Jahren einiges unternommen und die Beihilfen erhöht. Unter anderem gibt es staatliche finanzielle Beihilfen für Arbeitgeber, die junge Menschen mit Lehr- oder Hochschulabschluss einstellen. (vgl. Klüsener 2006:4)

Zusammenfassend kann man sagen, dass sich die Sozialleistungen in den letzten Jahren deutlich gebessert haben. 2005 betrug der Anteil der staatlichen Transferleistungen am Einkommen ukrainischer Haushalte in etwa 30%. Die wichtigsten sozialen Leistungen sind Renten sowie Unterstützungsfonds für Arbeitslose, Behinderte, Tschernobyl-opfer etc. Des Weiteren sind der Zugang zu Wohnungen und Heizmittel subventioniert. Negativ zu bewerten ist die fehlende staatliche Krankenversicherung. Zwar ist gesetzlich verankert, dass jeder Bürger ein Recht auf eine kostenlose staatliche Gesundheitsversorgung hat – ein Überbleibsel aus der Sowjetunion – jedoch kann der finanziell angeschlagene Staat dieser Verordnung nicht nachkommen und Verbandsmaterial, Medikamente etc. müssen selbst bezahlt werden. Ein weiterer Kritikpunkt am ukrainischen Sozialsystem ist, dass es sich kaum an der Bedürftigkeit der Empfänger orientiert. (vgl. Klüsener 2006:2ff)

Ein weiteres großes Problem der Ukraine ist die demographische Situation. Hatte die Ukraine 1993 noch 52,2 Millionen Einwohner, so liegt die Einwohnerzahl 2008 bei 46,3 Millionen, bei konstanter Lebenserwartung. (vgl. WB 2011a) Dies ist vor allem auf die niedrige Geburten-

rate zurückzuführen. Vielen Familien sind Kinder entweder zu teuer oder die Perspektiven zu schlecht, um Kinder in die Welt zu setzen. Außerdem haben viele Ukrainer bereits das Land verlassen oder haben es vor. (vgl. Ott 1996: 3f)

Die Ukraine wird von der internationalen Gemeinschaft oft als Hochburg der Korruption angesehen. Doch muss man diese Tatsache etwas differenzierter betrachten. Nicht alles was nach Korruption aussieht, ist auch eine. Hier kommt der Begriff „de facto Privatisierung“ ins Spiel. Die Unfähigkeit der ukrainischen Regierung ihre Rolle als Regulator einzunehmen, muss - wie auch schon während der Sowjetzeit – über soziale Netzwerke kompensiert werden. Diese Netzwerke entstehen entweder durch den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses oder eben durch „kleine Aufmerksamkeiten“ wie Geld oder aber auch Pralinen und ähnliches. Dieses Phänomen lässt sich vorwiegend im staatlichen Gesundheits- sowie im Bildungssektor ausmachen, da die Dienstleistungen dieser Sektoren laut Gesetz für die Ukrainer eigentlich kostenlos sind. Die Löhne in diesen Sektoren zählen jedoch zu den niedrigsten und reichen meist kaum zum Leben. Die Form dieser „Unterstützungsleistungen“ kann unterschiedlich sein, manche nennen den Preis für ihre Dienstleistungen, andere wiederum erwarten zwar eine Zahlung, stellen aber keine Forderung. Da der Staat es nicht schafft, für seine Angestellten angemessene Arbeitsbedingungen sicherzustellen, übernimmt dies die Bevölkerung für sich selbst. Ärzte, Lehrer, Beamten etc. beziehen also einen Großteil ihres Lebensunterhaltes von privaten Personen. Somit kann man de facto eine Privatisierung von de jure staatlichen Sektoren identifizieren. Es kommt hier zu einer Vermischung von kapitalistischen mit sozialistischen Produktionsformen. (vgl. Polese 2006: 2ff)

2. Weißrussland

Weißrussland hat eine Fläche von 207.600 km². Es grenzt an Lettland, Litauen, Polen, Russland und die Ukraine. Weißrussland befindet sich in der kontinentalen sowie ozeanischen Klimazone. Die Winter sind kalt, die Sommer heiß und feucht. Die Einwohnerzahl beträgt zirka 9,5 Millionen. Das Bevölkerungswachstum sinkt. 75% der Menschen leben in Städten. 36% der Weißrussen sprechen Weißrussisch, 63% sprechen hingegen Russisch. (vgl. CIA 2011b)



Abb. 3: Landkarte Weißrussland

2.1. Kulturelle Entwicklung

Auch Weißrussland war, wie die Ukraine vor 1991, immer in andere Staaten eingegliedert und nie ein unabhängiger Staat. Die weißrussische Kultur ist bei weitem nicht so ausgeprägt wie in anderen Sowjetrepubliken. Es gab nie eine starke Unabhängigkeitsbewegung und keinen übertriebenen Nationalismus, um für einen souveränen Staat zu kämpfen. Weißrussland ist daher mehr oder weniger in seine Unabhängigkeit gestolpert. Weißrussland war die letzte Sowjetrepublik, die ihre Unabhängigkeit erlangte. Die Unabhängigkeit fiel Weißrussland am 27. Juli 1990 als Folge der Unabhängigkeitserklärungen der anderen Staaten sozusagen in die Hände. Trotz der anfänglichen Bemühungen die weißrussische Sprache zu fördern, blieb russisch Amtssprache. Die Unterrichtssprache an Schulen ist russisch, weißrussisch wird als Nebenfach unterrichtet. Generell war das Nationalbewusstsein nach dem Niedergang der SU nicht sehr ausgeprägt. (vgl. Farthofer 2006: 21ff) 1991 stimmten noch 83% der weißrussischen Bevölkerung für den Erhalt der Sowjetunion. (vgl. Fedor 1995) Erst in jüngster Zeit hat sich unter der jungen Bevölkerung Weißrusslands eine weißrussische Identität und Kultur verbreitet. Die unter dem russischen Einfluss verloren gegangene Kultur musste erst wieder neu entdeckt werden. (vgl. Spharaga 2008: 35ff)

Das Fehlen einer eigenen starken nationalen Identität ermöglichte wahrscheinlich erst, dass

Lukaschenko sich so lange an der Macht halten konnte. Er gibt seinem „Volk“ den Handlungsspielraum vor, in dem es sich bewegen kann. Eine Demokratie kann jedoch nur dann funktionieren, wenn eine starke Nation hinter ihr steht. Da diese Nation, beziehungsweise das Nationalbewusstsein so gut wie nicht vorhanden war und durch das autoritäre Regime Lukaschenkos auch nicht wirklich entstehen konnte, konnten sich auch kaum demokratische Strukturen entwickeln. Die autoritäre Politik Lukaschenkos ersetzt das fehlende Nationalbewusstsein, das dem Staat Stärke verleiht. (vgl. Simon 2002: 13) Er schafft es, durch die Beeinflussung der Medien, Ruhe und Stabilität im Land zu erhalten. Unruhestifter, wie zum Beispiel Oppositionelle, oder auch Menschen, die ihre eigene Kultur frei ausleben wollen und die sich in einem anderen Handlungsspielraum als Lukaschenkos bewegen, werden als Staatsfeinde dargestellt, die den Untergang Weißrusslands herbeiführen wollen. Aber auch die EU oder die USA werden als kapitalistische Gefahr verkauft, in denen die Elite nach Macht und Geld strebt und der einfache Mensch nichts mehr wert ist. Man muss sich von ihnen abschotten, um nicht von derselben Ideologie „angesteckt“ zu werden. Es werden sowjetische Ideologien verbreitet, in denen sich der einfache Mensch für das Kollektiv opfern soll. Die Repressionen sind Zwangsmaßnahmen um das Fortbestehen des Staates zu sichern und den Staat vor feindlichen Übergriffen und Gefahren zu schützen. (vgl. Spharaga 2008: 38f)

Man will die Bevölkerung entpolitisieren um das Entstehen einer Opposition vollständig zu unterdrücken. Dazu versucht man die weißrussische Bevölkerung komplett von der „Außenwelt“ zu isolieren. Im Vergleich zu Sowjetzeiten ist dies jedoch nicht mehr möglich. 30% der Bevölkerung sind unerschütterliche Gegner Lukaschenkos und seiner Politik. Die Menschen streben nach Freiheit, sie entdecken die weißrussische Kultur, ihre Sprache, wollen sie frei ausleben und sich nicht der repressiven Politik Lukaschenkos unterwerfen. Die älteren Menschen jedoch schätzen die Stabilität des Regimes und wollen keine Veränderung. So kommt es, dass Lukaschenko noch immer zahlreiche Befürworter hat und viele seine Politik gutheißen. Doch die jungen Menschen geben sich mit der Stabilität im Land nicht zufrieden. Sie sind es auch, die sich durch das Internet nicht mehr so leicht vom Ausland isolieren lassen. Wissen ist Macht, heißt es. Die weißrussische Jugend weiß, dass es auch ein anderes Leben

gibt, in dem man sich frei bewegen kann und einen größeren Handlungsrahmen zur Verfügung hat. Sie ist nicht mehr so leicht zu beeinflussen. Diese Macht nützt sie aus, um sich gegen das Regime aufzulehnen. So kam es in den letzten Jahren vermehrt zu Demonstrationen. Lukaschenko kann sich nur mehr durch immer strengere Gesetze und einen immer brutaleren Sicherheitsapparat an der Macht halten. Dadurch wird die Freiheit der Menschen noch mehr eingeschränkt und es werden sich vermutlich immer mehr Menschen gegen ihn auflehnen. (vgl. Spharaga 2008: 40ff)

In Weißrussland kommt es sozusagen zu einer „Überregulation“, die auch die Freiheit des einzelnen Menschen reguliert. Zwar kann damit eine gewisse Stabilität im Land erhalten bleiben, dies ist jedoch zum Nachteil der Bevölkerung. Die Stabilität trägt, denn unter der Oberfläche brodelt es. Die Menschen werden sich über kurz oder lang gegen Lukaschenko und seinen autoritären Machtapparat auflehnen. In Weißrussland gibt es ein Sprichwort: „Je sauberer die Straßen, desto schmutziger der Staat“. In Minsk sind die Straßen sauber.

2.2. Wirtschaftliche Entwicklung

2.2.1. Binnenwirtschaft

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die wirtschaftliche Ausgangslage für Weißrussland gut. Die Industrie war moderner als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, da sie durch die starke Zerstörung während des Zweiten Weltkrieges in den 60er Jahren neu aufgebaut wurde. Auch die Zahlungsfähigkeit des Landes war gegeben, da Russland sämtliche Auslandsschulden Weißrusslands in der Höhe von 3,4 Mrd. USD übernahm. Dafür verzichtete das Land jedoch auf seinen Anteil am ausländischen Vermögen der Sowjetunion und verpflichtete sich keine Transitgebühren für russische Exporte zu verlangen. Wie auch die Ukraine litt Weißrussland an den industriellen Strukturen der UdSSR. Große Betriebe, die dafür ausgelegt waren, fast die ganze Sowjetunion zu versorgen, waren nun unterausgelastet, da die Absatzmärkte wegfielen. Weißrussland hatte eine besonders starke Rüstungsindustrie, die jedoch nach 1990 ihre Notwendigkeit und somit ihre Absatzmärkte fast zur Gänze verlor. Des Weiteren ver-

fügt Weißrussland über geringe Rohstoffvorkommen und ist von russischen Energieimporten abhängig, welche nach dem Zerfall der Sowjetunion um ein Vielfaches teurer wurden. (vgl. Holtbrügge 2002: 72ff)

Bedingt durch die Einstellung der Bevölkerung, die eigentlich keine Veränderung wollte und für einen Anschluss an Russland eintrat, war der Reformwille dementsprechend niedrig. Mit der Wahl Lukaschenkos war zwar kurzfristig eine Politik in Richtung Marktwirtschaft erkennbar, jedoch dauerte diese Phase nicht lange an und die Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte wurden gestoppt und teilweise zurückgenommen. Es kam zu einer starken Regulierung der gesamtwirtschaftlichen Prozesse sowie zu einer inflationsfördernden Finanzpolitik. (vgl. Holtbrügge 2002:75f)

Lukaschenko strebte eine Resowjetisierung und Sozialisierung der weißrussischen Wirtschaft an. Es wurde zwar 1993 ein „Gesetz über die Privatisierung“ erlassen, welches aber zum Großteil nie umgesetzt wurde. Seit 1996 werden so gut wie keine Privatisierungen mehr durchgeführt. Neugründungen von Privatunternehmen werden durch eine komplizierte Bürokratie und willkürliche administrative Systeme stark eingeschränkt. Weißrussland weist daher auch einen äußerst geringen Anteil des Privatsektors am BIP auf. Des Weiteren sicherte sich die Regierung mit der Einführung der „Goldenen Aktie“ den Einfluss auf sämtliche wichtige Entscheidungen in Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. (vgl. Holtbrügge 2002:79f)

Auch die weißrussische Nationalbank (NBRB) wurde 1997 unter die Kontrolle Lukaschenkos gebracht. Da sich die Nationalbankpräsidenten immer wieder gegen die Finanzpolitik Lukaschenkos äußerten, wurden sie in regelmäßigen Abständen ausgetauscht und Lukaschenko brachte die NBRB mit einem Dekret formal unter seinen Einfluss. (vgl. Farthofer 2006: 43f)

Aber nicht nur die NBRB und staatliche Unternehmen, sondern auch einige private Firmen konnte Lukaschenko mit seiner Politik des „Rent-Seeking“ unter seine Kontrolle bringen. Lukaschenko gewährt Firmen Vergünstigungen in dem sonst so starren System aus Verboten und

Regulierung. Als Bedingung gilt jedoch, dass sie Lukaschenkos Direktiven Folge leisten. Somit steht die weißrussische Wirtschaft praktisch gänzlich unter der Kontrolle Lukaschenkos. Er ist in der Lage „sein Land“ in allen Bereichen zu leiten und zu regulieren. Wirtschaftlich betrachtet bedeutet dies eine große Stabilität für Weißrussland. (vgl. Farthofer 2006:43f)

Ist in Weißrussland die Wirtschaftsleistung gemessen am BIP in den ersten Jahren der Unabhängigkeit gefallen, so verzeichnet man seit 1996 wieder ein leichtes Wirtschaftswachstum. 1994 betrug die Inflationsrate 1.945%, konnte aber in den Folgejahren drastisch gesenkt werden. (vgl. WB 2011b) Im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken war der wirtschaftliche Einbruch nach 1991 bei weitem nicht so drastisch. Grund dafür ist mitunter der äußerst langsame Transformationsprozess.

Es muss jedoch angemerkt werden, dass die offiziellen Zahlen, die das Staatskomitee für Statistik der Republik Weißrussland abliefern, kritisch betrachtet werden müssen. Zahlreiche Widersprüche lassen Zweifel an den vorgegebenen Zahlen entstehen. So übersteigt der Anstieg der Handelsumsätze den Anstieg des verfügbaren Geldeinkommens bei nur leichtem Anstieg der Konsumquote. Die Wachstumsraten sind aber vor allem den starken staatlichen Subventionen zuzuschreiben. Für die Landwirtschaft und für den Wohnungsbau werden Kredite zu einem Zinssatz vergeben, der unter der Inflationsrate liegt, um die Nahrungsmittelpreise niedrig zu halten und jungen Familien Wohnungen zur Verfügung stellen zu können. Diese billigen Kredite trieben jedoch die Inflation in die Höhe. Lag die Inflationsrate 1996 bei 54%, so erreichte sie 2000 einen Wert von 317%. Durch staatliche Preisfixierungen wurde die Inflation jedoch im Jahr 2001 wieder auf 80% gesenkt. Bis zum Jahr 2007 sank die Inflation auf 10%. Das BIP stieg von 2001 bis 2007 um das fünffache an. (vgl. Holtbrügge 2002: 76ff und WB 2011b) Besonders wichtig für den wirtschaftlichen Erfolg Weißrusslands im neuen Jahrtausend ist und bleibt Russland. Des Weiteren gelang es Lukaschenko die Binnennachfrage zu stärken und die Arbeitslosenquote stark zu senken. (vgl. Konicz 2006) Außerdem stiegen die Reallöhne kontinuierlich an. Dies alles ermöglichte den steten Wirtschaftsaufschwung Weißrusslands seit 2000. (vgl. Albrecht et. al 2007: 515)

Seit 1996 wurden in Weißrussland sechs freie Wirtschaftszonen eingerichtet. Diese zeichnen sich durch bessere wirtschaftliche Bedingungen als im restlichen Weißrussland aus. Manche Zonen sind komplett zollfreie Gebiete, andere wiederum haben niedrigere Zölle. Des Weiteren wurden in diesen Gebieten die Gewinnsteuer sowie die Mehrwertsteuer reduziert. Mit den Freihandelszonen sollen in- und ausländische Investoren angelockt und dadurch Produktivitätsfortschritte erzielt werden. (vgl. Knubben 2004: 84f)

- Agrarsektor

Für die Sowjetunion war Weißrussland wegen seiner qualitativ minderwertigen Erde nur wenig für die Landwirtschaft geeignet und bekam deshalb hohe Subventionen. Nach dem Ende der Sowjetunion strebte Weißrussland dann Agrarreformen hin zu einem freien Agrarmarkt an. Diese Bestrebungen wurden jedoch bald gestoppt. Die großen Betriebe blieben staatliches Eigentum. Weißrussland bewegte sich in Richtung einer Planwirtschaft. Es gab staatlich vorgegebene Produktionsziele sowie Lohn- und Preisregulierungen. Der wichtigste Punkt war und ist aber die staatliche Subventionierung der Landwirtschaft. Mehr als 9% des gesamten staatlichen Budgets werden für die Agrarsubventionen aufgewendet. (vgl. Grueninger 2009: 23) Hinzu kommen noch ca. 20 staatliche Programme, unter anderem das Staatliche Programm für die Revitalisierung und Entwicklung ländlicher Regionen für 2005-2010, „whose overall objective is to establish a sound agrarian economy that will ensure food security of the country and better livelihoods for rural households” (Grueninger 2009:23) Diese Vorgehensweise lässt sich als Self-Reliance Strategie identifizieren, bei der versucht wird, die Versorgung mit Lebensmitteln aus dem eigenen Land sicherzustellen, um so Abhängigkeiten von anderen Ländern zu vermeiden.

Trotz der zweitrangigen Bedeutung der weißrussischen Landwirtschaft innerhalb der Sowjetunion spielt diese immer noch eine wichtige Rolle für Weißrussland, auch wenn der Anteil am BIP seit 1995 von 17% auf 9% 2008 gefallen ist. Der gesamte Landwirtschaftliche Output ist in den 90er Jahren um 35% gefallen, erholte sich aber im neuen Jahrtausend rasch und der Level von 1990 war bald erreicht. Besonders seit 2004 stieg die Wertschöpfung im landwirtschaftlichen Bereich stark an. Dies ergibt sich durch eine Produktivitätssteigerung der Betriebe.

be sowie eine gestiegene Binnennachfrage. (vgl. Grueninger 2009: 5) Vor allem aber ergibt sich das Wachstum im landwirtschaftlichen Bereich durch die hohen Subventionen. Fast das gesamte Wachstum musste von der restlichen Wirtschaft getragen werden. Durch die hohen Subventionen sind auch zahlreiche Betriebe äußerst ineffizient. Fast die Hälfte der im Inland produzierten Güter ist für den Export bestimmt. Man versucht zwar die Lebensmittelproduktion im Inland zu steigern, um eine Binnenversorgung gewährleisten zu können, auf der anderen Seite sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse fast ausschließlich für den Export bestimmt. Andere Lebensmittel müssen erst recht wieder importiert werden, womit man sich erneut von anderen Staaten abhängig macht. Somit wird der löbliche Versuch einer Self-Reliance Strategie zu Nichte gemacht.

Dabei ergibt sich noch ein zweites Problem. Die Agrarsubvention wird somit zu einer Exportsubvention und die Betriebe sehen keine Notwendigkeit in die Modernisierung ihrer Betriebe zu investieren und ihre Produktion effizienter zu gestalten. Generell hat sich die Gesamtwirtschaft im Vergleich zur Landwirtschaft jedoch besser entwickelt. Da fast die Hälfte der erzeugten Produkte exportiert wird, muss ein noch größerer Teil an landwirtschaftlichen Gütern wieder importiert werden, was Weißrussland zu einem Nettoimporteure für Agrarprodukte macht. (vgl. Grueninger 2009:41) Die Self-Reliance Strategie ist somit gescheitert, die Abhängigkeiten bleiben bestehen.

Im Bereich des Agrarsektors kommt es zu einer extensiven Akkumulation. Es wird nicht versucht die Strukturen zu verbessern. Es kommt zu keiner Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse. Gleichzeitig werden immer mehr Ressourcen in Form von Subventionen, also Geld, eingesetzt um die Produktion zu steigern. Man versucht die Absatzmärkte durch Exporte zu erweitern. Dadurch kann das eigene Land nicht mehr versorgt werden und die exportierten Waren müssen wieder importiert werden. Somit bleibt das Akkumulationsregime extern bestimmt. (vgl. Becker 2001: 57 und Grueninger 2009:41)

Die landwirtschaftliche Produktion wird zusätzlich durch die nukleare Katastrophe in Tschernobyl beeinflusst.

nobl 1986 beeinflusst. Gemäß deutscher Grenzwerte wären eigentlich 20% der gesamten Landesfläche für die Landwirtschaft unbrauchbar. In Weißrussland hat man jedoch nur 270.000 ha Land, das entspricht ungefähr 1,3% der Landesfläche, für die landwirtschaftliche Nutzung gesperrt. (vgl. Holtbrügge 2002:96)

- Industrie

Zu Zeiten der Sowjetunion war Weißrussland ein bedeutender Standort für Maschinenbau. Die Produktionsbetriebe waren bekannt für ihre hoch technologisierte und moderne Ausstattung. (vgl. Knubben 2004: 87) Man produzierte vor allem für die sowjetische Armee. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR brach auch die Nachfrage nach Rüstungserzeugnissen zusammen und lag fast bei null, was der gesamten weißrussischen Industrie beträchtlich schadete. (vgl. Farthofer 2006:41) Da man die Rüstungsindustrie nicht aufgeben wollte, versuchte man nun, neue Absatzmärkte im Ausland für Rüstungserzeugnisse zu finden. Dies gelang jedoch kaum und die Rüstungsindustrie musste stark subventioniert werden, um überhaupt überleben zu können. (vgl. Holtbrügge 2002: 74) Hier zeichnet sich, wie bei der Agrarwirtschaft, eine extensive Akkumulation ab. Es muss immer mehr Geld investiert werden, um denselben Output zu erreichen. Es wird kein Wert auf eine Modernisierung der Produktionsstrukturen gelegt.

Auch die ehemaligen Strukturen der Sowjetunion machten Weißrussland zu schaffen. Die weißrussische Industrie bestand vorwiegend aus Großbetrieben. Als die Absatzmärkte mit dem Niedergang der UdSSR versiegt, sank die Auslastung in vielen Betrieben auf unter 30%. Das Produktionsvolumen sank von 1995 auf 2000 um mehr als 90%. Mit dem Wirtschaftsaufschwung erholte sich die Wirtschaft wieder und 2008 hatte das Produktionsvolumen das Niveau von 1995 wieder erreicht. Der wichtigste Industriezweig ist noch immer der Maschinenbau. (vgl. BelStat o.J.)

Die Industrie stellt den wichtigsten Sektor in der weißrussischen Wirtschaft dar. 1991 betrug der Anteil der Industrie am BIP knapp 50%. Nach kleineren Einbrüchen in den Jahren 1994 und 2002 beträgt der Anteil am BIP 2008 44%. (vgl. WB 2011b)

- Finanzmarkt

In den ersten Jahren der Unabhängigkeit brachten die langsam einsetzenden Reformen in Weißrussland eine Privatisierung des Bankensektors mit sich, und Mitte der 90er Jahre waren fast die Hälfte der Aktiva der weißrussischen Banken in privater Hand. Mit der Machtübernahme Lukaschenkos wurden aber einige Privatisierungen wieder rückgängig gemacht, und mit der Regel der goldenen Aktie hatte die Politik auch Einfluss auf private Banken. Im Jahr 2000 waren zweidrittel der Aktiva wieder in staatlicher Hand. Die fünf größten Banken Weißrusslands sind in staatlicher Hand und sind ausdrücklich Non-Profit Organisationen mit einer sozialen Verpflichtung für die Entwicklung des Landes. Die Gesamtanzahl der Banken ist in den Jahren 2000 bis 2006 von 31 auf 30 beinahe stabil geblieben, jedoch hat sich der Anteil an ausländischen Banken fast verfünffacht und beträgt 2006 mehr als 50%. (vgl. Barisitz 2009: 221)

Aufgrund des Mangels an Bargeld Anfang des Jahres 1992 gab man für bestimmte Produkte Bezugsscheine aus. Bereits ein halbes Jahr später druckte die belarussische Nationalbank eigenes Geld (weißrussische Rubel BYR), das aber nur als Parallelwährung zum russischen Rubel dienen sollte. Der BYR verlor aber rasch gegenüber dem Rubel und Weißrussland strebte eine gemeinsame Währungsunion mit Russland an. Ein Vertrag über eine Währungsunion wurde zwar 1994, unterzeichnet jedoch von Russland nie ratifiziert. Daher wurde mit den GUS-Staaten eine gemeinsame Zahlungsunion durchgesetzt, die einen vereinfachten Zahlungsverkehr innerhalb der Staaten regelt. Im Zuge dessen wurde der BYR als einzige Währung in Weißrussland eingesetzt. (vgl. Holtbrügge 2002: 80ff)

Mit der Krise 1998 und der Abwertung des russischen Rubels brach der weißrussische Export nach Russland dramatisch ein. Außerdem blieb die wirtschaftliche Unterstützung Russlands aus, was den BYR enorm unter Druck brachte. Trotz einer sofortigen Abwertung des BYR und einer erhöhten Regulation des Marktes erreichte die Inflation einen Wert von 317%. Drei große Banken waren beinahe bankrott und konnten nur durch eine umfassende Sanierung und Rekapitalisierung gerettet werden. Mit einem neuen Bankengesetz 2000 wurde der Finanzmarkt noch stär-

ker reguliert. Durch noch stärkere Preiskontrollen und einer gestiegenen Geldnachfrage konnte die Inflation im Jahr 2007 auf 12% gesenkt werden. (vgl. Barisitz 2009: 223 und WB 2011b)

Seit 2004 ist Weißrussland wie auch die Ukraine und andere GUS-Staaten, von einem Kreditboom betroffen. Das Kreditvolumen ist von 15% des BIPs 2003 auf 25% im Jahr 2006 angestiegen. Vor allem Konsumentenkredite nahmen stark zu. Dies war bedingt durch einen starken Anstieg der Löhne, eine generelle makroökonomische Stabilisierung, sowie ein erhöhtes Vertrauen der Bevölkerung in die Banken. Im Jahr 2006 wurde die Regelung der „Goldenen Aktie“ für Kreditinstitute aufgehoben, um private sowie ausländische Investoren anzulocken. (vgl. Barisitz 2009: 227f)

Auf dem weißrussischen Finanzmarkt wird die Vermischung der kapitalistischen Produktionsweise mit der sozialistischen deutlich. Lukaschenko hat zu Beginn seiner Machtübernahme sämtliche Reformen hin zu einer freien Marktwirtschaft rückgängig gemacht und sicherte sich den Einfluss auf private Banken. Die staatlichen Banken wurden ganz im Sinne des Sozialismus in den Dienst der Bevölkerung gestellt. Da der Zugang zum Kapitalmarkt entscheidend für den Akkumulationsprozess und somit für das Wirtschaftswachstum ist und der Zugang zu Krediten und damit zu den wichtigsten Restriktionen gegeben sein sollte, öffnete Lukaschenko den Bankensektor. Er versuchte Investoren anzulocken, was ihm auch gelang. Dies ist ein entscheidendes Ereignis, da sämtliche wirtschaftliche Bereiche des Landes unter dem Einfluss Lukaschenkos standen. Mit der Öffnung des Bankensektors hat Lukaschenko seit langer Zeit auf Einfluss verzichtet.

- Arbeitsmarkt

Der weißrussische Arbeitsmarkt ist von einer offiziell sehr niedrigen Arbeitslosenquote gekennzeichnet, da das Ziel der Vollbeschäftigung eines der Wichtigsten der weißrussischen Wirtschaftspolitik ist. Dies resultiert vor allem aus der sozialistischen Politik Lukaschenkos, die stark regulierend in den Arbeitsmarkt eingreift. (vgl. Knubben 2004: 78) So hat Lukaschenko 1997 bestimmt, dass eine Arbeitslosenzahl von über 130.000 Personen „unzulässig“ sei.

(vgl. Holtbrügge 2002: 80) Die offizielle Arbeitslosenquote war seit 2005 nie höher als 3,1% und ist seit 2004 stark im Sinken begriffen. (siehe Tabelle 3) (vgl. BelStat o.J.) Die inoffizielle Arbeitslosenquote dürfte aber um ein Vielfaches höher sein, da es sich für viele nicht lohnt, die Arbeitslosenunterstützung zu beantragen. Sie beträgt weniger als 10 USD pro Monat.

Angaben in %	1995	2000	2002	2003	2004	2006	2008
Offizielle Arbeitslosenrate	2.9	2.1	2.9	3.1	1.9	1.1	0.8

Tab. 2: Arbeitslosigkeit in Weißrussland 1995-2008 (BelStat o.J.)

Die Arbeitsmarktsituation in Weißrussland wird positiv vom Bevölkerungsrückgang beeinflusst. So nimmt die Gesamtzahl der Beschäftigten ab. Vor allem in der Industrie sinkt die Beschäftigtenzahl, wobei sie in anderen Bereichen noch im Steigen begriffen ist. (vgl. Knubben 2004:78f) Die meisten Beschäftigten finden sich in der Industrie (27%), dahinter folgt der Handel sowie die Landwirtschaft. Wichtige Arbeitgeber sind weiters das Baugewerbe sowie der Bildungssektor. In etwa die Hälfte der Erwerbstätigen sind bei staatlichen Betrieben angestellt, wobei der Anteil im Privatsektor leicht aber stetig ansteigt. (vgl. BelStat o.J.)

Die Qualifikation der weißrussischen Bevölkerung ist relativ hoch. 20% der Erwerbsbevölkerung haben eine Hochschulausbildung, 23% eine mittlere Fachausbildung, 50% eine mittlere Ausbildung und der Rest hat einen Hauptschulabschluss. (vgl. Knubben 2004:80f) Die starken Eingriffe der weißrussischen Politik in den Arbeitsmarkt machen es Hochschulabsolventen jedoch nicht einfach. Sie bekommen vom Staat einen Arbeitsplatz zugeteilt, den sie für mindestens zwei Jahre ausüben müssen. Erst dann können sie ihren Arbeitsplatz frei wählen. (vgl. Holtbrügge 2002: 80)

Am weißrussischen Arbeitsmarkt herrscht eine Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Benötigt würden vor allem niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, etwa 40% der gesamten arbeitssuchenden Bevölkerung sind jedoch Hochschulabsolventen. Vor allem am Land werden Arbeiter gesucht. Betroffen von Langzeitarbeitslosigkeit sind großteils Frauen Anfang 30. (vgl. Knubben 2004: 79f)

2.2.2. Außenwirtschaft

Die außenwirtschaftliche Verflechtung mit den GUS-Staaten ist in Weißrussland besonders hoch. Dies ist auf der einen Seite bedingt durch die gemeinsame sowjetische Vergangenheit, auf der anderen Seite war Weißrussland nie bestrebt, im Westen nach neuen Absatzmärkten zu suchen. Anfang der 90er Jahre war die Handelsbilanz mit den GUS-Staaten hoch im plus, vor allem auf Grund der für Weißrussland vorteilhaften Terms of Trade. Die Industrieexporte waren stark überbewertet und die Energieimporte aus Russland unterbewertet. (vgl. Holtbrügge 2002: 82f)

Durch die säkulare Verschlechterung der Terms of Trade ist die Handelsbilanz seit 1995 stets negativ. Vor allem die Preise der Energieimporte aus Russland stiegen stetig an. (vgl. Holtbrügge 2002: 82f) Das Handelsbilanzdefizit betrug 1995 761 Mio. USD, im Jahr 2007 betrug es bereits 6,8 Mrd. USD. Dabei blieb Russland mit 50% des gesamten Außenhandelsvolumens der wichtigste, aber auch verlustreichste Handelspartner. Der Handel mit nicht GUS-Ländern war und ist jedoch konstant positiv für Weißrussland. (siehe Tabelle 3)

Handelsbilanz Weißrussland In Mio USD	1995	2000	2002	2004	2006	2008
Handelsbilanz Gesamt	-761	-1320	-1071	-2717	-2617	-6810
mit GUS-Staaten	-650	-1671	-1911	-4565	-5903	-11597
davon mit Russland	-780	-1895	-1945	-4734	-6254	-12955
Nicht GUS-Staaten	-111	351	840	1848	3286	4787

Tab. 3: Außenhandelsbilanz Weißrussland 1995-2008 (BelStat o.J.)

Weißrussland weist ein eher extravertiertes Akkumulationsregime auf. Zwar setzt man theoretisch in einigen Bereichen auf Self-Reliance-Strategien und teilweise auch auf importsubstituierende Industrialisierung, in der Praxis scheint aber eher die exportorientierte Industrialisierung im Vordergrund zu stehen. Ein Großteil der im Inland benötigten Produkte muss über den Import beschafft werden. Das starke Abhängigkeitsverhältnis zu Russland scheint für Weißrussland zum Problem zu werden. (vgl. Becker 2001: 58)

Die weißrussische Wirtschaft ist seit der Unabhängigkeit stark exportorientiert. 1994 betrug der Exportanteil am BIP 71%. Er fiel danach stark ab und liegt aber seit 2000 konstant über 60%. Die wichtigsten Exportprodukte sind mineralische sowie chemische Produkte, Maschinen und Transportfahrzeuge. Die bedeutendsten Exportländer für Weißrussland sind Russland, Niederlande, Ukraine, Lettland und Deutschland. Der Anteil der Importe am BIP ist dementsprechend höher. Bereits 1993/1994 machten die Importe 83% des BIPs aus. Dieser Wert ist zwar gesunken beträgt 2008 aber immer noch 67%. Importiert werden vor allem mineralische und chemische Produkte, Maschinen und Ausrüstungen sowie Metallprodukte und Lebensmittel. Die wichtigsten Importpartner sind Russland, Deutschland und die Ukraine. (vgl. WB 2011b, CIA 2011b und BelStat o.J.)

Die außenwirtschaftliche Abschottung von Westeuropa wurde durch die EU-Osterweiterung noch weiter verschärft. Um dem entgegen zu wirken, hat Lukaschenko eine Verbesserung der Beziehungen zu anderen Schwellenländern wie China, Vietnam und Südkorea im Sinn. Es kommt zu Süd-Süd-Kooperationen. Man betreibt Handel mit Ländern, die sich wirtschaftlich auf einem ähnlichen Niveau befinden. Jedoch ist das Abhängigkeitsverhältnis zu Russland zu stark um von den Süd-Süd-Kooperationen profitieren zu können. (vgl. Holtbrügge 2002: 83f)

Um zusätzliches Geld lukrieren zu können, sind ausländische Investoren in Weißrussland gerne gesehen. Dementsprechend einfach können sie in Weißrussland Geschäfte machen. Ausländer können in Weißrussland entweder eine eigene Niederlassung gründen (100% ausländischer Besitz) oder Anteile an weißrussischen Betrieben erwerben. Die FDI's beliefen sich im Jahr 2002 auf knapp 250 Millionen USD. Davon kam der Großteil von amerikanischen Investoren. Der Rest kam aus Deutschland, Holland und Russland. Aus Österreich flossen immerhin noch 21,7 Mio. USD nach Weißrussland. Durch die Befreiung der Kreditinstitute von der Regelung der „Goldenen Aktie“ 2006 stiegen die FDI's rapide von 354 Mio. USD 2006 innerhalb eines Jahres auf 1,78 Mrd. USD an. 2008 betrugen sie bereits 2,18 Mrd. USD. (vgl. Knubben 2004: 80ff und WB 2011b)

Es hat den Anschein, als hätten Ausländer in Weißrussland mehr Freiheiten als die weißrussische Bevölkerung, solange sie nur genügend Geld ins Land schaffen. Lukaschenko ist sich der monetären Restriktion durchaus bewusst und hat genau jene Bereiche geöffnet, die mehr Geld anlocken können. Lukaschenko strebt nach Macht. Um an der Macht zu bleiben, muss er Teile seines Einflussbereiches aufgeben. Genau das könnte ihm aber zum Verhängnis werden. Umso mehr er sein Land öffnet, umso weniger kann er seine Bevölkerung vom Ausland isolieren. Die Informationen und das Wissen, das somit ins Land kommt, könnten dazu führen, dass sich die Bevölkerung gegen ihn auflehnt.

2.3. Politische Entwicklung

2.3.1. Innenpolitik

Der Vertrag über die Unabhängigkeit Weißrusslands erhielt am 25. August 1991 Verfassungsrang und die BSSR wurde in Republik Weißrussland (Respublika Belarus) umbenannt. Mit der Gründung der GUS scheint das tatsächliche Ende der Sowjetunion eingetreten zu sein. Besonders wichtig für Weißrussland war, dass der Sitz der GUS in Minsk festgelegt wurde. Der weißrussische Oberste Sowjet Dsemjanzej wurde vom Parlament entlassen und Stanislaus Schuschkewitsch als sein Nachfolger eingesetzt. Schuschkewitsch ist somit das erste Staatsoberhaupt Weißrusslands. (vgl. Fedor 1995) Es kam zur Bildung einiger antikommunistischer Parteien, jedoch wurden diese vom Obersten Sowjet nicht anerkannt und hatten damit auch keine Macht. Premierminister war der Vorsitzende der kommunistischen Partei und sehr konservativ eingestellte Watscheslaw Kebitsch. (vgl. Farthofer 2006:24) Generell war die Regierung Reformen gegenüber abgeneigt, was vor allem in der schleppenden Umsetzung des Privatisierungsgesetzes deutlich wurde. 1994 wurde Schuschkewitsch durch den Kebitsch nahestehenden Metschyslau Hryb ersetzt. Im selben Jahr wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Sie ersetzte die Breschnew-Verfassung aus dem Jahr 1978. Die wichtigste Änderung war die Einführung eines starken Präsidentenamtes, welches nun den Regierungsvorsitz darstellte. (vgl. Fedor 1995)

Der Versuch der demokratischen Opposition, mit einem Referendum Neuwahlen zu erzwingen, wurde von der kommunistischen Partei trotz genügend Unterschriften nicht wahrgenommen. Daraufhin bezichtigte die Opposition den Obersten Sowjet einer Verfassungsverletzung. Das Parlament lenkte ein und setzte für den Frühling 1994 Neuwahlen an. Ganz überraschend konnte sich der Korruptionsgegner Alexander Lukaschenko mit eindeutiger Mehrheit durchsetzen und ließ den Favoriten Kebitsch weit hinter sich. Lukaschenko und Kebitsch waren beide konservativ und pro-russisch eingestellt. Lukaschenko konnte aber mit seiner Antikorruptionspolitik punkten und erreichte mehr als 80% der Stimmen. Kebitsch trat nach der Wahl von seinen Ämtern zurück und mit ihm seine Anhänger im Parlament. Lukaschenko sah sich somit kaum Widerständen innerhalb des Parlaments ausgesetzt. Das Parlament setzte sich hauptsächlich aus jungen, motivierten und politisch unbekannten und unerfahrenen Neulingen zusammen, die seine Gesetzesvorschläge ohne größere Probleme umsetzten. Als Dank dafür verschob er die Parlamentswahlen auf das nächste Jahr, jedoch entließ er einige Minister auf Grund von Korruptionsvorwürfen. Er hatte sich eine gute Basis geschaffen und begann von nun an seine Macht abzusichern und zu vergrößern. (vgl. Fedor 1995) Er entließ immer wieder führende Politiker, damit sich keine Netzwerke bilden konnten und seine Macht nicht gefährdet wurde. Er übernahm die Leitung wichtiger Rundfunkanstalten und Lukaschenko-kritische Aussagen wurden zensiert. Immer mehr Parlamentarier kehrten Lukaschenko den Rücken. Es sollte ein Gesetz beschlossen werden, in dem der Präsident mit einer Zweidrittelmehrheit abgesetzt werden konnte. Lukaschenko weigerte sich, das Gesetz zu akzeptieren, und konterte stattdessen mit einem Vorschlag über eine Volksbefragung. Als das Parlament diese Forderung zurückwies, machte er deutlich, dass das Referendum abgehalten werde, egal wie das Parlament entscheide. (vgl. Farthofer 2006: 31f)

Die 1995 abgehaltenen Parlamentswahlen knüpften an die undemokratische Vorgehensweise Lukaschenkos an. Die Medien durften kaum über die antretenden Parteien informieren und die finanziellen Mittel für die Wahlkampagnen wurden stark beschränkt. (vgl. Fedor 1995) Lukaschenko selbst nutzte jedoch seine Macht über die Medien und bewarb sein Referendum, mit dem er unter anderem das Volk indirekt über eine Verfassungsänderung zu Gunsten des

Präsidenten abstimmen ließ. Die Wahl und das gleichzeitig abgehaltene Referendum war ein voller Erfolg für Lukaschenko und eine klägliche Niederlage für das Parlament. Nach weißrussischem Recht wird in jedem der 260 Wahlkreise ein Abgeordneter gewählt, dieser benötigt eine Wahlbeteiligung von mindestens 50% sowie 50% der Stimmen. Durch diese Regelung wurden nur insgesamt 119 Abgeordnete gewählt, notwendig wären jedoch 174 Abgeordnete. Die gewählten Abgeordneten gehörten der Agrar- sowie der Kommunistischen Partei an oder waren parteilose Politiker. Die nationale Partei „Die Volksfront“, die äußerst Lukaschenko-kritisch eingestellt ist, bekam kein Mandat. Der Grund für die niedrige Wahlbeteiligung und den Ausgang der Wahlen liegt hauptsächlich an der geringen medialen Präsenz der einzelnen Parteien. Die internationale Gemeinschaft kritisiert die Wahlen auf Grund der mangelnden Pressefreiheit und das Referendum im Allgemeinen stark. Sie würden keinen demokratischen Standards entsprechen. (vgl. Farthofer 2006: 33f)

Da nicht genügend Abgeordnete gewählt wurden, wurde die Wahl Ende 2005 wiederholt. Es kam neuerlich zu groben Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen, wie Mehrfachabstimmungen und Stimmabgaben außerhalb der Urnen etc. Diesmal wurden immerhin 198 Abgeordnete gewählt, die meisten werden dem kommunistischen Lager zugeordnet. Dies zeigt den eindeutigen Weg Weißrusslands in Richtung Kommunismus. (vgl. Farthofer 2006: 35)

Lukaschenkos Diktatur hatte vorerst schleichend begonnen und war nun offensichtlich geworden. Lukaschenko hielt die Gehälter für die Abgeordneten zurück, brachte über die Medien das Volk gegen das Parlament auf, ignorierte die Gewerkschaft und verbot sie sogar teilweise. Des Weiteren bezeichnete sich Lukaschenko selbst als Oberster Verfassungsrichter und widersetzte sich den Urteilen des Verfassungsgerichts. Lukaschenko baute seine Macht immer weiter aus und damit wurde es für das Parlament immer schwieriger, seine Macht zu behalten. 1995 vermerkte der Verfassungsgerichtshof 11 verfassungswidrige Erlässe Lukaschenkos. Zum 10. Gedenktag Tschernobyls setzte die Opposition eine friedliche Demonstration an, die jedoch bereits im Vorfeld von Lukaschenko verboten wurde. Die Menschen gingen trotzdem auf die Straße und das Militär ging mit aller Härte gegen die Demonstranten vor. Im Zuge des-

sen verhängte der Präsident ein Versammlungs- und Demonstrationsverbot. Er ging vehement mit Drohungen und Verhaftungen gegen jeglichen Widerstand vor. Als er jedoch einen neuen Verfassungsentwurf auf den Tisch legte, der ihm noch mehr Macht bringen sollte, kam reger Widerstand aus dem Parlament und diesmal auch von der ihm eigentlich treuen Kommunistischen Partei. Lukaschenko reagierte daraufhin mit einem neuerlichen Referendum, dass das Amt des Präsidenten, und somit ihn, zur einzigen politischen Institution machte und seine Amtszeit automatisch verlängerte. Ein Unterhaus wurde gebildet, indem alle Abgeordneten auf Lukaschenkos Seite standen. Das alte Parlament wurde gesperrt und den Abgeordneten der Zutritt verwehrt. (vgl. Farthofer 2006: 35ff) Seit der Verfassungsänderung ist die Legislative auf zwei Sitzungen pro Jahr begrenzt. Außerhalb dieser Sitzungen kann der Präsident zu jeder Zeit einen präsidialen Erlass verabschieden, der einem Gesetz gleichkommt. Im Falle eines Widerspruchs mit einem Gesetz stehen die präsidialen Dekrete über dem Gesetz. Sämtliche demokratischen Errungenschaften waren nun unterbunden. (vgl. Rossmann 2009: 242)

Lukaschenkos Amtszeit wäre eigentlich 1999 abgelaufen, sie wurde aber bis 2001 verlängert. Gleichzeitig wurden die Rechte des Präsidenten erweitert. Dies verringerte die bürgerlichen und politischen Freiheiten weiter, was zu einer Verschlechterung der internationalen Beziehungen führte. Die Parlamentswahlen im Jahr 2000 wurden daraufhin erstmals von der internationalen Gemeinschaft überwacht. Es wurden nur drei Oppositionelle ins Parlament gewählt. Bereits im Vorfeld der Wahlen wurde von Oppositionsparteien ein neues Wahlgesetz gefordert. Das Parlament verabschiedet zwar vor den Wahlen noch ein neues Gesetz, welches aber so gut wie keine Forderung der Opposition erfüllte. Laut internationalen Wahlbeobachtern erfüllte die Wahl keine internationalen Standards. Die Stimmabgabe war nicht transparent und die Wahlergebnisse nicht nachvollziehbar. Die Oppositionsparteien wurden an ihrem Wahlkampf gehindert und viele Kandidaten wurden erst gar nicht registriert. Auch die in den nächsten Jahren folgenden Wahlen verliefen ähnlich. (vgl. Rossmann 2009: 238ff)

Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die auch für die Wahlbeobachtung verantwortlich ist, merkte nach den Wahlen an, dass für die Entwicklung

demokratischer Strukturen eine vielfältige Zivilgesellschaft unumgänglich ist. Genau an dieser „pluralistischen Zivilgesellschaft“ fehlt es in Weißrussland, beziehungsweise wird diese stark unterdrückt. Für die Präsidentschaftswahl 2001 wollte man eine umfassende Delegation an Wahlbeobachtern zusammenstellen. Die weißrussischen Behörden kündigten die Wahl aber zu spät an. Einigen Beobachtern wurde das Visum zu spät ausgestellt oder verweigert. Daher konnten die Wahlgesehnisse nur eingeschränkt beobachtet werden. Lukaschenko erreichte 75,65% der Stimmen. Die Wahl wies dieselben Unregelmäßigkeiten wie die Wahlen zuvor auf, und die OSZE ging von Wahlfälschung aus. (vgl. Rossmann 2009: 240ff)

Die Parlamentswahlen 2004 verliefen ähnlich. Kein Oppositioneller wurde ins Parlament gewählt. Die OSZE wurde bei der Wahlbeobachtung behindert, und die Wahlen selbst waren von offensichtlichem Wahlbetrug geprägt. Nach den Wahlen kam es zu Protesten und Demonstrationen der Bevölkerung, doch konnten die Behörden schlimmere Ausschreitungen verhindern. Dasselbe Bild bot sich auch bei der Präsidentschaftswahl 2006. Das Datum der Wahl wurde um vier Monate vorverlegt, so dass eine Wahlbeobachtung der OSZE erneut so gut wie nicht möglich war. Hinzu kam, dass im Zeitraum 2003-2005 157 NGO's und soziale Bewegungen verboten wurden. Damit war auch eine angemessene Wahlbeobachtung von inländischen Institutionen nicht mehr möglich. Bis dato unabhängige Medien konnten in Weißrussland nicht mehr länger veröffentlichen und mussten sich nach Russland absetzen. Die Wahl entsprach kaum den Anforderungen einer demokratischen Wahl. Es kam erneut zu großen Protesten im Zentrum von Minsk und die Demonstranten forderten die Behörden zu Neuwahlen auf. Nach wenigen Tagen löste die Polizei die Demonstration gewaltsam auf und zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet. (vgl. Rossmann 2009: 240ff) Es scheint, als wären in Weißrussland Zug um Zug sämtliche demokratische Institutionen verschwunden, beziehungsweise ihr Entstehen im Ansatz erstickt worden.

Bei den Parlamentswahlen 2008 konnte man dann einen leichten Demokratisierungsprozess feststellen. Der Prozess für die Registrierung von Kandidaten wurde erleichtert. Allen Kandidaten wurden die meisten Medien für ihre Wahlwerbung zur Verfügung gestellt. Die weißrus-

sischen Behörden legten bei dieser Wahl großen Wert auf gute Zusammenarbeit mit der OSZE und die Transparenz der Wahlgesehnisse wurde entscheidend erhöht. Trotzdem konnte kein Oppositioneller einen Sitz im Parlament gewinnen. Die internationale Gemeinschaft stellte noch immer große Unregelmäßigkeiten bei der Wahl fest. Weißrussland ist noch immer weit von einem fairen Wahlkampf sowie fairen Wahlen entfernt. (vgl. Rossmann 2009: 243f)

Trotz zahlreicher Vorwürfe der Wahlfälschung hat Lukaschenko eine gewisse Popularität in Weißrussland erreicht. Das Wirtschaftswachstum, die niedrige Arbeitslosenrate, gestiegene Gehälter sowie eine de facto nicht vorhandene Opposition und subjektive von der Regierung kontrollierte Berichterstattung spielten Lukaschenko in die Hände. Wie auch anfangs in der Ukraine fehlte es der Zivilbevölkerung an politischem Interesse und Engagement. Lukaschenko hatte dieses fehlende Engagement ausgenützt, um seine Macht weiter zu stärken. Sollte sich doch politischer Widerstand von Seiten der Zivilgesellschaft regen, geht Lukaschenko mit aller Härte gegen „die Feinde“ vor. (vgl. Rossmann 2009: 244f)

2.3.2. Außenpolitik

Für Weißrussland stand nach der Unabhängigkeit eine enge Zusammenarbeit mit Russland nie außer Frage. Die Gründung der GUS lag ganz im Interesse Weißrusslands. Man trat für eine besonders enge Kooperation innerhalb der GUS ein und sah die GUS als Ersatz für die Sowjetunion. Es erwies sich aber als sehr schwierig, die unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Länder zu vereinbaren. So trat vor allem die Ukraine gegen eine allzu enge Verbindung innerhalb der GUS ein, da sie ihre Unabhängigkeit behalten wollte. (vgl. Farthofer 2006: 48f)

Zu Beginn waren sich die weißrussischen Politiker nicht einig, welche Außenpolitik sie anstuern sollten. Schuschkewitsch beharrte auf der Unabhängigkeit Weißrusslands und strebte eine enge Zusammenarbeit mit Westeuropa an. Kebitsch hingegen war für eine engere Kooperation mit Russland, da er die Hilfe des großen Nachbarn als notwendig erachtete. (vgl. Farthofer 2006: 51) Man war sich aber einig, die Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft zu intensivieren. So wurde Weißrussland 1992 Mitglied des IWF und der Welt-

bank. Mit Lukaschenko verschlechterte sich die Beziehung zu Westeuropa jedoch drastisch. Die EU brach sämtliche Kontakte mit Weißrussland ab und kündigte den Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit. (vgl. Holtbrügge 2002: 65f) Lukaschenko machte dies nicht viel aus. Er bemühte sich sogar um den Anschluss Weißrusslands an Russland, musste jedoch bald erkennen, dass Russland nicht daran interessiert war. Trotzdem erlaubte er Russland auf weißrussischem Boden seine Truppen zu stationieren, in der Hoffnung Russland würde zumindest niedrigere Preise für Öl- und Gasimporte verlangen. (vgl. Fedor 1995) 1996 unterzeichneten Lukaschenko und Boris Jelzin den Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft von Belarus und Russland. Ein Jahr später wurde aus diesem Vertrag ein Unionsvertrag, der die Vereinigung Weißrusslands mit Russland vorbereiten sollte. Lukaschenko strebte eine gemeinsame Union mit Russland nach sowjetischem Vorbild an. 1999 wurde dann ein Vertrag über die Gründung eines Unionsstaates, samt Regierungsprogramm unterzeichnet. Russland war und ist aber nach wie vor gegen einen Zusammenschluss mit Weißrussland, folglich hat dieser Vertrag de facto keine Bedeutung. Warum Weißrussland danach strebt, sich an Russland zu binden, ist nicht immer ganz klar. Auf der einen Seite sieht sich Lukaschenko als möglicher Präsident der Union, was ihm noch mehr Macht einbringen würde. Auf der anderen Seite sieht Weißrussland in Russland den großen Bruder, der seine schützende Hand über Weißrussland legt. Während sich Europa vom diktatorisch geführten Staat abwendet, erkennt Russland Lukaschenkos Politik nicht nur an, sondern würdigt sie sogar. (vgl. Knubben 2004: 58f)

Seit Putin an der Macht ist, haben sich die Beziehungen zu Russland verändert. Putin machte deutlich, dass eine Zusammenarbeit mit Weißrussland nur stattfinden kann, wenn Russland davon profitiere. Für Weißrussland hieße das: Integration ja, aber zu russischen Bedingungen. Dies hat auch Lukaschenko zu einem Umdenken geführt. Viele glauben, dass Weißrussland ohne Russland nicht existieren kann. Man will aber seine Eigenständigkeit nicht aufgeben. Konkret will man ein enges Verhältnis zu Russland, jedoch mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit Weißrusslands. (vgl. Knubben 2004: 59) Dies scheint auch entwicklungstheoretisch ein Absurdum zu sein. Um wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen, muss man versuchen sich von den ehemaligen Kolonialherren zu befreien und sich mit gleichwertigen

Partnern einlassen. Der Stärkere wird seine Macht ausüben, um den Schwächeren zu unterdrücken. Wie die Grenobler Schule festhält, bilden Nationalstaaten, die sich gegenseitig beeinflussen, automatisch eine Einheit. Dabei verlieren die schwächeren Staaten ihre Autonomie. Genau das passiert auch in der Beziehung Weißrussland - Russland. (vgl. Waringo 1998:63ff)

Weißrussland musste immer mehr erkennen, dass Russland einen Zusammenschluss nur akzeptieren würde, wenn sich Weißrussland unterwirft. Lukaschenko lehnte sämtliche Vorschläge Putins zur Anschließung Weißrusslands an Russland ab. Einen neuen Tiefpunkt erfuhren die Beziehungen zu Russland, als Weißrussland 2002 einen russischen Politiker aus Weißrussland auswies, da er unter Verdacht stand, die weißrussische Opposition zu unterstützen. Einen Monat später kürzte Russland – höchst wahrscheinlich aus genanntem Grund – die Gaslieferungen. (vgl. Knubben 2004: 60ff) Als Lösung des Konflikts wurde vereinbart, dass Weißrussland die russischen Inlandspreise für Gas bezahlt, dafür sollte die weißrussische Gasgesellschaft Beltransgaz ein Joint Venture mit Gazprom eingehen. So sollte Gazprom bis 2003 50% des weißrussischen Unternehmens erhalten. Da sich Lukaschenko weigerte, diese Bedingung zu erfüllen, kam es auch in Weißrussland seit 2004 immer wieder zu Konflikten mit Russland. Doch es ist offensichtlich, dass Russland die stärkere Position inne hat. Auch wenn Putin Belarus Zugeständnisse macht, so ist und bleibt Lukaschenko Verlierer. Die Öl und Gaspreise wurden drastisch erhöht. Vor allem die Verdoppelung des Gaspreises wirkt sich besonders drastisch auf Weißrussland aus. Das Gas ist mit 62,8% mit Abstand der wichtigste Energieträger. Zwar erhält Weißrussland höhere Transitgebühren für die russischen Pipelines als die Ukraine, doch können sie bei weitem nicht die gestiegenen Preise kompensieren. Bei der vertragsmäßigen Übergabe der Beltransgazanteile an Russland 2007 musste Lukaschenko ebenfalls nachgeben. Der Erste von vier Teilen im Gesamtwert von 2,5 Mrd. Dollar wurde 2007 an Gazprom abgegeben und von Gazprom bereits bezahlt. Weißrussland verliert immer mehr die Unterstützung des „großen Bruders“. Russland ist in der Beziehung mit Weißrussland – vor allem seit Putin – vorrangig auf die eigenen ökonomischen und politischen Vorteile bedacht und besitzt auch viele Mittel, um Weißrussland unter Druck zu setzen. Sollte Weißrussland keinen Umstieg – weg vom Gas hin zu erneuerbarer Energie – schaffen, so könnte Weißrussland in den kommenden Jahren einen starken wirtschaftlichen Einbruch erleiden. (vgl. Mark 2008: 88ff)

Die politischen Beziehungen zu Europa haben sich seit 1997 wegen der zahlreichen Grund- und Menschenrechtsverletzungen Weißrusslands nicht merklich verbessert. Das spurlose Verschwinden von Oppositionspolitikern und Journalisten und die Tatenlosigkeit Weißrusslands in diesen Belangen, verschärften die angespannten Beziehungen weiter. Ende des Jahres 2002 versuchte die EU die schlechten Beziehungen zu Weißrussland verbessern und rief den „Benchmark Approach“ ins Leben. Demokratische Fortschritte Weißrusslands sollten mit mehr Respekt und Offenheit gegenüber dem Land und seinen Wünschen belohnt werden. Doch die offensichtliche Wahlfälschung und die undemokratische Verfassungsänderung 2004 brachte die EU nur noch mehr gegen Weißrussland auf und die EU verhängte Einreisebeschränkungen für Personen, die mit dem Verschwinden von Politikern in Verbindung standen. Die Geschehnisse im Zusammenhang mit der Wahl 2006 brachte die EU dazu, die Einreisebeschränkungen auf 31 Personen, inklusive Lukaschenko zu erweitern. Um den Benchmark Approach dennoch nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, veröffentlichte die EU Kommission im Herbst 2006 ein Dokument mit Angeboten an Weißrussland. Diese Angebote galten jedoch nur, wenn Weißrussland auf mehr Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit achtete. (vgl. Eigner 2008: 123ff)

Trotz allem will man die weißrussischen Bürger nicht im Stich lassen und so haben sich im Laufe der Zeit gute Beziehungen zur weißrussischen Zivilbevölkerung herausgebildet. (vgl. Knubben 2004: 62ff) Innerhalb eines europäischen Nachbarschaftsprogramms sollen Weißrussland im Zeitraum 2007-2010 in etwa 20 Millionen Euro für soziale und wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung gestellt werden. (vgl. Eigner 2008: 125f)

2.4. Soziale Entwicklung

In der Sowjetunion erhielt jeder Bürger zahlreiche soziale Leistungen, unabhängig vom persönlichen und familiären Einkommen. Dazu zählten niedrige Preise für Grundnahrungsmittel, öffentliche Transportmittel sowie zahlreiche Vergünstigungen in verschiedenen sozialen Bereichen. Weißrussland nahm dieses System mit in die Unabhängigkeit. Es war bald klar, dass die Sozialleistungen in diesem Umfang finanziell für Weißrussland nicht tragbar waren. Man

versuchte langsam das System umzustellen und nur denjenigen Leistungen zukommen zu lassen, die es am nötigsten brauchten. Doch das war und ist ein schwerer Weg. (vgl. WB 2011c)

Die soziale Entwicklung in Weißrussland ist generell sehr schwierig zu beurteilen. Fakt ist, dass sich mit der Unabhängigkeit die soziale Lage im Land und der Wohlstand der Bevölkerung enorm verschlechtert haben. 1995 lebten 31% der gesamten Haushalte unter der Armuts-grenze. Fast die Hälfte der Haushalte mit Kindern war von Armut betroffen. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Situation wieder etwas verbessert, wenn man den offiziellen Zahlen Glauben schenkt. Der Lebensstandard ist vor allem für Haushalte mit Kindern erheblich gestiegen. Die Anzahl der Haushalte, die als arm eingestuft werden, ist seit 2000 um mehr als 30% gefallen. 2007 gelten nur mehr 5,6% der gesamten Haushalte als arm. Die Armuts-grenze wird in Weißrussland auf verschiedene Arten berechnet, jedoch meistens auf Basis des Einkommens. Zieht man in Betracht, dass in Weißrussland die Reallöhne in den letzten Jahren um 112-142% angestiegen sind, das Produktivitätswachstum aber bei 21% lag, muss man die Berechnung der Armut jedoch stark in Frage stellen. (vgl. Grigorieva 2009: 1ff)

Betrachtet man andere Indikatoren von Armut, so zeichnet sich ein ganz anderes Bild ab. In Weißrussland werden zwischen 40-50% des gesamten Haushaltseinkommens für Lebensmittel aufgebracht. (Zum Vergleich in Westeuropa liegt der Anteil bei ca. 11%) Wenn man nun die Armuts-grenze über das Haushaltsaufkommen für Lebensmittel definiert, lebt noch immer ein Großteil der weißrussischen Bevölkerung in Armut. (vgl. Grigorieva 2009: 4f)

Ein Teil des sozialen Lebens ist das Gesundheitssystem. Dieses hat sich zwar über die Jahre deutlich verbessert, weist aber immer noch große Defizite auf. Das Gesundheitssystem war Anfang der 90er Jahre nicht in der Lage, die Bevölkerung ausreichend zu versorgen. Dies ist mitunter ein Erbe der Sowjetunion, in der nur wenig Geld für den Ausbau eines ordentlichen Gesundheitssystems zur Verfügung stand. Hinzu kam das Unglück von Tschernobyl, welches das System endgültig überforderte. 1994 standen für 10.000 Menschen gerade einmal 127 Krankenhausbetten und 42 Ärzte zur Verfügung. (vgl. Fedor 2005) Man erkannte die Notwen-

digkeit und unternahm zahlreiche Gesundheitsreformen. Mittlerweile ist Weißrussland in der Lage, zumindest eine kostenlose medizinische Grundversorgung für seine Bevölkerung zu gewährleisten. Trotz allem ist die Lebenserwartung in Weißrussland über die Jahre drastisch gesunken und beträgt für Frauen 75,1 Jahre, für Männer sogar nur mehr 62,9 Jahre. Ein weiterer Grund dafür ist die hohe Kindersterblichkeitsrate. (vgl. Richardson et. al. 2008:105ff) Dies wirkt sich generell auf die demografische Situation im Land aus. Seit 1990 ist das Bevölkerungswachstum rückläufig. (vgl. Richardson et. al. 2008: 3) Noch kommt Weißrussland das rückläufige Bevölkerungswachstum zu Gute, vor allem im Bereich der Arbeitsplatzsicherung. Doch langfristig wird das zu einem großen Problem werden.

3. Vergleich

3.1. Ausgangslage

Um meine Forschungsfrage beantworten zu können, muss zuerst geklärt werden, ob die Ausgangslage nach dem Zerfall der Sowjetunion in beiden Ländern ähnlich war. Die Ukraine und Weißrussland hatten einen Sonderstatus in der Sowjetunion. Beiden Staaten wurden im Vergleich zu anderen Sowjetrepubliken zahlreiche Freiheiten genehmigt. Dies rührt unter anderem daher, dass die politische Elite in der Ukraine und Weißrussland der kommunistischen Partei der Sowjetunion sehr nahe standen und sich trotzdem für ihr eigenes Land einsetzten. Des Weiteren sind sie durch die Geschichte sehr stark mit Russland verbunden. Der Ursprung Russlands liegt in der Kiewer Rus', also in der heutigen Ukraine. Im Laufe der Zeit waren Russland, die Ukraine und Weißrussland, oder Teile von ihnen, gemeinsam in verschiedenen Reichen inkludiert. Die Kultur sowie die Sprache ähneln einander sehr. Die geografische Nähe und die immer wieder politische Verbundenheit brachte eine sehr ähnliche Ideologie in den Köpfen der Menschen hervor.

Innerhalb der Sowjetunion verzeichneten dann beide Staaten abwechselnd eine Phase einer Nationalisierung und einer Russifizierung. Dadurch, dass sich die Partisanen sehr loyal der Sowjetunion gegenüber präsentierten und auch großes Ansehen in der Bevölkerung genossen,

war innerhalb des weißrussischen Volkes nicht der Drang gegeben, etwas zu verändern. Des Weiteren brachte die Sowjetunion für Weißrussland ein enormes Wachstum der Industrie und einen extrem hohen Lebensstandard hervor. Dies sind mitunter Gründe, warum sich der russlandtreue Lukaschenko durchsetzen und so lange an der Macht bleiben konnte. (vgl. Marples 2001b: 168ff) Die Ukraine hingegen sah sich selbst in der Rolle des Opfers der Sowjetunion. Man hatte das Gefühl, am meisten unter der Sowjetunion zu leiden und dies führte zur Bildung einer Opposition. Dadurch war mit dem Ende der Sowjetunion eine Veränderung des Regulationsdispositivs unausweichlich. Die Bevölkerung stand hinter ihrer Unabhängigkeit, auch wenn es keine größere Unabhängigkeitsbewegung gab. (vgl. Kappeler 2000: 240ff)

3.2. Kulturvergleich

Das große Vertrauen der weißrussischen Bevölkerung in Russland und das geringe Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten, ermöglichte Lukaschenko, der ja den Anschluss an Russland wollte, den Aufbau einer Diktatur. Da aber bald offensichtlich wurde, dass ein Anschluss an Russland irrealistisch ist, musste er eine andere Strategie verfolgen, um an der Macht zu bleiben. Er gab der Bevölkerung einen genauen Rahmen vor, in dem sie sich bewegen konnte. Es gab klare Regeln und jeder Verstoß wurde hart bestraft. Die Menschen, die es gewohnt waren in einem System zu leben, das klare Regeln vorgab und die Bevölkerung kaum in politische Entscheidungen mit einbezog, hatten anfangs kein Problem damit. Der kulturelle Rahmen Weißrusslands scheint die Bevölkerung von der Außenwelt zu isolieren. (vgl. Spharaga 2008: 40ff) Auch die ukrainische Bevölkerung war es nicht gewohnt, sich in politische Belange einzumischen und Anfang der 90er Jahre verstärkte die pessimistische Stimmung dies nur noch weiter. Aber im Gegensatz zu Weißrussland gab es keine autoritäre Führung, die den Handlungsspielraum stark eingegrenzt hätte. Die ukrainische Bevölkerung konnte sich freier entfalten als die weißrussische und für ihre Rechte im Zuge der Orangen Revolution 2004 eintreten. Durch den generell größeren kulturellen Freiraum, den die Politik der Bevölkerung überließ, konnte sich ein Nationalbewusstsein entwickeln, der in weiterer Folge für die Entstehung demokratischer Züge sorgte. Durch die große Heterogenität der Bevölkerung im Land, kommt es nicht zu einer starken Isolation, da sich die Kulturen im Land vermischen.

Die Orange Revolution zeigt eine kulturelle Veränderung auf. Die alten Strukturen beginnen sich zu verändern, die Menschen brechen aus ihren gewohnten Handlungsmustern aus. (vgl. Simon 2009: 15ff) Auch in Weißrussland zeigen die immer öfter aufkeimenden Demonstrationen gegen Lukaschenko und sein Regime, dass ein Umdenken in der Bevölkerung stattfindet und versucht wird, die vorherrschenden Strukturen zu verändern. Lukaschenko hat jedoch mit seiner autoritären Politik die alten Strukturen verhärtet, so dass es nun viel mehr braucht, die bestehenden Strukturen zu verändern, als wie die Revolution in der Ukraine.

3.3. Wirtschaftlicher Vergleich

Die Akkumulationsprozesse in der Ukraine sind vorwiegend kapitalistischer Natur. Es kommt jedoch auch zu Vermischungen mit subsistenzwirtschaftlichen Strukturen. In Weißrussland ist die Wirtschaftsstruktur kommunistisch, es lassen sich aber auch eindeutig kapitalistische Züge identifizieren, vor allem innerhalb des finanziellen Akkumulationsprozesses. Im Primärsektor kommt es, wie auch in der Ukraine, zu einer agrarischen Subsistenzwirtschaft.

Um die großen wirtschaftlichen Probleme zu lösen, suchte die Ukraine vorwiegend Hilfe bei den großen westlichen Institutionen wie beim IWF. Der IWF schrieb der Ukraine ein strenges Reformprogramm als Gegenbedingung für einen Kredit vor. Die darin enthaltenen Maßnahmen gaben einen klaren Weg in Richtung einer freien Marktwirtschaft und demokratischen Strukturen an. Mit dem IWF Kredit entstand jedoch ein neues Abhängigkeitsverhältnis, das stark in die Selbstbestimmung des Landes eingreift. Die Hilfe des IWF brachte das Land nicht unmittelbar voran. Mit ein Grund war, dass durch die strengen Bedingungen des Kredites der Transformationsprozess zu schnell vorangetrieben wurde. Die alten sowjetischen Strukturen waren noch fest verankert und konnten nicht von heute auf morgen geändert werden. (vgl. Vincentz 2002: 245f) Weißrussland hingegen suchte nicht Hilfe bei westlichen Institutionen, sondern verließ sich weiter auf die Hilfe Russlands. Russland war natürlich nicht an einer Liberalisierung des weißrussischen Marktes interessiert, sondern knüpfte seine Hilfe an für ihn nützliche Bedingungen, wie zum Beispiel den Erlass der Transitgebühren für Gasexporte. Anders als in der Ukraine gab es also keine externen Treiber, die eine Demokratisierung des

Landes vorangetrieben hätten. Weißrussland hat sich somit in kein Abhängigkeitsverhältnis zu Europa begeben und der Westen besitzt nun kaum Mittel um Lukaschenko und sein autoritäres Regime unter Druck zu setzen. Der Transformationsprozess, so weit er überhaupt stattgefunden hat, verlief in Weißrussland äußerst langsam und verhinderte, dass das Land in den 90ern in eine Tiefe Krise schlitterte. (vgl. Holtbrügge 2002:76ff)

In beiden Ländern arbeitet die Agrarwirtschaft exportorientiert. Aus dependenztheoretischer Sicht ist dies nicht ratsam, denn durch den großen Export an Grundnahrungsmitteln muss ein Großteil an Nahrungsmitteln wieder importiert werden. Dadurch begibt man sich in ein Abhängigkeitsverhältnis. Es sollte zumindest die Grundversorgung der Bevölkerung im eigenen Land sichergestellt werden. Vor allem die starke Subventionierung der Landwirtschaft in Weißrussland ist problematisch. Das agrarische Akkumulationsregime ist somit extern bestimmt. Sollte die restliche Wirtschaft in Weißrussland in eine Depression geraten, kann die Landwirtschaft nicht subventioniert werden. Wegen der veralteten Produktionsstrukturen würden die Einnahmen aus den Exporten ausfallen und die Versorgung im eigenen Land könnte nicht mehr gewährleistet werden. (vgl. Grueninger 2009: 23ff)

In beiden Ländern war die Industrie sehr gut ausgebaut, auch wenn die weißrussische Industrie moderner war. Beide litten jedoch nach dem Zerfall der UdSSR unter der Industriestruktur der Sowjetunion. Zahlreiche riesige Betriebe waren unterausgelastet, andere Industriebereiche fehlten jedoch zur Gänze. Mit der Wirtschaftskrise in den 90er Jahren ging auch die Industrieproduktion, vor allem in der Ukraine, stark zurück. In Weißrussland war der Rückgang der Industrie, hauptsächlich der Rüstungsindustrie ebenfalls beträchtlich, jedoch war es im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken bei weitem nicht so dramatisch. (vgl. Holtbrügge 2002:74 und Burakowskij 2002:202ff) Dies hat zahlreiche Gründe. Einer davon ist, dass Lukaschenko mit seiner autoritären Politik die Wirtschaft einigermaßen stabil halten konnte. Wie bereits erwähnt, verlief der Transformationsprozess sehr langsam und die wirtschaftlichen Strukturen hatten Zeit sich anzupassen. Trotzdem muss man die wirtschaftlichen Kennzahlen hinterfragen. (vgl. Holtbrügge 2002:76) Sämtliche Berechnungen werden vom

staatlichen Amt für Statistik durchgeführt, das sehr wahrscheinlich unter dem Einfluss Lukaschenkos steht. Die Gründe für die Zweifel an der Richtigkeit der Daten sind vielfältig. Das Wachstum der Industrie wurde rein durch Subventionen erreicht. Weiters wurde kaum Geld in die Modernisierung der Anlagen gesteckt. Es muss immer zuerst Geld investiert werden, um Waren herzustellen, die nach dem Wertschöpfungsprozess mehr Geld einbringen. Der Prozess 'GWG' wurde jedoch scheinbar in Weißrussland nicht eingehalten. Das industrielle Akkumulationsregime ist in Weißrussland auf Grund der Subventionen extern bestimmt. Im Vergleich dazu lässt sich in der Ukraine aufgrund der geringen Exportdiversifikation ein rentiermäßiges Akkumulationsregime ausmachen. Durch die geringe politische Regulation der wirtschaftlichen Strukturen ist die ukrainische Wirtschaft anfällig für Krisen. Dies hat sich vor allem mit Weltwirtschaftskrise 2008 gezeigt.

Es zeigt sich, dass der Zugang zum Kapitalmarkt und somit zu Geld für beide Länder entscheidend ist. Beide setzten zu Beginn jedoch auf unterschiedliche Strategien. Weißrussland setzte auf eine starke Regulation des Bankensektors. Dies ermöglichte Lukaschenko die finanzwirtschaftliche Akkumulation zu stabilisieren und das Vertrauen der Bevölkerung in die Banken zu stärken. Das Akkumulationsregime stieß aber bald an seine Grenzen. Um Investoren aus dem Ausland anzulocken, musste Lukaschenko den Finanzmarkt liberalisieren. (vgl. Barisitz 2009:227f) Die Ukraine ging einen anderen Weg. Die Politik strebte von vornherein eine Liberalisierung des Bankensektors an. Dies führte zu einer großen Instabilität des Finanzmarktes und einer Inflation von 3000%. Dementsprechend niedrig war das Vertrauen der Bevölkerung in die Banken. Erst mit einem Stabilisierungsprogramm der ukrainischen Notenbank konnte die Inflation wieder unter Kontrolle gebracht werden. (vgl. Barisitz 2006: 71f) Der Kreditboom brachte in beiden Ländern einen rapiden Anstieg der FDI's mit sich. Man sieht, dass der Zugang zu Geld für Staaten, egal ob im Kapitalismus oder im Kommunismus, die wichtigste Grundlage ist. Lukaschenko hat dafür sogar das Risiko auf sich genommen und einen Teil seiner Macht eingebüßt - in der Hoffnung durch Geld noch mehr Macht zu bekommen.

Der ukrainische und der weißrussische Arbeitsmarkt zeichnen sich beide durch eine niedrige

Arbeitslosenquote aus, was mit ein Zeichen für ein extensives Akkumulationsregime ist. Im Gegensatz zur Ukraine schaffte es Weißrussland jedoch die Reallöhne um mehr als 100% zu steigern. Das Lohnverhältnis konnte in Weißrussland besser reguliert werden, was einer sozialen Stabilität zu Gute kam. Das Produktivitätswachstum betrug trotzdem nur 21%. Deswegen kann man in Weißrussland auch von einem extensiven Akkumulationsregime ausgehen. (vgl. Knubben 2004:78 und Handrich 2006: 44f)

Vergleicht man den Außenhandel der beiden Länder, zeigen sich deutliche Unterschiede, aber auch starke Gemeinsamkeiten. Die ukrainischen Handelsbeziehungen sind stark nach Westen ausgerichtet. Die dadurch entstandene schwache Exportdiversifikation lässt auf ein rentiermäßiges Akkumulationsregime schließen. Man will der Abhängigkeit Russlands entfliehen und es scheint, als wäre dies zu einem gewissen Grad auch gelungen. Zwar hat der Handel mit Russland in den letzten Jahren wieder stark zugenommen, doch werden nun viele höherwertige Produkte nach Russland exportiert. Die Erdgasimporte betreffend ist die Ukraine jedoch immer noch stark von Russland abhängig. (vgl. Astrov 2006:11)

Hierin besteht auch die große Gemeinsamkeit mit Weißrussland. Das Land weist ebenfalls eine wesentliche Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten auf. Beide Staaten weisen ein großes Handelsbudgetdefizit mit Russland aus, das hauptsächlich den Erdgasimporten zuzuschreiben ist. Das Handelsbudgetdefizit in Weißrussland ist seit 1995 durchgehend negativ (vgl. BelStat o.J.) Die Ukraine konnte immerhin 2003 und 2004 eine positive Handelsbilanz verbuchen. Beide Länder kämpfen stark mit der säkularen Verschlechterung der Terms of Trade. Vor allem in der Ukraine scheint sich ein neues Abhängigkeitsverhältnis hin zu Europa abzubilden. Wenig anspruchsvolle Produkte werden exportiert und höherwertige importiert. Weißrussland hingegen versucht der Abhängigkeit Russlands zu entkommen, indem es mit anderen Entwicklungsländern zusammenarbeitet und scheint dies auch besser hinzubekommen, als die Ukraine.

3.4. Politischer Vergleich

Weißrussland und die Ukraine sind sich politisch betrachtet in den 90er Jahren sehr ähnlich. 1994 kommt es in beiden Ländern zu Wahlen, bei denen die Übergangsregierungen ersetzt werden. An die Macht kommen zwei Personen, die der kommunistischen Partei zuzuordnen sind und die äußerst pro-russisch eingestellt sind. Kutschma versucht genauso wie Lukaschenko, die Macht an sich zu reißen. Lukaschenko stellt sich jedoch etwas klüger an. Er geht systematischer vor als Kutschma. Lukaschenko wechselt immer wieder sein Team komplett aus, damit sich keine Netzwerke bilden können, die ihn stürzen könnten. Des Weiteren hat Lukaschenko das Glück, ein äußerst junges und unerfahrenes Parlament unter sich zu haben. Kutschma ist jedoch konfrontiert mit Oligarchen und Wirtschaftseliten, die seine Bestrebungen nicht ohne weiteres hinnehmen und ihren Einfluss wahrnehmen wollen. Lukaschenko kommt außerdem zu Gute, dass der Großteil der Bevölkerung den Anschluss an Russland will und somit der Großteil der Bevölkerung hinter ihm steht. In der Ukraine hingegen steht sie voll und ganz hinter der Unabhängigkeit ihres Landes. Dies zeigt sich vor allem in der Orangen Revolution, in der die Menschen für ihr Land und seine demokratische Entwicklung auf die Straße gehen. Die Orange Revolution stellt auch einen Wendepunkt dar, in der sich die Unterschiede zwischen Ukraine und Weißrussland verdeutlichen. Während Lukaschenko das öffentliche Leben in Weißrussland immer mehr einschränkte, scheint es, als könnten sich seit der Orangen Revolution die Menschen in der Ukraine freier entfalten. Lukaschenko hat seine Macht weiter ausgebaut, indem er alle wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereiche unter seine Regulation gestellt hat. In der Ukraine hingegen ist politisch gesehen das Chaos ausgebrochen. Es findet so gut wie keine Regulation mehr statt. Die Politiker sind nur mehr damit beschäftigt, sich gegenseitig zu bekämpfen und sind nicht mehr in der Lage, das Land zu regulieren. Auch in Weißrussland lehnt sich die Bevölkerung mittlerweile gegen Lukaschenko auf, jedoch geht er mit aller Härte gegen Demonstranten vor und konnte bislang eine bunte Revolution in Weißrussland verhindern. Es bleibt meiner Meinung nach nur mehr eine Frage der Zeit bis Lukaschenko gestürzt wird. Er genießt noch relativ hohes Ansehen in der Bevölkerung, da er durch die starke Regulation, vor allem des Lohnverhältnisses, eine stabile Akkumulation ermöglicht hat. (vgl. Simon 2008: 97ff)

Die politische Vorgehensweise in beiden Ländern kann durchaus mit der sowjetischen Vergangenheit erklärt werden. In der Sowjetunion gab es keine Opposition, ein politischer Gegner war auch ein persönlicher Feind und musste vernichtet werden. Die Zivilbevölkerung wurde in keine politischen Entscheidungen miteingebunden. Dies erklärt unter anderem die Verhaltensweise von Lukaschenko und aus dieser Ideologie heraus kann in der Ukraine keine Opposition akzeptiert werden. (vgl. Simon 2009:19ff)

Die Außenpolitik der beiden Länder hat sich von Anfang an in unterschiedliche Richtungen bewegt. Die Ukraine war immer stolz auf ihre erlangte Unabhängigkeit und hat sich von Anfang an um gute Beziehungen zu Europa bemüht. Für Kutschma war auch die Beziehung zu Russland von Bedeutung, jedoch stand immer die eigene Unabhängigkeit im Vordergrund. Weißrussland hingegen glaubte kaum, alleine überlebensfähig zu sein und suchte Hilfe beim großen Bruder „Russland“. Sich Europa zu nähern, wäre für Weißrussland wie ein Verrat Russland gegenüber gewesen. Diese Einstellung zeigte sich auch in der GUS. Für die Ukraine stelle die GUS einen losen Staatenbund dar, der die wirtschaftliche Zusammenarbeit der neuen Staaten unterstützen sollte. Weißrussland sah in der GUS einen neuerlichen Staatenbund, der die Sowjetunion ersetzen sollte. (vgl. Farthofer 2006:48f)

Während die Ukraine einer aktiven Außenpolitik nachging und sich um diplomatische Beziehungen zu westlichen Staaten bemühte, betreibt Weißrussland eine Außenpolitik der Selbstisolation. Nachdem Lukaschenko erkennen musste, dass Putins Russland nur für Weißrussland da ist, wenn sich daraus für Russland Profit schlagen lässt, hat sich Lukaschenko nach anderen Partnern wie Vietnam oder China umgesehen. Was dependenztheoretisch betrachtet, für Weißrussland in Zukunft von Vorteil sein kann. (vgl. Holtbrügge 2002: 83f) Das oberste Ziel der ukrainischen Außenpolitik ist hingegen die Mitgliedschaft bei der EU. Auch wenn die Ukraine aus europäischer Sicht noch der Semiperipherie angehört, so könnte die Mitgliedschaft bei der EU ein Weg aus dem politischen Chaos bedeuten und den Weg hin zu einem demokratischen Staat ebnen. (vgl. Movchan 2001: 71ff)

3.5. Sozialer Vergleich

Besonders im Bereich der staatlichen Sozialleistungen zeichnen sich die sowjetischen Strukturen noch immer sehr stark ab. Das Sozialsystem der Sowjetunion wurde nach ihrem Zerfall übernommen und stellte sich in beiden Ländern als nicht finanzierbar heraus. Viele Zahlungen von sozialen Beihilfen blieben aus und die Lebensbedingungen haben sich dramatisch verschlechtert, was zu einer pessimistischen Einstellung innerhalb der Bevölkerung beitrug. Dies ist mit ein Grund, warum sich die alten sowjetischen Strukturen solange halten konnten, denn die Leute hatten das Gefühl, sie müssten sich zuerst um ihr Überleben und um das ihrer Familien sorgen, bevor sie dem Staat helfen können. Erst als sich die Lebensbedingungen zu bessern begannen, haben die Menschen angefangen, sich auch um eine Verbesserung des öffentlichen Lebens zu kümmern. Dies ist in Weißrussland genauso der Fall, wie in der Ukraine, nur hat es Lukaschenko geschafft, die aufkeimenden Proteste zu unterdrücken. (vgl. Simon 2002:17ff)

Während sich das soziale Leben in der Ukraine relativ frei entwickeln konnte, ist das Leben in Weißrussland äußerst eingeschränkt. Es gibt keine freie Berichterstattung, keine freie Meinungsäußerung, die meisten NGO's sind verboten, genauso wie Demonstrationen. Lukaschenko konnte zwar die Kapitalakkumulation im Land durch eine starke Regulation des Marktes vorerst stabilisieren, es ist aber durch die starke Regulation des sozialen Lebens nur eine Frage der Zeit, bis der Drang nach Freiheit in den Menschen Überhand nimmt und dies kann nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität gefährden.

E RESÜMEE

Weißrussland und die Ukraine – zwei Länder die bis 1990 eine sehr ähnliche Geschichte aufweisen – erscheinen heutzutage nach 20 Jahren unterschiedlicher denn je. Doch wie war es möglich, dass sich diese zwei Länder, deren Rahmenbedingungen sich so stark ähneln, sich so konträr entwickelt haben. Diese Frage habe ich mir am Anfang meiner Arbeit gestellt. Um diese Frage zu beantworten, habe ich mich der Regulations- und Dependenztheorie bedient. Bei der Analyse beziehe ich mich auf die vier Akkumulationsachsen der Pariser Schule, auf die vier strukturellen Formen der Regulation sowie auf die dependenztheoretischen Strategien zur Armutsbekämpfung.

Der kulturelle Vergleich baut vorwiegend auf der Analyse des Regulationsdispositivs auf. Die Bevölkerung beider Staaten ist anfangs noch sehr stark in die kulturellen Strukturen der Sowjetunion eingebettet. In der Ukraine konnte sich die Bevölkerung freier entfalten. Dadurch konnte das alte Dispositiv ein Stück weit aufgebrochen werden, was in Weißrussland durch die starke politische Regulation kaum möglich war.

Im wirtschaftlichen Vergleich analysiere ich die unterschiedlichen Akkumulationsprozesse. In beiden Staaten kommt es zu einer Vermischung verschiedener Produktionsweisen. In Weißrussland vermischt sich die Planwirtschaft mit der kapitalistischen Produktionsweise und einer agrarischen Subsistenzwirtschaft. In der Ukraine kommt es zu einem Zusammenspiel von kapitalistischen und subsistenzwirtschaftlichen Produktionsweisen. In beiden Ländern findet Akkumulation noch vorwiegend innerhalb des Produktionssektors statt. Jedoch darf die finanzielle Akkumulation nicht vernachlässigt werden. Während die Ukraine eine Liberalisierung des Finanzmarktes anstrebt, und damit eine hohe Instabilität auslöst, gelingt es Lukaschenko durch eine starke Regulierung des Bankensektors die finanzwirtschaftlichen Akkumulationsprozesse zu stabilisieren. Weißrussland setzt bei der finanziellen Akkumulation stark auf ausländische Investoren und weist deshalb ein extravertiertes finanzwirtschaftliches Akkumulationsregime auf. In der Ukraine lässt sich, auf Grund der geringen Exportdiversifikation, ein rentiermäßiges Akkumulationsregime festmachen.

Des Weiteren lassen sich in beiden Ländern dependenztheoretische Züge feststellen, wie Süd-Südkooperationen, ISI oder Self-Reliance Ansätze. Doch zeigt sich, dass die Globalisierung es Ländern sehr schwer macht, sich von anderen „stärkeren“ Ländern zu isolieren und nur in Handel mit gleichwertigen Partnern zu treten. Es ist wichtig für die Ukraine ihre Exportdiversifikation auszubauen sowie mit Ländern unterschiedlicher Entwicklungsniveaus zu kooperieren und sich nicht von dominanteren Handelspartnern abhängig zu machen. (vgl. Malygina 2008:2)

Der politische Vergleich befasst sich mit der Analyse der Regulation der strukturellen Formen beider Länder. Lukaschenko ist es durch das autoritäre System möglich, vor allem aber durch die starke Regulation des Lohnverhältnisses eine stabile Akkumulation zu gewährleisten. In der Ukraine übernimmt die wirtschaftliche Elite die notwendigen regulatorischen Maßnahmen und kann so kurzfristig wirtschaftliche Stabilität erzeugen. Die fehlende politische Regulation wird der Ukraine aber vor allem in Krisenzeiten zum Verhängnis. Die nachhaltige Regulation der ökologischen Restriktion kommt in beiden Ländern zu kurz, daraus ergibt sich unter anderem auch die starke Abhängigkeit von Erdgasimporten aus Russland.

Das Sozialsystem ist in beiden Ländern noch immer sehr stark von sowjetischen Strukturen geprägt. Dies führt zu einer dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen und einer damit einhergehenden pessimistischen Einstellung der Bevölkerung. Eine fehlende soziale Stabilität kann durch drohende Unruhen der Bevölkerung eine Gefahr für die politische und wirtschaftliche Stabilität darstellen. Dies trifft besonders auf Weißrussland zu, da durch die starke Regulation des sozialen Lebens bereits Unruhen entstehen, die Lukaschenko noch niederschlagen kann.

Aus meiner Analyse lassen sich nun eine Vielzahl von Faktoren identifizieren, die zu einer unterschiedlichen Entwicklung geführt haben.

- Das nationale Bewusstsein war und ist in der Ukraine stärker ausgeprägt als in Weißrussland. Es gibt in Weißrussland ein sehr schwaches nationales Wir-Gefühl, welches die Menschen nicht sehr stark motiviert, gemeinsam für etwas zu kämpfen. Die Menschen haben nicht das Gefühl, es sei ihr Staat, der nach ihren Vorstellungen zu funktionieren hat. Es gibt keine Demokratie ohne die Nation, die ihr ihr Fundament verleiht. (vgl. Simon 2008: 107f) In der Ukraine konnte vor allem im Westen des Landes dieses Wir-Gefühl entstehen. Die Annexion der westlichen Ukraine durch Österreich im 19. Jahrhundert ließ bei der Bevölkerung ein Nationalbewusstsein entstehen. Der Westen der Ukraine war es auch, der sich 2004 im Zuge der Orangen Revolution für eine demokratische Ukraine einsetzte.
- Die große Heterogenität der ukrainischen Bevölkerung wirkte sich zu einem Teil Demokratie fördernd aus, zum anderen verursachte sie aber ein politisches Chaos. Ein Teil der Bevölkerung kann nicht so leicht übergangen werden. Die Orange Revolution machte deutlich, dass Teile der Bevölkerung sich nicht fremd bestimmen lassen. Versucht eine Bevölkerungsgruppe sich über die andere hinwegzusetzen, wird sich die andere dagegen auflehnen, vorausgesetzt, die Bevölkerungsgruppen sind ungefähr gleich stark. In der Ukraine verhinderte die heterogene Bevölkerung eine autoritäre Regierung. Die relativ gleich starken Parteien machten jedoch ein politisches Weiterkommen beinahe unmöglich, da jede den „Kampf“ um jeden Preis für sich entscheiden wollte. In Weißrussland spielte sich genau das Gegenteil ab. Die starke Homogenität der Bevölkerung erleichterte Präsident Lukaschenko seine Machtausweitung, da besonders am Anfang seiner Machtübernahme viele hinter ihm standen und es so gut wie keine Opposition gab, die seinen Aufstieg verhindern hätte können.
- Die starke Regulierung des öffentlichen und privaten Lebens in Weißrussland konnte die Akkumulationsprozesse stabilisieren. Vor allem die Regulation des Lohnverhältnisses, welche in niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Reallöhnen resultierte, konnte zur Stabilität des Landes beitragen. (vgl. Knubben 2004: 78) In der Ukraine fand bisher so gut wie keine politische Regulation der strukturellen Formen statt. Die Oligarchen und Wirtschaftseliten griffen zwar immer wieder regulierend in die wirtschaftlichen Prozesse ein, da diese aber

auf ihren eigenen Vorteil bedacht waren, konnte man nicht unbedingt von einer gelungenen Stabilisierung des Akkumulationsregimes ausgehen. Die Ausmaße der fehlenden Regulierung in der Ukraine zeigten sich vor allem in dem beinahe Staatsbankrott der Ukraine 2008. (vgl. Kappeler 2000: 256ff)

- Lukaschenko baute seine Macht auf den vorherrschenden sowjetischen Strukturen auf. Die Strukturen in Weißrussland wurden nicht zwanghaft durch extern geforderte Reformen, wie in der Ukraine, verändert. Dadurch schaffte es Lukaschenko eine Krise zu verhindern und die bestehenden Strukturen beizubehalten. Novy definiert Krise als eine Situation „[...] in der das Alte stirbt und das Neue noch nicht geboren werden kann. [...] Die Gesellschaft wird am Ende einer großen Krise auf einen neuen Pfad gesetzt.“ (Novy 2005a: 96f). Der Zusammenbruch der Sowjetunion löste in der Ukraine eine Krise aus und führte das Land 2004 mit dem Sieg der Orangen Revolution auf einen neuen demokratischen Weg. In Weißrussland klammerte man sich an alten Strukturen fest, verhinderte somit in den 90er Jahren eine Krise, und damit aber auch die Chance auf größere strukturelle Veränderungen.
- Die Ukraine hat sich nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit sehr stark um diplomatische Beziehung zu westeuropäischen Staaten und der EU bemüht. Sie suchte vor allem Hilfe beim IWF, der ihr ein striktes Reformprogramm vorgab. Weißrussland hingegen suchte und fand die Hilfe in Russland. Russland unterstützte die autoritäre Führung Lukaschenkos. Der Glaube der weißrussischen Bevölkerung, ohne die Anbindung an Russland nicht existenzfähig zu sein, stärkte die Macht Lukaschenkos. Die Ukraine hingegen konnte sich Hilfe von Westeuropa nur unter der Bedingung einer Demokratisierung des Landes erhoffen.

Es bleibt also spannend, wie sich in Zukunft die beiden Länder weiterentwickeln werden. Wird es die Ukraine schaffen, Ordnung in ihr politisches Chaos zu bringen? Wie werden die Länder auf die voranschreitende Globalisierung reagieren? Schafft es Weißrussland sich weiterhin von der Außenwelt zu isolieren, oder kommt es zu einem Erstarren der Zivilgesellschaft, wie einst in der Ukraine während der Orangen Revolution?

F LITERATURNACHWEISE

1. Literaturverzeichnis

Monographie

Altrichter, Helmut (1993): *Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991*. München: C.H. Beck (Beck'sche Reihe).

Astrov, Vasily (2006): *Ukraine. Current Economic Situation and Future Prospects*. Wien (wiiw Research Reports, 331).

Bauer, Michael (1988): *Die Entwicklung des RGW unter besonderer Berücksichtigung der Reformen in der Sowjetunion*. Diplomarbeit. Betreut von Leonhard Bauer. Wien. Wirtschaftsuniversität Wien, Volkswirtschaftstheorie.

Becker, Joachim (2001): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Habilitationsschrift. Wien. Wirtschafts-universität Wien, Volkswirtschaftstheorie und -politik.

Bernecker, Walther L. (1997): *Port Harcourt, 10. November 1995. Aufbruch und Elend in der Dritten Welt*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Farthofer, Manuel (2006): *Weißrussland. Alexander Lukaschenkos Weg zur Macht*. Diplomarbeit. Wien. Universität Wien, Politikwissenschaft.

Galtung, Johan; Ferdowsi, Mir A. (1983): *Self-Reliance. Beiträge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie*. München: Minerva Publ. (Minerva-Fachserie Rechts- und Staatswissenschaften).

Holtbrügge, Dirk (2002): *Weißrußland. Orig.-Ausg., 2., aktualisierte und erg. Aufl.* München: Beck (Beck'sche Reihe Länder, 863).

Hörtl, Gertraud (1989): *Die Frage der neuen Weltwirtschaftsordnung*. Diplomarbeit. Betreut von o.A. Wien. Universität Wien, Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät.

Jäger, Johannes (2001): *Eine regulationstheoretische Konzeptualisierung der Theorie der Bodenrente. Politökonomischer Entwicklungsprozeß und urbane Raumstruktur in Wien und Montevideo*. Dissertation. Wien. Wirtschaftsuniversität Wien.

Kappeler, Andreas (2002): *Kleine Geschichte der Ukraine*. München: C.H. Beck (Beck'sche Reihe).

Knubben, Tobias (2004): *Belarus - unbekannte Mitte Europas. Ein Handbuch über Belarus zur Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, mit Reisetil.* 1. Aufl. Osnabrück: Verl. der Europ. Humanistischen Univ.; Fibre (Schriftenreihe des IfD, 1).

Lichowski, Helmut; Trompitsch, Gerty; Hofstadler, Renate (2005): *Basics of Economics*. Wien: Verl. für Geschichte und Politik.

Loos, Harald; Khan, Charlotte (2008): *Россия/ Russland. книга для чтения*. Eisenstadt: Weber.

Neuwirth, Johannes (2008): Der Rohstoffabbau der Ukraine im Hinblick auf Wirtschaft und Ökologie. Diplomarbeit. Wien. Wirtschaftsuniversität Wien.

Novy, Andreas (2005a): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel (Geschichte, Entwicklung, Globalisierung, 5).

Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Techn. Univ., Diss.--Braunschweig, 1997. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Schröder, Hans-Henning (2003): Vom Kiewer Reich bis zum Zerfall der UdSSR. In: Informationen zur politischen Bildung, H. 281, S. 8–16.

Sieber, Hans (1968): Die realen Austauschverhältnisse zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Eine Verifizierung der These Prebischs. Tübingen: Mohr (Schriftenreihe für Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, 4).

Staar, Richard Felix (1984): Communist regimes in Eastern Europe. Stanford, Calif.: Hoover Institution Press.

Vogelsang, Dieter W. (1974): Die importsubstituierende Industrialisierung als Entwicklungsstrategie. Eine Untersuchung am Beispiel Pakistans. Stuttgart: G. Fischer (Öko-nomische Studien, 21).

Waringo, Karin (1998): Die Internationalisierung der Produktion in der französischen Regulationstheorie. Univ., Diss.--Frankfurt (Main). Frankfurt/Main: Campus-Verl. (CampusForschung, Bd. 761).

Sammelwerk

Barisitz, Stephan (2009): The Belarusian Banking System. In: Heinrich, Hans-Georg (Hg.): Belarus: External pressure, internal change. Frankfurt am Main: Lang, S. 217–234.

Becker, Joachim; Fischer, Karin; Imhof, Karen; Jäger, Johannes; Staritz, Cornelia (2007): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: Becker, Joachim; Imhof, Karen; Jäger, Johannes; Staritz, Cornelia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. 1. Aufl. Wien: Mandelbaum (Gesellschaft, Entwicklung, Politik, 9), S. 7–62.

Boeckh, Katrin (2007a): Postsozialismus. 1989-2004. In: Boeckh, Katrin; Völkl, Ekkehard (Hg.): Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution. Regensburg: Pustet (Ost- und Südosteuropa Geschichte der Länder und Völker), S. 186–241.

Boeckh, Katrin (2007b): Die Ära „in Orange“ ab 2004. In: Boeckh, Katrin; Völkl, Ekkehard (Hg.): Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution. Regensburg: Pustet (Ost- und Südosteuropa Geschichte der Länder und Völker), S. 242–266.

Burakowskij, Igor (2002): Wirtschaftsreformen: Die Kluft zwischen Erwartungen und Ergebnissen. In: Simon, Gerhard (Hg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991 - 2001). Köln: Böhlau, S. 197–233.

Eigner, Johannes (2008): Die Beziehungen zwischen der EU und Belarus. Ein Überblick. In: Feichtinger, Walter; Malek Martin (Hg.): Belarus zwischen Russland und der EU. Sowjetische Vergangenheit, autoritäre Gegenwart - demokratische Zukunft? Wien: BMLV LVAK (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 2008,9), S. 119–126.

Handrich, Lars; Burakowskij, Igor; Betily, Oleksandra (2006): Ukrainian Labour Market. Key Features and Trends. In: Handrich, Lars; Burakowskij, Igor; u.a. (Hg.): Labour market reforms and economic growth in Ukraine. Linkages and policies. Aachen: Shaker (Berichte aus der Volkswirtschaft), S. 44–61.

Hödl, Gerald; Fischer, Karin; Christiansen, Elke (2007): AG Internationale Entwicklung SOSE 2007. Reader. Universität Wien. Wien.

Mark, Rudolf A. (2008): Putin und das Unionsprojekt Russland - Belarus. In: Feichtinger, Walter; Malek Martin (Hg.): Belarus zwischen Russland und der EU. Sowjetische Vergangenheit, autoritäre Gegenwart - demokratische Zukunft? Wien: BMLV LVAK (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 2008,9), S. 75–96.

Marples, David R. (2001a): Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrußland (1917-1945). In: Beyrau, Dietrich; Lindner, Rainer (Hg.): Handbuch der Geschichte Weißrußlands. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 135–152.

Marples, David R. (2001b): Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrußland (1945-1991). In: Beyrau, Dietrich; Lindner, Rainer (Hg.): Handbuch der Geschichte Weißrußlands. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 166–177.

Matthies, Volker (1982): Die Bewegung der Blockfreien. In: Matthies, Volker; Braun, Dieter; Grohs, Gerhard (Hg.): Süd-Süd-Beziehungen. Zur Kommunikation, Kooperation und Solidarität zwischen Entwicklungsländern. München: Weltforum-Verl. (Weltwirtschaft und internationale Beziehungen Diskussionsbeiträge, 26), S. 97–128.

Matthies, Volker (1982): Süd-Süd-Beziehungen: Einführung und Überblick. In: Matthies, Volker; Braun, Dieter; Grohs, Gerhard (Hg.): Süd-Süd-Beziehungen. Zur Kommunikation, Kooperation und Solidarität zwischen Entwicklungsländern. München: Weltforum-Verl. (Weltwirtschaft und internationale Beziehungen Diskussionsbeiträge, 26), S. 3–28.

Pirozhkov, Serhiy (2006): Evolution of Labour Market in Ukraine. Problems and Prospects. In: Handrich, Lars; Burakowskij, Igor; u.a. (Hg.): Labour market reforms and economic growth in Ukraine. Linkages and policies. Aachen: Shaker (Berichte aus der Volkswirtschaft), S. 243–252.

Pleines, Heiko (2008): Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine. In: Wirtschaftsentwicklung, Erdgaskonflikt, WTO-Beitritt, Metallindustrie, wirtschaftsbezogene Länderrankings. Forschungsstelle Osteuropa (Ukraine-Analyse, 35), S. 7–10.

Polese, Abel (2006): De jure oder de facto? Die Gesundheits- und Bildungssektoren in der Ukraine. In: Informelle Kontakte und Korruption Holodomor-Gedenktag. Forschungsstelle Osteuropa (Ukraine-Analyse, 16), S. 2–4.

Rossmann, Martin (2009): Elections and Political Pluralism in Belarus. In: Heinrich, Hans-Georg (Hg.): Belarus: External pressure, internal change. Frankfurt am Main: Lang, S. 237–247.

Roth, Klaus (2004): Arbeit im Sozialismus - Arbeit im Postsozialismus. Zur Einführung. In: Roth, Klaus (Hg.): Arbeit im Sozialismus - Arbeit im Postsozialismus. Erkundungen zum Arbeitsleben im östlichen Europa. Münster: LIT (Freiburger sozialanthropologische Studien, 1), S. 9–22.

Sauvant, Karl P. (1982): Die Gruppe der 77. In: Matthies, Volker; Braun, Dieter; Grohs, Gerhard (Hg.): Süd-Süd-Beziehungen. Zur Kommunikation, Kooperation und Solidarität zwischen Entwicklungsländern. München: Weltforum-Verl. (Weltwirtschaft und internationale Beziehungen Diskussionsbeiträge, 26), S. 129–150.

Shparaga, Olga (2008): Über die „europäische Identität“ der Belarussen. In: Feichtinger, Walter; Malek Martin (Hg.): Belarus zwischen Russland und der EU. Sowjetische Vergangenheit, autoritäre Gegenwart - demokratische Zukunft? Wien: BMLV LVAK (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 2008,9), S. 35–51.

Simon, Gerhard (2002): Die Ukraine auf dem Weg - wohin? In: Simon, Gerhard (Hg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991 - 2001). Köln: Böhlau, S. 5–28.

Simon, Gerhard (2008): Belarus ist nicht die Ukraine. In: Feichtinger, Walter; Malek Martin (Hg.): Belarus zwischen Russland und der EU. Sowjetische Vergangenheit, autoritäre Gegenwart - demokratische Zukunft? Wien: BMLV LVAK (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 2008,9), S. 97–118.

Simon, Gerhard (2009): After the Orange Revolution: the Rocky Road to Democracy. In: Besters-Dilger, Julianne (Hg.): Ukraine on its way to Europe. Interim results of the Orange Revolution. Frankfurt am Main: Lang, S. 13–26.

van Boom, Dirk den (1997): Einführung: Süd-Süd-Kooperation und ihre Problematik. In: van Boom, Dirk den (Hg.): Probleme der Süd-Süd-Kooperation. Hamburg: Kovac (Schriftenreihe Politica, 21), S. 1–10.

Vincenz, Volkhart (2002): Perspektiven für einen Reformschub in der Wirtschaft. In: Simon, Gerhard (Hg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991 - 2001). Köln: Böhlau, S. 245–265.

Online-Artikel

Barisitz, Stephan (2006): Der ukrainische Bankensektor. Ein boomender, aber riskanter Markt für strategische Auslandsinvestoren. In: Finanzmarktstabilitätsbericht 12. Österreichische Nationalbank. Wien; S. 70–86. Online verfügbar unter http://www.oenb.at/de/img/fmsb_12_tcm14-49795.pdf, zuletzt geprüft am 10.05.2011.

Belarus.de (2009): Belarus History. Official Website of the Republic of Belarus. Belarus.de. Online verfügbar unter <http://www.belarus.by/en/about-belarus/history>, zuletzt geprüft am 20.04.2011.

BelStat (o.J.): Belarus in Figures. National Statistical Committee of the Republic of Belarus. Online verfügbar unter <http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/main1.php>, zuletzt geprüft am 13.07.2011.

Bredies, Ingmar; Simon, Gerhard (24.03.2009): Statistik. Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine. In: Ukraine-Analyse 54: Politische Krise. Wirtschaftskooperation mit der EU. Ukraine-Analysen Forschungsstelle Osteuropa. S. 14–17. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=../ukraine/pdf/UkraineAnalysen54.pdf>, zuletzt geprüft am 17.05.2011.

Bujard, Martin (2002): Entwicklungspolitische Debatte in Deutschland. Dieter Senghaas' Beitrag zur Dependenztheorie. Institut für Politische Wissenschaften, Universität Heidelberg. Heidelberg. Online verfügbar unter www.martinbujard.de/inhalt/u-Senghaas.pdf, zuletzt ge-

prüft am 08.03.2011.

Central Intelligence Agency (CIA) (2011a): The World Factbook: Ukraine. CIA. Online verfügbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/up.html>, zuletzt geprüft am 01.05.2011.

Central Intelligence Agency (CIA) (2011b): The World Factbook. Belarus. Central Intelligence Agency (CIA). Online verfügbar unter <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/bo.html>, zuletzt geprüft am 05.07.2011.

Clement, Hermann (2004): Wirtschaftswachstum in Russland und der Ukraine. Stand und Perspektiven. Working Paper. Osteuropa-Institut München. München. (250). Online verfügbar unter www.oei-dokumente.de/publikationen/wp/wp250.pdf, zuletzt geprüft am 07.05.2011.

Cuddington, John T.; Ludema, Rodney; Jayasuriya, Shamila A. (2002): Prebisch-Singer Redux. U.S. INTERNATIONAL TRADE COMMISSION, Office of Economics. Washington. (2002-06-A). Online verfügbar unter www.usitc.gov/publications/332/working_papers/EC0206A.pdf, zuletzt geprüft am 11.03.2011.

Fedor, Helen (1995): Belarus: A country study. GPO for the Library of Congress. Washington. Online verfügbar unter <http://countrystudies.us/belarus/>, zuletzt geprüft am 07.07.2011.

Gebauer, Niko (12.09.2006): Chronik. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung vom 26. März bis 6. September 2006. In: Ukraine-Analyse 11: Die neue Regierung. Forschungsstelle Osteuropa. S. 9–12. Online verfügbar unter <http://www.laenderanalysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=/.ukraine/pdf/UkraineAnalysen11.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Gilbert, Guy T. (1974): Socialism and Dependency. In: Latin American Perspectives, Jg. 1, H. 1, S. 107–123. Online verfügbar unter www.jstor.org/stable/2633532, zuletzt geprüft am 28.03.2011.

Grigorieva, Olga; Grigoriev, Pavel (2009): Living Conditions and Poverty in Belarus. Concepts and Measures. Max Planck Institute for Demographic Research. Rostock. Online verfügbar unter <http://paa2009.princeton.edu/download.aspx?submissionId=91111>, zuletzt geprüft am 06.08.2011.

Grueninger, Matthias (2009): Belarus. Agricultural Productivity and Competitiveness. Impact of State Support and Market Intervention. Worldbank. (Report No. 48335-BY). Online verfügbar unter http://siteresources.worldbank.org/INTBELARUS/Resources/PDF_DOC.pdf, zuletzt geprüft am 11.07.2011.

Grupp, Claus D. (o.J.): Zentrum-Peripherie-Modell. Lexikon Entwicklungspolitik. Omnia Verlag. Online verfügbar unter <http://www.omnia-verlag.de/weltimwandel/php/start.php?id=553&bc=-3061-4-551-553>, zuletzt geprüft am 23.03.2011.

Hilkes, Peter (27.06.2006): „Timoschenko – die zweite!“ In: Ukraine-Analyse 10: Soziales Sicherungssystem/ Bildung einer Regierungskoalition. Forschungsstelle Osteuropa, S. 10–11. Online verfügbar unter <http://www.laenderanalysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=/.ukraine/pdf/UkraineAnalysen10.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Jakob, Martin (1999): Die Regulationstheorie. Eine Einführung von Martin Jakob. Herausgegeben von Eric Wegner. Revolutionär Sozialistische Organisation. (Marxismus, 14). Online verfügbar unter http://www.agmarxismus.net/vergrnr/m14_1.htm, zuletzt geprüft am

16.03.2011.

Kaller-Dietrich, Martina; Mayer, David (2005): Geschichte Lateinamerikas im 19. und 20. Jahrhundert. Prebisch und Singer – zwei prägende Ökonomen des CEPALismo. LASON (Lateinamerika-Studien Online). Online verfügbar unter <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-172.html>, zuletzt geprüft am 11.03.2011.

Klüsener, Sebastian (27.06.2006): Sozial- und Generationenpolitik in einer alternden Gesellschaft. In: Ukraine-Analyse 10: Soziales Sicherungssystem/ Bildung einer Regierungskoalition. Forschungsstelle Osteuropa. S. 2–5. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen10.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Konicz, Tomasz (2006): Erholung in Belarus. Publiziert am 10.01.06 in “junge welt”. Nachrichten aus Osteuropa. Online verfügbar unter <http://www.konicz.info/?p=34>, zuletzt geprüft am 11.07.2011.

Konicz, Thomas (2008): Kiew hat IWF im Nacken. AG Friedensforschung. Online verfügbar unter <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine/krise3.html>, zuletzt geprüft am 08.05.2011.

Kuzio, Taras (14.02.2006): Die politische Landschaft vor den Parlamentswahlen. In: Ukraine-Analyse 01: Die politische Stimmung in der Ukraine. Forschungsstelle Osteuropa, S. 9–10. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen01.pdf>, zuletzt geprüft am 09.06.2011.

Lane, David (14.02.2006): Was kommt nach der Orangen Revolution? Die politische Stimmung in der Ukraine. In: Ukraine-Analyse 01: Die politische Stimmung in der Ukraine. Forschungsstelle Osteuropa, S. 2–8. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen01.pdf>, zuletzt geprüft am 09.06.2011.

Lange, Nico (28.10.2008): Machtkämpfe. Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Ukraine. In: Ukraine-Analyse 46: Finanzkrise-Unternehmensentwicklung. Forschungsstelle Osteuropa, S. 4–8. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen46.pdf>, zuletzt geprüft am 08.05.2011.

LIGA (2010): Рост промпроизводства в Украине составил 12%. ЛІГА.Новости. Online verfügbar unter <http://news.liga.net/news/N1020501.html>, zuletzt geprüft am 08.05.2011.

Malek, Martin (März 2007): Einleitung: Die Ukraine im internationalen Umfeld. 1991-2006. In: Malek, Martin (2007): Die Ukraine: zwischen Ost und West? Eine Bestandsaufnahme der Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Juschtschenko. BMLV/LVAK. Wien (Schriftenreihe der LVAK, 2), S. 7–16. Online verfügbar unter http://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/ukraine_zerissen_zw_ost_u_west_m_malek_impressum_vorwort.pdf, zuletzt geprüft am 30.06.2011.

Malygina, Katerina (28.10.2008): Geldblasen: Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die Ukraine. In: Ukraine-Analyse 46: Finanzkrise-Unternehmensentwicklung. Forschungsstelle Osteuropa, S. 2–4. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen46.pdf>, zuletzt geprüft am 08.05.2011.

Movchan, Mykola (2001): Zehn Jahre der Unabhängigkeit. Die Ukraine und ihre Außenpoli-

tik (1991-2001). (Politik Osteuropa, 17). Online verfügbar unter http://www.oei.fu-berlin.de/media/publikationen/boi/boi_17/18_movchan.pdf, zuletzt geprüft am 30.06.2011.

Nohlen, Dieter (02.11.1999): Raúl Prebisch (1901-1986). Das Zentrum-Peripherie-Modell der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Frankfurt am Main. (E+Z - Entwicklung und Zusammenarbeit, 11). Online verfügbar unter <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez1199-6.htm>, zuletzt geprüft am 08.03.2011.

Novy, Andreas (2005b): Internationale Politische Ökonomie. Mit Beispielen aus Lateinamerika. LASON (Lateinamerika-Studien Online). Online verfügbar unter <http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-2034.html>, zuletzt geprüft am 21.03.2011.

Novy, Andreas; Hammer, Elisabeth (2005c): Importsubstituierende Industrialisierungsstrategien. LASON (Lateinamerika-Studien Online). Online verfügbar unter http://www.lateinamerika-studien.at/content/lehrgang/lg_novy/lg_novy-191.html, zuletzt geprüft am 21.03.2011.

o.A. (2001): The Non-Aligned Movement: Background Information. Non-Aligned Movement (NAM). Online verfügbar unter <http://www.nam.gov.za/background/background.htm>, zuletzt geprüft am 21.03.2011.

o.A. (2011): About the Group of 77. The Group of 77. Online verfügbar unter <http://www.g77.org/doc/index.html>, zuletzt geprüft am 23.03.2011.

OPEC (2011): Brief History. Organization of the Petroleum Exporting Countries. Online verfügbar unter http://www.opec.org/opec_web/en/about_us/24.htm, zuletzt geprüft am 17.03.2011.

Ott, Alexander (4. März 1996): Zur sozialen Lage in der Ukraine. Forschungsbericht. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Studien. (BIOst, 17). Online verfügbar unter <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-46132>, zuletzt geprüft am 30.06.2011.

Pleines, Heiko (12.09.2006): Demokratie lernen. In: Ukraine-Analyse 11: Die neue Regierung. Forschungsstelle Osteuropa, S. 2–3. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen11.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Pleines, Heiko (2007a): Der politische Machtkampf in der Ukraine. In: Pleines, Heiko: Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen (Arbeitspapiere, 86), S. 7–11. Online verfügbar unter <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP86.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Pleines, Heiko (2007b): Die Einigung auf Neuwahlen im September. In: Pleines, Heiko: Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen (Arbeitspapiere, 86), S. 30–31. Online verfügbar unter <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP86.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Pleines, Heiko (2007c): Ein Sieg für die Demokratie - hoffentlich mal wieder (Oktober 2007). In: Pleines, Heiko: Die vorgezogenen Parlamentswahlen in der Ukraine 2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen (Arbeitspapiere, 86), S. 57–58. Online verfügbar unter <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/images/stories/pdf/ap/fsoAP86.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Proskurjakov, Alexander (o.J.): RGW. Enzyklopädie des europäischen Ostens. Alpen Adria

Universität Klagenfurt. Online verfügbar unter <http://eeo.uni-klu.ac.at/index.php/RGW>, zuletzt geprüft am 12.04.2011.

Richardson, Erika; et. al. (2008): Belarus. Health System Review. Herausgegeben von Erika Richardson und Svetlana Anker. European Observatory on Health Systems and Policies. (Health Systems in Transition, 10 (6)). Online verfügbar unter http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0010/91486/E92096.pdf, zuletzt geprüft am 06.08.2011.

Rohleder, Jörg (o.J.): The failure of the import substituting industrialisation. Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Institute of political science. Online verfügbar unter <http://tiss.zdv.uni-tuebingen.de/webroot/sp/barrios/themeB1a.html>, zuletzt geprüft am 21.03.2011.

Röttger, Bernd (2001): New Economy - Old Theory. Die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange? Herausgegeben von Sven O. Cavalcanti, Marcus Hawel, Oliver Heins und Gregor Kritidis. SOPOS (Sozialistische Positionen). Online verfügbar unter <http://www.sopos.org/aufsaeetze/3b61aaae86a58/1.phtml>, zuletzt geprüft am 16.03.2011.

Röttger, Bernd (2004): Glanz und Elend der Regulationstheorie. Einige Reflexionen zum Begriff der Regulation. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Ausgabe Nr. 135, 18.02.2004, S. 17–21. Online verfügbar unter <http://www.spw.de/xd/public/content/index.html?pid=60>.

Sauer, Gerlinde (2010): Perspektiven für die ukrainische Agrarwirtschaft. Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Online verfügbar unter <http://www.ost-ausschuss.de/perspektiven-f-r-die-ukrainische-agrarwirtschaft>, zuletzt geprüft am 04.05.2011.

Schuhmann, Annette (2010): Ukraine-Grenzland. Zeitgeschichte-online. Online verfügbar unter <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Ukraine>, zuletzt geprüft am 19.04.2011.

SSCU (State Statistics Committee of Ukraine) (2011): Basic indicators of social and economic development of Ukraine. Online verfügbar unter <http://www.ukrstat.gov.ua/>, zuletzt geprüft am 17.05.2011.

Ukraine-Analyse (2006): Informelle Kontakte und Korruption Holodomor-Gedenktag. Forschungsstelle Osteuropa. (Ukraine-Analyse, 16). Online verfügbar unter <http://www.laenderanalysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen16.pdf>, zuletzt geprüft am 30.06.2011.

Ukraine-Analyse (2008): Wirtschaftsentwicklung, Erdgaskonflikt, WTO-Beitritt, Metallindustrie, wirtschaftsbezogene Länderrankings. Forschungsstelle Osteuropa. (Ukraine-Analyse, 35). Online verfügbar unter <http://www.laenderanalysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen35.pdf>, zuletzt geprüft am 30.06.2011.

UKREMB (2005): Allgemeines über die Ukraine - Zeittafel. UKREMB (Botschaft der Ukraine in der Republik Österreich). Online verfügbar unter <http://www.ukremb.at/aktuell/allgemei.htm>, zuletzt geprüft am 20.04.2011.

UN Generalversammlung (01.05.1974): Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, Deutsche Übersetzung 1993. Online verfügbar unter http://docs.google.com/viewer?a=v&q=cache:ILizlZLvKC0J:www.un.org/depts/german/gv-early/ar3201-s-vi.pdf+Erkl%C3%A4rung+%C3%BCber+die+Errichtung+einer+neuen+internationalen+Wirtschaftsordnung&hl=de&gl=at&pid=bl&srcid=ADGEESjkLMnYeRI455ZyLXGwVDKC_AVJtpF5GIZqGHu7aB8xzydtwyir0c3Gc1QBqrG4E-

Fe5soXC4hKaMD0aAOxjT06VCX7VqkPVJ7ZyzkKChvEs1cnc-6_V8LQ9CHshy7CT_TqIVwDc&sig=AHIEtbTmy_coazhcq857sbnkKcnbWGZX_w, zuletzt geprüft am 10.03.2011.

UNESCO (06.08.1982): Erklärung von Mexiko-City über Kulturpolitik. Weltkonferenz über Kulturpolitik. Übersetzung vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Deutsche UNESCO-Kommission e.V. Mexiko-City. Online verfügbar unter <http://www.unesco.de/2577.html>, zuletzt geprüft am 11.04.2011.

WBU (Büro des Wirtschaftsberaters der Botschaft der Ukraine in Deutschland) (2009): Ukraine 2009. Außenhandel. Büro des Wirtschaftsberaters der Botschaft der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland. Online verfügbar unter <http://www.beratung-ukraine.de/downloads-Ukraine-Botschaft-Beratung-Consulting-Marktforschung/Aussenhandel-Aug.2009.pdf>, zuletzt geprüft am 18.05.2011.

Withmore, Sarah (11.04.2006): „Damit müssen wir leben“. Das neue Parlament und das neue Regierungssystem der Ukraine. In: Ukraine-Analyse 05: Die Ukraine nach der Wahl. Forschungsstelle Osteuropa, S. 2–9. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen05.pdf>, zuletzt geprüft am 09.06.2011.

Withmore, Sarah (13.02.2007): Man spielt mit den Regeln und nicht nach den Regeln. Politische Ungewissheit in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen 19: Der Konflikt zwischen Regierung und Präsident/ Die Sprachenfrage. Forschungsstelle Osteuropa S. 2–5. Online verfügbar unter <http://www.laender-analysen.de/dlcounter/dlcounter.php?url=./ukraine/pdf/UkraineAnalysen19.pdf>, zuletzt geprüft am 16.06.2011.

Worldbank (WB) (2011a): Data and Statistics for Ukraine. Online verfügbar unter <http://go.worldbank.org/GPPNM8A3N0>, zuletzt aktualisiert am 2011, zuletzt geprüft am 05.05.2011.

Worldbank (WB) (2011b): Data and Statistics for Belarus. Online verfügbar unter <http://go.worldbank.org/6E192HBZZ0>, zuletzt geprüft am 11.07.2011.

Worldbank (WB) (2011c): Belarus. Social Development. Worldbank. Online verfügbar unter <http://go.worldbank.org/PHQK1IXSZ0>, zuletzt geprüft am 06.08.2011.

Vortrag

Cunat, Alejandro (18.10.2010): Transdisziplinäre Entwicklungsforschung: Ökonomie und Geschichte. LV-Nr.: 140346. Veranstaltung vom 18.10.2010. Wien. Veranstalter: Universität Wien.

2. *Abbildungsverzeichnis*

- Abb. 1 Zeichnung Zentrum Peripherie Modell frei nach Prebisch
- Abb. 2 Landkarte Ukraine In: CIA, The World Factbook.
https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/maps/maptemplate_up.html
- Abb. 3 Landkarte Weißrussland In: CIA, The World Factbook.
https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/maps/maptemplate_bo.html

3. *Tabellenverzeichnis*

- Tab. 1 Arbeitslosigkeit Ukraine 1996-2004 In: Handrich, Lars; Burakowskij, Igor; Betily, Oleksandra (2006): Ukrainian Labour Market. Key Features and Trends. In: Handrich, Lars; Burakowskij, Igor; u.a. (Hg.): Labour market reforms and economic growth in Ukraine. Linkages and policies. Aachen: Shaker (Berichte aus der Volkswirtschaft).
- Tab. 2 Arbeitslosigkeit Weißrussland 1995.2008 In: BelStat o.J. (National Statistical Committee of the Republic of Belarus): Number of unemployed registered with agencies for labour, employment and social protection <http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/labor.php> [letzter Zugriff: 13.07.2011]
- Tab. 3 Außenhandelsbilanz Weißrussland 1995-2008 In: BelStat o.J. (National Statistical Committee of the Republic of Belarus): Main indicators of foreign trade <http://belstat.gov.by/homep/en/indicators/fttrade1.php> [letzter Zugriff: 19.07.2011]

G ANHANG

I. Deutsche Zusammenfassung

Die Ukraine und Weißrussland waren beide gleichermaßen in die Sowjetunion eingebunden. Als Gründungsstaaten der UdSSR nahmen sie einen Sonderstatus in der Sowjetunion ein. Beide Staaten erlebten abwechselnd eine Phase der Nationalisierung und der Russifizierung. Mit dem Zerfall des Staatenbundes 1991 wurden die nun unabhängigen Staaten vor eine große Herausforderung gestellt. Es musste ein Staat „kreiert“, ein Rahmen geschaffen werden, indem eine stabile Gesellschaft funktionieren konnte. Eine neue hegemoniale Macht, die den Staatszusammenhalt reguliert, musste erst geschaffen werden. Die Frage, die sich unmittelbar stellt ist, warum sich die Ukraine und Weißrussland, trotz ihrer sehr ähnlichen Ausgangslage in so unterschiedliche Richtungen entwickelt haben. In der vorliegenden Arbeit wird diese Frage anhand der Regulationstheorie und der Dependenztheorie beantwortet.

Zuerst wird die Ausgangslage beider Länder klar definiert, um bei dem späteren Vergleich keine Punkte zu übersehen, die auf die Zeit vor ihrer Unabhängigkeit zurückzuführen sind. Im Hauptteil der Arbeit werden beide Länder anhand ihrer kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung von 1990-2007 analysiert. Dies erfolgt anhand der vier Akkumulationsachsen der Pariser Schule, sowie den dependenztheoretischen Strategien zur Armutsbekämpfung.

Für die unterschiedliche Entwicklung beider Länder lassen sich zahlreiche Faktoren identifizieren. Ein Grund ist das fehlende Nationalbewusstsein der weißrussischen Bevölkerung. Eine Demokratie kann nur dann entstehen, wenn eine Nation hinter ihr steht. (vgl. Simon 2008: 107f) Durch die starke Regulation des öffentlichen und privaten Lebens konnte sich in Weißrussland in weiterer Folge auch nur sehr schwer ein Nationalbewusstsein entfalten. Weitere Gründe liegen in der außenpolitischen Ausrichtung der Staaten sowie in der Heterogenität der Bevölkerung der Ukraine.

II. English Summary

The Ukraine and Belarus were both annexed to the Soviet Union. Being a founder member of the USSR, granted these two countries a special status in the huge federation. However it didn't protect them from the repressions from Russia. Both faced by turns phases of liberal nationalism and phases of russification. With the collapse of the Soviet Union in 1991, the newly independent states were confronted with a huge challenge. A new state had to be built, a framework needed to be set up, that is able to guarantee the society a stable environment. A regulating power, which took care of the state building process, had to be found. The immediately arising question is, why the Ukraine and Belarus, two countries with a very similar point of departure, were developing in two absolute opposite directions. The on hand paper gives an answer to this question by the help of the regulation- and dependency theory.

Firstly, the point of departure of these two countries is clearly defined, in order to be able to take happenings before the collapse of the Soviet Union into account that may have an affect on the answer of the research question. In the main part of the paper, both countries are analysed on behalf of their cultural, economical, political and social development during the time from 1990 to 2007. This is done on the basis of the four accumulative axes of the Paris School of the regulation theory, as well as on the basis of the poverty reduction strategies of the dependency theory.

Various factors have influenced the different ways of development of these two countries. One main reason lies in the missing national consciousness of the Belarusian population. A democracy can only be built and grow on the fundament of a nation. (cf. Simon 2008: 107f) By the harsh regulation of public and private life, no national consciousness could develop in Belarus. Further reasons can be found in the different orientation of the foreign policy and in the heterogeneity of the Ukrainian population.

III. Curriculum Vitae

Persönliches

Vorname: Christiane
Nachname: Fröhlich-Kriechbaum
Geburtstag: 14. Juni 1987
Geburtsort: Linz



Ausbildung

1993-1997 Volksschule Bad Zell, Oberösterreich
 1997-2001 Hauptschule Bad Zell, Oberösterreich
 2001-2006 Handelsakademie für Internationale Wirtschaft Perg, Oberösterreich
 seit 2006 Diplomstudium der Internationalen Entwicklung
 Schwerpunkt: Osteuropa
 seit 2007 Bachelorstudium der Internationalen Betriebswirtschaft
 Schwerpunkt: Accounting und Diversitätsmanagement

Berufliche Praktika

Sommer 2003 Machland Delikatessen
 Sommer 2004 Naturpark Rechberg,
 Sommer 2005-2011 Siemens VAI MT

Sprachen

Deutsch (Muttersprache)
 Englisch (Fortgeschritten)
 - Cambridge First Certificate, Englisch
 - Toefl-Test (Test of English as a Foreign Language)
 Französisch (Grundkenntnisse)
 Russisch (Grundkenntnisse)

Auslandserfahrung

Juli 2003 3 Wochen Sprachkurs in Tourquay, England
 Sept. 2004 2 Wochen Kulturaufenthalt USA/Kanada
 Sept.2009-Jan. 2010 Auslandsstudium in Litauen, Vilnius University,
 Schwerpunkt Entwicklung Nord-Osteuropa
 Sept. 2011 3 Wochen International Summer University St. Petersburg,
 Schwerpunkt: Doing Business in Russia